



Charles Bettelheim

Fragen über China nach Mao Tse-tungs Tod

im Verlag
Berliner Hefte
Zeitschrift für Kultur und Politik

5.

Bettelheim Fragen über China nach Mao Tse-tungs Tod

Charles Bettelheim
Fragen über China nach
Mao Tse-tungs Tod

im Verlag
Berliner Hefte

Anmerkung der Übersetzer

Bei der Umschrift chinesischer Namen und Begriffe wurde die in der VR China entwickelte Hanyu Pinyin verwandt. Ausnahmen wurden nur bei *Mao Tse-tung* und im Westen fest eingebürgerten Ortsnamen gemacht.

Französischer Originaltitel:
Questions sur la Chine après la mort de Mao Tsé-toung
© François Maspéro 1978

© der deutschen Ausgabe: Verlag Kantstraße, Berlin 1978
ISBN 3-922001-00-9

Deutsch von Walle Bengs, Ulla Küchler, Dorothea Muenk, Nina Ostermeyer,
unter Mitarbeit von Walter Aschmoneit, Horst Domdey, Gerhard Will, Danielle
Thor

Gestaltung: Bernd Zimmer
Satz: satz-studio irma grininger
Druck: Oktoberdruck

Inhalt

Vorbemerkung	7
Das Ende der Kulturrevolution	10
Das Problem der Massendemokratie	12
Der seit Ende 1976 vollzogene Sprung nach hinten	14
Die Revolutionskomitees der Produktionseinheiten und die Verstärkung der einheitlichen Führung	15
Der „Despotismus“ der Fabrik	17
Die Wettbewerbskampagnen	19
Der Profit, die Akkumulation und die Konzentration der Führungsmacht in den Betrieben	20
Der Kampf gegen die „Gleichmacherei“ im Bereich der Löhne	24
Die neue Orientierung in der Agrarpolitik	26
Die „beschleunigte“ Mechanisierung der Landwirtschaft	31
Die Säuberung der Leitungsorgane der Landwirtschaft	35
Die Außenhandelspolitik	35
Die Zerstörung der Reform des Erziehungswesens	37
Der Versuch der „theoretischen“ Liquidierung der Kulturrevolution	40
Die Rückkehr zur Konzeption eines „sozialistischen Systems“	47
Das Verhältnis Landwirtschaft/Industrie und Schwerindustrie / Leichtindustrie	51
Das „Tempo“ der Entwicklung	52
Die revisionistische Ideologie der Neutralität von Wissenschaft und Technik	56
Dogmatismus und Revisionismus	59
Einige Bemerkungen über die Bedeutung des Ausdrucks „revolutionäre Linie“	61
Die unmittelbaren politischen Folgen aus der Niederlage der „politischen Linie Mao Tse-tungs“ kurz nach seinem Tod	65

Die Veränderungen in den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen und der Sieg einer revisionistischen Linie	71
Die Schanghaier Kommune und die theoretischen und praktischen Auswirkungen ihrer kurzen Existenz	80
Das „ideologische Erbe“ und seine aktive Rolle	87
Der gegenwärtige Kurs und seine Perspektiven	94
Anmerkungen	98

Anhang

Brief von Charles Bettelheim an die Französisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft, in dem er seinen Rücktritt vom Vorsitz mitteilt	111
Brief von Neil Burton an Charles Bettelheim	117

Infolge meines Rücktritts als Vorsitzender der Gesellschaft für Französisch-Chinesische Freundschaft erhielt ich zahlreiche Briefe. Die Autoren dieser Briefe begrüßen meine Entscheidung, andere dagegen sind über sie befremdet. Einer dieser Briefe stammt von Neil Burton, einem Kanadier, der in Peking lebt.

Neil Burton wollte, daß sein Brief veröffentlicht würde. Er wandte sich an die Monthly Review, die sich bereit erklärte, seinen Brief gleichzeitig mit meiner Antwort zu veröffentlichen. Das war der Anlaß des folgenden Textes, der dann zur Veröffentlichung in der Juli/August-Ausgabe 1978 an die Monthly Review geschickt wurde.

Es erschien mir konsequent, daß dieser Briefwechsel auch in Französisch erscheint. Der Leser wird merken, daß dieser Brief mehr als nur eine einfache Antwort ist; er versucht, in einem ersten systematischen Ansatz die politischen Veränderungen, die seit Oktober 1976 in China stattgefunden und die Veränderungen, die diese Entwicklung vorbereitet haben, zu reflektieren.

Charles Bettelheim, Paris, den 21. März 1978

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

K. Marx und F. Engels

Lieber Neil Burton,

mit viel Interesse habe ich Ihren Brief vom 1. Oktober 1977 zur Kenntnis genommen. Eher zu antworten war wegen meiner früher eingegangenen Verpflichtungen praktisch nicht möglich. Deswegen (und auch aus Gesundheitsgründen) konnte ich auch letztes Jahr die Einladung, nach China zu kommen, nicht annehmen.

In ihrem Brief sagen Sie, daß ich, wenn ich 1977 wieder in China gewesen wäre, nicht zu denselben Schlußfolgerungen hätte kommen können wie zu jenen, die ich in dem Brief zu meinem Rücktritt als Vorsitzender der Gesellschaft für Französisch-Chinesische Freundschaft ausgeführt habe. Das glaube ich absolut nicht. Zum einen, weil die in letzter Zeit in China veröffentlichten Texte Ausdruck einer politischen Linie sind und es gerade *die Existenz dieser politischen Linie* ist, die mich zu den Ergebnissen geführt hat, zu denen ich nun gekommen bin. Zum anderen, weil ich, bevor ich diesen Brief schrieb, zahlreiche aus China zurückgekehrte Reisende getroffen habe:

Freunde Chinas, Sinologen, ehemalige Studenten oder ausländische Lehrende, die in China gearbeitet hatten, Journalisten usw.; und das, was sie mir über ihre Erfahrungen berichtet haben (selbst wenn sie die augenblickliche politische Linie richtig finden) hat mich in meiner Schlußfolgerung bestätigt. Ich möchte betonen, daß ich bei den folgenden Ausführungen sowohl kürzlich erschienenen Veröffentlichungen Rechnung trage als auch Gesprächen, die ich seit meinem Rücktritt mit Reisenden, die aus China zurückkamen, geführt habe. Ich glaube, diese verschiedenen Momente ermöglichen es mir durchaus, die Reichweite dessen zu erfassen, was sich in China ereignet hat.

Anstatt Punkt für Punkt die Argumente meines Briefes vom letzten Jahr wieder aufzunehmen oder ebenso Punkt für Punkt auf das zu antworten, was Sie mir am 1. Oktober 1977 geschrieben haben, möchte ich lieber ausführen, wie ich die gegenwärtige Situation und

die Ereignisse, deren Resultat sie ist, analysiere und einschätze, zumal die Verhältnisse jetzt klarer geworden sind.

Insbesondere sieht man viel deutlicher nach der Beseitigung der „Vier“ (1), welche Politik sich durchsetzt, nämlich eine bürgerliche Politik und nicht eine proletarische.

Im folgenden werde ich auch auszuführen versuchen, aus welchen Gründen meiner Meinung nach sich die Situation in die jetzige Richtung entwickelt hat. Ich glaube, daß ich mit dieser Vorgehensweise am besten auf Ihren Brief antworten kann.

Das Ende der Kulturrevolution

Die erste Frage, die untersucht werden muß, ist die nach dem Zusammenhang zwischen der jetzigen Situation und der Kulturrevolution. Hier muß als erstes festgestellt werden, daß die Führung der KPCh erklärt hat, die Kulturrevolution sei nunmehr beendet. Diese Proklamation entspricht gewiß der Realität. Es handelt sich hierbei um die Feststellung einer Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisses, die auf eine sehr starke Einengung der Massenbewegung und eine Einschränkung der Möglichkeiten der Eigeninitiative und der freien Meinungsäußerung hinausläuft, jenen Freiheiten, die die Volksmassen in der Kulturrevolution erringen konnten.

Analysiert man rückblickend, was sich seit 1965/66 ereignet hat, kann man in der Tat sagen, daß sich diese Veränderung im Kräfteverhältnis schon in den ersten Monaten des Jahres 1967 abzuzeichnen begann (als die politische Form der Schanghaier Kommune [2] erst geschaffen und gleich wieder aufgegeben wurde) und sich dann im Auf und Ab weiterentwickelte. Die Proklamation des Endes der Kulturrevolution ist das Endergebnis eines sich über mehrere Jahre erstreckenden geschichtlichen Prozesses, der von Klassenkämpfen bestimmt ist und einer ausführlichen Analyse bedarf. Die Art und Weise, wie diese Proklamation stattfand, macht zwei Hinweise erforderlich.

Es muß festgestellt werden, daß sie in keiner Weise aus einer syste-

atischen Gesamtbilanz der Kulturrevolution hervorgegangen ist. Das Fehlen einer solchen Bilanz bedeutet, daß von Seiten der neuen Führung der KPCh keine klare Unterscheidung gemacht wird zwischen dem vom Standpunkt der Werktätigen aus positiven Veränderungen, die dank der Kulturrevolution zustandekamen, und solchen Veränderungen oder Praktiken, die zu negativen Konsequenzen führen konnten. Hiermit eröffnete sich die Möglichkeit, alles infragezustellen, was die Kulturrevolution gebracht hat; selbst, wenn man sie verbal anerkennt und verkündet, daß es noch weitere Kulturrevolutionen geben wird. In Ermangelung einer klaren und möglichst radikalen Analyse der Vergangenheit ist es äußerst schwierig, sich auf die Zukunft richtig zu orientieren.

Schließlich stellen die parallel zu dieser Proklamation seit mehr als einem Jahr ergriffenen Maßnahmen und die in den offiziellen Reden und in der Presse entwickelten Themen eine faktische Negation der Kulturrevolution dar: ein wirklicher *Sprung nach hinten*. Diese beiden Aspekte der augenblicklichen Situation sind offenbar nicht zufällig. Sie sind einerseits das Produkt tiefgreifender Tendenzen, das Resultat eines bestimmten *Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen* und andererseits der Ausdruck einer *politischen Linie*, die sowohl Teil des Kräfteverhältnisses ist als auch darauf zurückwirkt.

Ich kann mir gut vorstellen, daß Sie mit solchen von mir geäußerten Formulierungen nicht einverstanden sind. Ich werde also meine Argumentation weiterentwickeln. Diese Ausführungen können natürlich nur Ansätze sein. Andernfalls müßte ich das machen, was die KPCh nicht getan hat: eine systematische Bilanz der Kulturrevolution vornehmen, die ursprünglich verkündeten Ziele in Erinnerung rufen, abschätzen, in welchem Maße es Fortschritte und Rückschläge gegeben hat und aus welchen Gründen das so war. Eine solche Arbeit könnte jedoch nur durch eine mit den Massen verbundene politische Organisation geleistet werden. Das würde auch zahlreiche Dokumente und Informationen erfordern, über die ich nicht verfüge (und die ich mir auch durch einen Chinaaufenthalt nicht hätte beschaffen können, weil es sich vielfach um Informationen und Dokumente handelt, die „geheim“ bleiben sollen).

Daher will ich nur einige Aspekte des *Sprungs nach hinten*, der sich

in den letzten Monaten vollzogen hat, darstellen und nach den Gründen fragen, die diese Entwicklung erklären. Es ist allerdings notwendig, vorher noch einige Orientierungen der Kulturrevolution wieder in Erinnerung zu rufen, vor allem diejenigen, die eine klare Abgrenzung zu den vorhergehenden Praktiken darstellen und – in bestimmten Phasen – mehr oder weniger die chinesische Realität geprägt haben und jetzt infragegestellt werden.

Das Problem der Massendemokratie

Untersucht man das „Sechzehn-Punkte-Programm“ (20a), das am 8. August 1966 vom Zentralkomitee der KPCh angenommen wurde, so zeigt sich, daß eine der proklamierten grundlegenden Zielsetzungen besagt, es solle die Entwicklung eines politischen Kampfes begünstigt werden, der den Massen die Möglichkeit bietet, sich frei zu äußern, ohne Zwang, selbst dann, wenn es darum geht, den Standpunkt einer Minderheit oder eine als „irrig“ bezeichnete Ansicht zu vertreten (Punkt 6 des „Sechzehn-Punkte-Programms“). Die Aktivität der Massen müsse vielfältige organisatorische Formen hervorbringen können und zur Bildung von Machtorganen in den Fabriken, Bergwerken, Betrieben, Stadtvierteln, Staatsorganen und Erziehungseinrichtungen führen. All diese Aktivitäten sollten zu „einem allgemeinen Wahlsystem ähnlich dem in der Pariser Kommune“ führen. Die gewählten Vertreter müßten jederzeit von denen, die sie bestimmt haben, kritisiert werden können und durch die Massen ersetzt oder abberufen werden können (Punkt 9). Diese politische Richtung wird nicht als provisorisch betrachtet, zumal ihre „große historische Bedeutung“ besonders hervorgehoben wird.

Ein wesentliches Prinzip wird ebenfalls wieder in Erinnerung gerufen (es war in der vorhergehenden Phase nicht eingehalten worden); nämlich daß „die Massen sich selbst befreien müssen“, daß „die Methode, in allem für sie zu handeln, nicht angewendet werden“ darf und daß „die Massen sich in dieser (...) Bewegung selbst erziehen“ sollen (Punkt 4).

Gemäß diesem Prinzip kann die Funktion der Partei nur die sein, die

Massenbewegung ohne Zögern zu unterstützen. Die Führer sämtlicher Ebenen der Partei sollen also die Massen ermutigen, die Unzulänglichkeiten und Irrtümer ihrer eigenen Arbeit zu kritisieren (Punkt 3).

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Kritik auf Einheit ausgerichtet sein soll und angestrebt werden muß, die Fehler zu korrigieren, anstatt diejenigen auszuschalten, die sie begangen haben. Es geht schließlich darum, „daß wir am Ende der Bewegung mehr als 95 % der Funktionäre und der Massen vereinen“ (Punkt 5).

Eines der proklamierten Ziele ist, den Überbau, in dem die bürgerliche Ideologie weiterhin eine große Rolle spielt, grundlegend umzugestalten; von daher ergibt sich insbesondere die Notwendigkeit, „die Erziehung, die Literatur und Kunst umzuformen“, usw. (Punkt 1 und 10).

Die Verbindung, die den Kampf um die Revolution und den Kampf um die Produktion vereinigt, wird ebenfalls in dem „Sechzehn-Punkte-Programm“ erwähnt. Es wird betont, daß die Priorität ersterem gilt.

Seit 1966 entwickelte sich eine Bewegung, die durch Fortschritte und Rückschritte gekennzeichnet ist, deren eingehendere Analyse erforderlich wäre, um die jetzige Situation umfassend verstehen zu können. Aber wie ich oben schon erwähnte, kann eine solche detaillierte Analyse in diesem Rahmen nicht geleistet werden. Diese Bewegung führt ebenfalls zu ideologischen und theoretischen Weiterungen. Das veranlaßte Mao Tse-tung und diejenigen, die jetzt von der Führung der KPCh auf's schärfste verurteilt werden, praktisch den Unterschied zwischen der Umwandlung des juristischen Eigentums der Betriebe und der Umwandlung der Produktions- und Verhältnisse anzuerkennen; daher auch eine Reihe von Formulierungen, die präzisieren, daß durchaus kapitalistische Betriebe „unter einem sozialistischen Aushängeschild“ existieren können, daß das in China bestehende Lohnsystem sich nicht wesentlich von dem des Kapitalismus unterscheidet, daß es die Bourgeoisie in der Partei gibt usw.

Nun reicht es aber, heutzutage die chinesische Presse zu lesen, um festzustellen, daß seit dem Tod von Mao Tse-tung die Zielsetzungen

der Kulturrevolution und die sie begleitenden theoretischen Entwicklungen immer mehr aufgegeben werden. Die angebliche Kritik an den „Vier“ dient als Vorwand für diesen Verzicht.

Der seit Ende 1976 vollzogene Sprung nach hinten

Wie oben schon beschrieben ist das Zurückweichen in bezug auf die von der Kulturrevolution verkündeten Ziele zeitlich nicht auf Ende 1976 festzulegen. Dieses Zurückweichen setzt schon sehr viel eher ein, im Zusammenhang mit den Fortschritten und Rückschlägen des Klassenkampfes. Dennoch ist die nach dem Tod Mao Tse-tungs beginnende und mit der Beseitigung der „Vier“ eingeleitete Phase durch den Umfang des von da an vollzogenen *Sprungs nach hinten* und durch den offenen Verzicht auf zahlreiche auf seit 1966 entwickelte Analysen charakterisiert. Dieser Verzicht ist die Verneinung der Errungenschaften, die die chinesische Revolution dem Marxismus gebracht hat, das heißt die *Verleugnung des Marxismus* selbst.

In bezug auf die sich vor Mao Tse-tungs Tod vollziehenden Rückschritte werde ich mich auf einige Hinweise beschränken. Ich erwähnte schon die Aufgabe der politischen Form der Schanghaier Kommune. Diese Form wird durch die der Revolutionskomitees ersetzt, die sich ab 1967 bilden. Aber diese Revolutionskomitees selbst sterben in zunehmendem Maße ab. Dieser Verfallsprozeß hat mehrere Aspekte: das Prinzip der Abwählbarkeit der Mitglieder der Revolutionskomitees durch die Massen und das ihrer periodischen Wiederwahl wird immer weniger respektiert, die Autorität der Revolutionskomitees wird allmählich durch die entsprechenden Parteikomitees zurückgedrängt und die häufig auftretende Vermischung der Funktionen derer, die beiden Komitees angehören, führt dazu, daß die Revolutionskomitees ihrer Rolle beraubt werden, demokratischer Ausdruck der Bedürfnisse und Initiativen der Massen zu sein, die sie angeblich repräsentieren sollen. Derselbe Verfallsprozeß erfaßt auch andere Organe, die aus den ersten Jahren der Kulturrevolution stammen. So schlafen die Arbeiterverwaltungsgruppen, die ich in meinem Buch „Kulturrevolution und Arbeitsorganisation“ (3) erwähne, lang-

sam aber sicher ein. Als ich im Herbst 1975 nach China zurückkam, gab es nur eine einzige Fabrik, wo man mir über eine solche Organisation berichtete (nachdem ich in den verschiedenen Fabriken, die ich besuchte, immer wieder nachgefragt hatte, um zu erfahren, ob solche Gruppen existierten); und das, was man mir sagte, hinterließ eher den Eindruck, als ob diese Gruppen nur noch eine spukhafte Existenz führten; anderswo schienen sie gänzlich verschwunden zu sein.

Ein solches Absterben bedeutet einen Rückschritt gemessen an den Erfordernissen einer Weiterentwicklung in Richtung Sozialismus, da dieser voraussetzt, daß die Arbeiter in immer stärkerem Maße ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen kollektiv selbst bestimmen. Dieser Rückschritt vollzieht sich nicht „von selbst“. Er ist eine Konsequenz des Klassenkampfes, des wieder erstarkenden Einflusses der Bourgeoisie, vorrangig jener Bourgeoisie, die in den Staats- und Parteiapparaten wirksam wird und die in zunehmendem Maße ihre Autorität verstärkt, sich von der Autorität der Massen „befreit“ und somit über die Produktionsmittel verfügt, die formell dem Staat gehören.

1976 konnte dieses Zurückweichen allerdings noch als Ergebnis einer vorübergehenden Rückentwicklung betrachtet werden: *Die Kulturrevolution blieb auf der Tagesordnung und eine Reihe von Analysen wurden weiterhin betrieben*, die die Produktionsverhältnisse und die Klassenbeziehungen (wenn auch nicht immer bis zum Letzten) beleuchteten. Das sieht nun anders aus, zumal man sich einer bürgerlichen und revisionistischen Gegenoffensive konfrontiert sieht, die sich an allen Fronten entwickelt: sowohl auf der Ebene der praktischen Maßnahmen und konkreten Beschlüsse als auch auf der Ebene der ideologischen Positionen.

Die Revolutionskomitees der Produktionseinheiten und die Verstärkung der einheitlichen Führung

Diese Gegenoffensive zielt insbesondere auf das, was von den Revolutionskomitees *auf der Ebene der Produktionseinheiten* noch übriggeblieben ist. Sie hat in gleicher Weise die *Verstärkung der einheitli-*

chen Führung und der exklusiven Rolle des Parteikomitees, die verschiedenen Formen der Dreierverbindungsgruppen und die Verschärfung der Vorschriften und der Arbeitsdisziplin zum Ziel.

Eine der ersten offenen Auswirkungen der eben beschriebenen Gegenoffensive ist die am 31. Januar 1977 von Bai Rubing, dem ersten Sekretär des Parteikomitees in der Provinz Shandong, gehaltene Rede, die von Radio Jinan am 1. Februar 1977 gesendet wurde. Unter den in der Rede entwickelten Themen, die inzwischen in unzähligen Stellungnahmen von höchsten Funktionären immer wieder auftauchen, ist auch das über die Notwendigkeit, die Rolle der Parteikomitees im ökonomischen Bereich zu verstärken, während über die Aufgaben der Revolutionskomitees nichts gesagt wird. In dieser Rede wird ebenso wie in vielen anderen Texten kein Wort über die freie Äußerung der Kritik der Arbeiter verloren. Im Gegenteil, man wendet sich gegen Kritiken, die sich an die Parteikomitees richten könnten. Es wird einseitig auf das Prinzip des Gehorsams bestanden. Wenn behauptet wird, daß man „sich auf die Arbeiterklasse verlassen“ soll, dann nicht aufgrund ihres Schöpfergeistes, sondern weil „sie strikter auf die Disziplin achtet und den Anweisungen gehorcht“. Wie schon erwähnt, werden die gleichen Vorstellungen immer öfter entwickelt. So gibt am 6. April 1977 Radio Peking bekannt: „In einem sozialistischen Unternehmen entspricht das Verhältnis der Partei zu anderen Organisationen dem Verhältnis zwischen dem Führer und den Schülern.“

Auch hier ist nicht mehr von der Initiative der Massen die Rede, davon, von den Massen zu lernen. Die ausschließliche Autorität ist das Parteikomitee. Die Arbeiter brauchen sich nur noch führungszulassen. Das, was die Initiative der Massen begünstigen und das, was von ihren Organisationen übrigbleiben könnte, wird als „dem ökonomischen Weg, dem Syndikalismus, dem Anarchismus und dem radikalen Individualismus“ entsprechend denunziert. Die über die Funktionäre ausgeübte Kontrolle wird als Bruch der Disziplin betrachtet und die „Vier“ werden genau auch deswegen kritisiert, weil sie die Vorstellung vom Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den Betrieben entwickelt und weil sie von dem Gegensatz zwischen der Führung und den Massen gesprochen haben. (4)

Man sieht, daß hier eine These wieder auftaucht, die von Mao Tse-tung zu Recht angegriffen wurde: die des Primats der Einheit über den Widerspruch; eine These, die die Ideologie der sowjetischen Partei zur Zeit Stalins kennzeichnet.

Die nunmehr entwickelte Ideologie hat die Tendenz, die Stellung der Kader und Techniker über den Arbeiter aufrechtzuerhalten und letztere der Autorität jener Vorschriften zu unterstellen, die von den ersteren ausgearbeitet werden.

Der „Despotismus“ der Fabrik

Man hat es hier wirklich mit einer massiven Gegenoffensive zu tun, die darauf abzielt, all das zu zerschlagen, was gesagt und getan wurde, um sich der Existenz der unterdrückenden Vorschriften (die als „unvernünftige Vorschriften“ bezeichnet wurden) zu widersetzen. Augenblicklich wird bekräftigt, daß die Bestimmungen (denen man allerdings nur nebenbei zugestehet, daß sie durch die Produktionsverhältnisse bestimmt werden) „die objektiven Gesetze widerspiegeln, die den komplizierten Prozeß der modernen Produktion auf großer Stufenleiter beherrschen.“ Die Arbeiterklasse muß sich also den Vorschriften unterwerfen, da diese ja Ausdruck der „objektiven Gesetze“ sind. Engels wird zu Hilfe genommen mit einem Zitat aus einer Streitschrift gegen den Anarchismus. In diesem 1873 verfaßten Text „Von der Autorität“ schrieb Engels:

„Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen diese sich an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, der von aller sozialen Organisation unabhängig ist. Die Autorität der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen; die Dampfspinnerei vernichten, um zum Spinnrad zurückzukehren.“ (5)

Wie Harry Bravermann (6) richtig bemerkt, läßt sich Engels hier von der Polemik mitreißen, indem er von einem „von jeglicher Organisation losgelösten Despotismus“ spricht und den Begriff „Autorität“ in einer unhistorischen Betrachtungsweise benutzt. Engels läßt hier

alles außer acht, was Marx über den gesellschaftlich determinierten Charakter des „Despotismus der Fabrik“ geschrieben hat. (7) Die Art und Weise, wie dieser Text Engels' verwendet wird, zeigt, daß es heute in China gerade darum geht, den Despotismus der Fabrik im Namen überhistorischer Gesetze zu verstärken.

Wir haben es hier wahrhaftig nicht mit einfachen „theoretischen Überlegungen“ zu tun, sondern mit einem Versuch, die Verstärkung repressiver Praktiken gegenüber den Arbeitern zu rechtfertigen. Von nun an wird mehr und mehr das Wachstum der Produktion, die Erhöhung des Ertrags und der Qualität der Produkte nicht vor allem von der Entwicklung von Initiativen, der Organisation und dem Bewußtsein der Arbeiter erwartet, sondern von der Anwendung genauer Vorschriften. So wird am 14. August 1977 in Radio Peking gesagt: „Regeln und Vorschriften dürfen nie abgeschafft werden. Darüberhinaus müssen die Regeln und Vorschriften mit der zunehmenden Entwicklung der Produktion und der Technologie strenger befolgt werden, und die Menschen müssen sie Wort für Wort befolgen.“ Und diesen letzten Satz noch erläuternd wird hinzugefügt: „Das ist ein Naturgesetz (!). In dem Maß, wie sich die Produktion entwickelt, müssen wir strengere und rationellere Regeln und Vorschriften einführen.“

Eine äußerst begeisternde Perspektive!

Die Kritik an den „Vier“ ist u. a. ein Vorwand, um strengere Vorschriften zu empfehlen. Schon 1976 kritisierte Yao Wenyuan die Vorstellung der immer schärfer werdenden Vorschriften. Er schrieb: „Wie weit wird diese Strenge gehen? Müssen wir wirklich die kapitalistische Produktionsweise einführen, bei der sogar die von den Arbeitern auf der Toilette verbrachte Zeit gerechnet wird?“

Inzwischen zögert man nicht mehr, „bestimmte bürgerliche Regeln und Vorschriften“ und „manche Aspekte der kapitalistischen Betriebsführung“ zu loben; man sagt sogar, daß „sie das Ergebnis der Erfahrungen der Arbeiter und somit wissenschaftlich sind“! (8)

Der Vorwand für die Verschärfung dessen, was Marx den „Despotismus der Fabrik“ nennt, ist einerseits die angeblich schlechte Lage, in der sich die chinesische Wirtschaft „aufgrund der Aktivitäten der Viererbande“ befunden habe, und sind andererseits die „Erforder-

nisse“ der „Vier Modernisierungen“ (die industrielle, die landwirtschaftliche, die militärische und die technische). Ich werde auf diese Fragen und ihre Bedeutung noch im folgenden zurückkommen. Im Augenblick möchte ich vor allem betonen, daß im Namen eben dieser Erfordernisse „Wettbewerbskampagnen“ eingeleitet werden, über die noch einiges gesagt werden muß.

Die Wettbewerbskampagnen

Ich stelle zuerst fest, daß die Erfahrungen der dreißiger Jahre in Rußland und die der der Kulturrevolution vorausgehenden Phase in China gezeigt haben, daß der Wettbewerb sehr schnell jeglichen „sozialistischen“ Charakter verliert, sobald er aufhört, das direkte Resultat einer Massenbewegung zu sein und zu einer von oben organisierten Kampagne wird.

Er wird zu einem Mittel für die Kader und Techniker, Druck auf die Arbeiter auszuüben um die Arbeitsintensität und -produktivität zu steigern. Eine derartige Kampagne entzieht den Arbeitern zunehmend die Möglichkeit, ihre Arbeitsbedingungen zu beherrschen, was nichts anderes bedeutet, als daß sie zunehmend enteignet und ausgebeutet werden. Auf eine solche Kampagne hat man übrigens während der Kulturrevolution nicht zurückgegriffen. (9)

Offensichtlich entwickeln sich diese „Wettbewerbskampagnen“ wieder in größerem Ausmaße seit März 1977. Das begann nach der Nationalen Konferenz über das Eisenbahnwesen. Bei dieser Gelegenheit wird nämlich erklärt:

„Die Erfahrung der Durchführung der großen Ordnung und der schnellen Verbesserung der Arbeit im Bereich der Eisenbahnen ist gültig für alle Bereiche.“ In der Renmin ribao vom 10. März wird ebenfalls ein Aufruf zu den Wettbewerbskampagnen herausgegeben. Am 22. März wird von derselben Zeitung präzisiert, daß die Wettbewerbskampagnen bezwecken sollten, die „Große Ordnung“ zu realisieren und „rasche Ergebnisse“ zu erzielen, möglichst schnell die Produktivität und die Leistungsfähigkeit über eine verstärkte Arbeitsdisziplin anzuheben.

Der wirklich *zentralisierte* und *von oben organisierte* Charakter dieser Kampagnen kommt sehr deutlich in einer Nachricht der Agentur „Neues China“ zum Ausdruck; dort heißt es, daß angesichts „einer beschleunigten Expansion der Kohleindustrie“ das Ministerium für Bergbau (...) kürzlich 125 Minen des Landes in einer am 1. Januar beginnenden hunderttägigen Wettbewerbskampagne organisiert hat.“ In der Nachricht wird präzisiert, daß das Ministerium von den beteiligten Minen *fordert*, „umfassend die Massen zu mobilisieren und ein *mächtiges Befehlsnetz* aufzubauen; eine Maßnahme, die zum Ziel hat, während des Zeitraums von 100 Tagen unablässig die Aufgaben der Förderung bezüglich Quantität, Qualität, Verbrauch, Selbstkostenpreis und anderer Produktionsnormen zu erfüllen.“ Die Minen werden dazu aufgerufen, alle bisher erbrachten Rekorde zu übertreffen.

Klarer kann man es wohl kaum ausdrücken. Diese „Wettbewerbskampagne“ ist dazu bestimmt, die Arbeiter einem „mächtigen Befehlsnetz“ zu unterwerfen, und sie zu verpflichten, nicht nur die (von den Behörden festgesetzten) Normen zu erfüllen, sondern darüberhinaus die Produktions„rekorde“ zu schlagen.

Derartige Kampagnen haben nichts mit wirklichem sozialistischem Wettbewerb zu tun. Sie reißen sich außerdem in eine umfassende politische Orientierung ein, die an die oberste Stelle Ökonomie, Produktion und Profit setzt. Im Vergleich zu den prinzipiellen Positionen der Phase der Kulturrevolution handelt es sich hierbei um eine Wendung um 180 Grad. Auf der Ebene der Formulierungen kann diese Tendenzwende nichts besser ausdrücken als jener Satz aus einer Sendung von Radio Peking, daß „die Politik der Ökonomie dienen“ solle (27. November 1977).

Der Profit, die Akkumulation und die Konzentration der Führungsmacht in den Betrieben

Die Reichweite einer Formulierung dieser Art wird noch klarer durch eine Reihe von Texten und Erklärungen, die seit Ende 1976 auftauchen und die alle den Schwerpunkt auf die Rolle des Profits

legen. So wird in der Nr. 8 der *Hongqi* immer wieder die Vorstellung hervorgehoben, daß die Betriebe ihre Profite vergrößern und noch mehr Finanzmittel für den Staat akkumulieren müssen. Das geht so weit, daß gesagt wird:

„Ob man eine Fabrik für den Profit oder für die Revolution führen solle, ist eine seltsame Fragestellung.“

Als ob nicht gerade da die konkrete Ursache eines Widerspruchs liegen könnte und als ob es nicht nötig wäre, den Hauptaspekt dieses Widerspruchs zu definieren!

In gleicher Weise versichert der Artikel der *Hongqi*:

„Je mehr ein sozialistischer Betrieb auf diese Art Profit macht (durch Erhöhung der Produktion, Praktizierung einer strengen Ökonomie, Steigerung der Arbeitseffektivität und Kostensenkung), desto mehr Reichtum erwirtschaftet er für den Sozialismus.“

Es wird hier unterstellt, daß die Verwendung der Akkumulationsfonds automatisch dem Sozialismus zuträglich sei. Und es wird noch nicht einmal mehr gesehen, daß in dem Kampf um die Steigerung des Profits (bei dem die Initiativen der Arbeiter, die Rolle der Arbeiterführung und der Neuerungen durch die Massen praktisch nicht mehr angesprochen werden) die führende Rolle der Arbeiterklasse letztendlich negiert werden könnte. Wird nun aber diese Führungsrolle zurückgedrängt, so wird die These „Profit machen bedeutet, Reichtum für den Sozialismus zu schaffen“ sinnentleert. Es ist übrigens auch genau die These, die von den sowjetischen Revisionisten seit Jahren wiederholt wird.

Der Leitartikel der *Renmin ribao* vom 27. August 1977 unternimmt den Versuch, allerdings ohne daß dies explizit geäußert würde, sich dieses Problems zu „entledigen“. Dies geschieht (wie könnte es anders sein) auf sehr konfuse Art und Weise. Erwähnt wird ein *sozialistisches „Wesensmerkmal“* der chinesischen Betriebe und des Profits, den sie realisieren. Es wird da z. B. geschrieben:

„Es ist eine ruhmreiche Verantwortung der sozialistischen Betriebe, hart zu arbeiten, um die Akkumulation für den Staat und noch größere Profite zu machen. Unter sozialistischen Bedingungen ist der von einem Betrieb erzielte Gewinn seinem Wesen nach ein anderer als der kapitalistische Profit. Die Gewinne eines sozialistischen Be-

triebes sind eine Manifestation der bewußten Anstrengung der Arbeiter, um materielle Reichtümer zu schaffen, um dem Konsum entsprechende Mittel zu liefern und um Kapital zu akkumulieren mit dem Ziel, den Sozialismus aufzubauen. Das unterscheidet sich grundlegend von der kapitalistischen Ausbeutung des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts (...). Die Betriebsführung zu verbessern und die Gewinne zu vergrößern (einerseits) und die (revisionistische) Vorstellung, den Profit an die erste Stelle zu setzen (andererseits), sind zwei völlig unterschiedliche Konzeptionen.“

Ein derartiger Text entspricht genau denen der sowjetischen Ökonomen, die ebenfalls von einem „sozialistischen Profit“ und einem „sozialistischen Lohn“ sprechen; aber es reicht nicht, das Eigenschaftswort „sozialistisch“ an eine ökonomische Kategorie anzuhängen, um die gesellschaftliche Natur der bezeichneten Realität zu bestimmen. Diese hängt von den gesellschaftlichen Bedingungen ab, in denen sich der Produktionsprozeß vollzieht. Zahlreiche Texte aus der Zeit der Kulturrevolution haben sich mit dieser Frage (wenn auch nicht immer in allzu klarer Form) auseinandergesetzt und haben aufgezeigt, daß man nicht das Staatseigentum und den sozialistischen Charakter der Betriebe durcheinanderbringen darf und daß es für letztere kein sozialistisches „Wesen“ gibt; ein „Wesen“, losgelöst von den Produktionsverhältnissen und den Formen der Arbeitsteilung und der Führung.

Aber die augenblicklich vorherrschende Ideologie versucht genau all das zu negieren, was während der Kulturrevolution hervorgehoben wurde. Es geht darum, den Profit zu verherrlichen, dazu aufzufordern, „hart zu arbeiten“, diszipliniert zu sein und den „Befehlen und Vorschriften zu gehorchen“, also darum, die politischen Eingriffsmöglichkeiten der Arbeiter zu verringern. So wird in dem Leitartikel der *Renmin ribao* vom 9. November 1977 von „politisch verursachten Verlusten“ in Betrieben gesprochen, und die, so heißt es, müßten „auf ein Minimum reduziert werden“.

Das entspricht durchaus der politischen Orientierung, die die Initiative im Bereich der Technik und der Verwaltung der Betriebe den Arbeitern, den Revolutionskomitees und den Verwaltungsgruppen (sowie den verschiedenen Organisationen der Dreierverbindung, von

denen kaum noch die Rede ist) zunehmend entzieht, um sie in den Händen der „beiden Hauptleiter der Betriebe zu konzentrieren“. Es ist offensichtlich, daß dies die jetzige Linie ist, wie es zum Beispiel auch in der Rede von Yu Qiuli in Daqing und in einer Sendung am 18. Oktober 1977 von Radio Peking zum Ausdruck kommt, in denen das Prinzip hervorgehoben wird, gemäß dem „die zwei Hauptleiter der Betriebe sich persönlich um die Angelegenheiten der Profitakkumulation kümmern sollen“.

Was auch immer für Phrasen eingeschoben werden, um fast schon ritualisiert daran zu erinnern, daß man bei der Führung von Betrieben „fortfahren muß, den Klassenkampf als Hauptkettenglied anzupacken“, so ist dennoch klar, daß es jetzt der Profit ist, der im Mittelpunkt der Überlegungen steht.

Die zentrale Rolle, die dem Profit beigemessen wird, hat mehrere Bedeutungen.

Einerseits wird die Überbetonung des Profits dazu benutzt, die hierarchischen Autoritätsstrukturen zu verstärken, die Vorschriften zu verschärfen und die Eingriffsmöglichkeiten der Arbeiter in der Verwaltung auszuschalten.

Andererseits ist die Hartnäckigkeit, mit der man vom Profit der Betriebe redet, die Begleiterscheinung einer ideologischen Wende. Heute wird praktisch überhaupt nicht mehr die Unterscheidung gemacht zwischen dem „Gewinn eines Betriebes“ (das heißt dem finanziellen Ertrag, der lokalen Äußerung der Kapitalverwertung) und dem „gesellschaftlichen Gewinn“, dessen Wichtigkeit Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre besonders betont wurde. Also können von jetzt ab Betriebe, die keinen Profit machen, nicht mehr als „Betrieb nach dem Beispiel von Daqing“ ausgewählt werden, was bedeutet, daß sie nicht mehr als Beispiel gelten können. (11)

Die dem Profit zugeschriebene Bedeutung hängt natürlich auch mit der Art der Industrialisierung zusammen, die sich allmählich durchsetzt und im Namen der „Modernisierung“ der Industrie durchgeführt wird (auf diese Frage werde ich weiter unten noch zurückkommen). Auf jeden Fall lehren die geschichtlichen Erfahrungen und die Theorie, daß eine derartige Betonung des betrieblichen Profits die regionalen Ungleichheiten nur verschärfen und der Entwick-

lung örtlicher Industrie und der der Klein- und Mittelindustrie nur Hindernisse in den Weg legen kann. Doch gerade diese Entwicklung hat bisher die Art der Industrialisierung in China geprägt (insbesondere seit 1958) und zu beträchtlichen Erfolgen geführt.

Ich gehöre also nicht zu denjenigen, die meinen, daß die jetzt in diesem Bereich vorherrschende Tendenz hauptsächlich auf „Irrtümer“ zurückzuführen sei. Und selbst wenn man von Irrtümern sprechen kann, so muß das ganz klar gesehen werden, daß diese das Resultat eines *Klassenstandpunktes* sind, Ausdruck der Tendenz, die kapitalistischen Verhältnisse, die kapitalistischen Formen der Arbeitsteilung, der Organisation der Produktion und der Verwaltung zu konsolidieren; heutzutage setzt sich zunehmend die Tendenz durch, die Rolle der Kader, der Techniker und der Intelligenz zu privilegieren.

Der Kampf gegen die „Gleichmacherei“ im Bereich der Löhne

Man stößt bei dem, was im Bereich der Löhne gesagt und getan wird, auf die gleiche klassenmäßige Orientierung. Hier liegt der Schwerpunkt der jetzigen politischen Tendenz auf dem Kampf gegen die angebliche „Gleichmacherei“ und für eine Differenzierung der Löhne. Ein Artikel der *Guangming ribao* vom November 1977 geht sogar so weit zu behaupten: „Der Egalitarismus ist immer noch Chinas größtes Problem“ (das ist die Überschrift des Artikels). Diese Aussage steht im Widerspruch zu der von Mao Tse-tung im Februar 1975 geäußerten Bemerkung: „China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von acht Kategorien praktiziert, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes, bei all dem gibt es nicht viel Unterschied zur alten Gesellschaft. Der Unterschied ist, daß sich die Eigentumsverhältnisse verändert haben.“ (PR 7, 1977) Einer der Gründe, die Gewichtung von nun an auf den Kampf gegen die „Gleichmacherei“ zu legen, liegt darin, wieder auf das Prinzip der „materiellen Anreize“ zurückzugreifen (allerdings im Moment noch mit einer gewissen Vorsicht, da sich die chinesische Arbeiterklasse

dessen, was diese Tendenz beinhaltet, wohl bewußt ist). Praktisch geschieht das in einer Anzahl von Fällen durch den Rückgriff auf das Prinzip des Stücklohns (während in der Zeit der Kulturrevolution der Stundenlohn den Stücklohn ersetzte); in anderen weniger zahlreichen Fällen drückt sich das in Gestalt von mehr oder weniger hohen Prämien aus. Und all das geschieht im Namen der Beschleunigung des Wachstums der Produktivkräfte und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, also im Namen ökonomistischer und produktivistischer Argumente.

Äußerst bezeichnend in dieser Hinsicht ist ein Artikel von Chao Lukuan (12), in dem ausgehend von dem Prinzip „jedem nach seiner Leistung“ – wenn auch immer mit sehr viel Vorsicht – der Versuch unternommen wird, den Stücklohn als positiv darzustellen (es wird natürlich in diesem Zusammenhang nichts von der von Marx geäußerten Beobachtung gesagt, daß „der Stücklohn die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste“ Lohnform ist [13]) und zu betonen, daß „die Verwendung von materiellen Anreizen als zusätzliche Form notwendig“ sei.

Dieser und viele andere seit 1977 erschienene Artikel machen in zunehmendem Maße das *individuelle Interesse* zur treibenden Kraft des Kampfes um die Produktion. Dieses Interesse soll die während der Kulturrevolution immer wieder hervorgehobene Rolle des Bewußtseins, für die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes und für den Aufbau des Sozialismus zu arbeiten, ersetzen.

Eine solche Veränderung entspricht den Interessen der Bourgeoisie innerhalb der Partei. Sie kann nur dazu führen, die *Arbeiterklasse zu spalten*, indem sie die wachsenden Ungleichheiten zwischen den Arbeitern vorantreibt. Auf Stücklohn und materielle Anreize zurückzugreifen, nachdem jahrelang das Prinzip des Zeitlohns praktiziert und auf materielle Anreize verzichtet wurde, bedeutet einen *ungeheuren Rückschritt*. Dieser Rückschritt begünstigt die Betriebsleiter und die Techniker und hat die Tendenz, die Staatsbourgeoisie zu stabilisieren, die Führungspositionen in den ökonomischen und in den Verwaltungsapparaten und in der Partei besetzt hält. Das ist der Klassengehalt der neuen politischen Ausrichtung, was auch immer deren Befürworter als Gründe vorschieben mögen.

Die neue Orientierung in der Agrarpolitik

Seit Ende 1976 läßt sich beobachten, daß sich eine neue Orientierung in bezug auf Fragen der Landwirtschaft entwickelt. Diese neue Orientierung schränkt die Initiative der Bauernmassen grundsätzlich ein und unterwirft sie immer mehr einer stark zentralisierten Leitung, über die die Arbeiter keine wirkliche Kontrolle ausüben können. Diese Ausrichtung führt dazu, daß den Volkskommunen von außen ausgearbeitete Normen aufoktroiert und technische Veränderungen vorangetrieben werden, die im wesentlichen ebenfalls von Organen ausgehen, die weit von den unmittelbaren Produzenten entfernt sind. Der Klassegehalt dieser neuen politischen Orientierung ist klar. Einerseits geht es darum, die Entwicklung eines Produktionsprozesses voranzutreiben, der so weit wie möglich die Masse der Bauern der Herrschaft der örtlichen und zentralen Kader, also der Herrschaft eines neuen Typs von Bourgeoisie unterordnet. Andererseits (aber das hängt damit zusammen) handelt es sich darum, Bedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, der Bauernschaft das Maximum an Mehrarbeit abzupressen, damit sie den größtmöglichen Tribut an die für die Festigung der Macht der Staatsbourgeoisie unabdingbaren „vier Modernisierungen“ zahlt.

Der Klassegehalt dieser neuen Ausrichtung in der Agrarpolitik ist also offensichtlich; allerdings nehmen diese Orientierungen reale Probleme zum Vorwand, deren Wichtigkeit während der vorhergehenden Jahre vielleicht unterschätzt worden war.

Diese Probleme betreffen vorrangig die Produktion: Nachdem im Laufe von ungefähr zehn Jahren beachtliche Fortschritte erzielt worden waren, scheint die landwirtschaftliche Produktion eine bestimmte Grenze erreicht zu haben, die angesichts der Notwendigkeit, eine wachsende Bevölkerung zu ernähren, unbedingt überschritten werden muß. (14)

Diese Probleme betreffen auch die Konsolidierung der bestehenden Produktionsverhältnisse und die Umgestaltung des Arbeits- und Produktionsprozesses, die technische Umgestaltung mit inbegriffen. (14a) Sie beziehen sich ebenso auf den Überbau, die Ideologie und die Politik. Es kann im Rahmen dieses Briefes nicht geleistet werden,

sich mit all dem auseinanderzusetzen; geschweige denn zu behaupten, daß es da eine einfache Lösung gäbe. Es ist bestenfalls möglich, einige der heutzutage vorgeschlagenen „Lösungen“ zu analysieren und sie auf ihre Reichweite und ihre klassenmäßige Bedeutung hin zu untersuchen.

Zwei Arten des Verfalls der kollektiven Produktionsstrukturen werden häufig seit Ende 1976 genannt (aber es ist wohl klar, daß dieselben Phänomene durchaus schon vorher existierten; und übrigens in verschiedenen *Dazibaos* erwähnt wurden, vor allem in Südchina).

Eine dieser Formen ist die Ausweitung des Umfangs der Privatparzellen und des Ausmaßes der damit verbundenen Familienaktivitäten. Seit Dezember 1976 wird dieses Problem angesprochen, zum Beispiel auch in einer Sendung vom 13. Dezember in Radio Nanking.

Eine andere Form des Verfalls der kollektiven Arbeit (die anscheinend die landwirtschaftliche Produktion stark bedroht, so daß sie oft erwähnt wird) ist die zunehmende Einbeziehung ländlicher Arbeitskräfte in außeragrarisches Aktivitäten ebenso wie unkontrollierte Bewegungen der Arbeitskräfte. Diese Erscheinungen werden zum Beispiel in der Agentur Neues China (N. C. N. A.) vom 2. September 1977 unter der Überschrift „*Den Frontabschnitt im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion verstärken*“ angegriffen. Dieser Text weist daraufhin, daß bestimmte staatliche oder kollektive Produktionseinheiten Arbeitskräfte aus anderen Volkskommunen oder Brigaden einstellen. Es wird auch gesagt, daß in bestimmten Volkskommunen oder Brigaden Arbeiter sich in parallel zu der landwirtschaftlichen Produktion laufenden Arbeitsbereichen verdingen und daß diese Volkskommunen oder Brigaden einen zu großen Anteil an unproduktiven Arbeitskräften hätten.

Auf die Veröffentlichung dieses Berichtes hin wurde in den Provinzrundfunkanstalten von der Bildung von Untersuchungsgruppen durch die Parteikomitees gesprochen. Eine der Aufgaben dieser Gruppen sei, daraufhinzuwirken, daß die vorübergehend angestellten oder die Kontraktarbeiter, die nicht mehr in ihrer Kommune sind, auf das Land zurückgehen.

Hier hat man es sicherlich mit ernstzunehmenden Problemen zu tun, die dazu beitragen, die Kontinuität und höchstwahrscheinlich sogar

das Wachstum der Landwirtschaft infragezustellen. Ich habe nichts von einer entsprechenden und grundlegenden Analyse erfahren, die diese Phänomene erklären und Konsequenzen daraus ableiten würde. Dagegen weiß man seit Ende 1976, daß sich alle möglichen konkreten Maßnahmen häufen, über die ich noch einiges sagen möchte, zumal sie, wie schon oben erwähnt einen klaren Klassencharakter zu haben scheinen, obwohl sie untereinander teilweise im Widerspruch stehen (oder zu stehen scheinen).

Eine erste Reihe von Maßnahmen zielt darauf ab, den Umfang der Privatparzellen in dem Maß herabzusetzen, wie er die vorschriftsmäßig festgelegten Prozentsätze überschreitet. Dies ist eine für den Aufbau der Wirtschaft der Volkskommunen und für das Anwachsen der kollektiven Produktion notwendige Maßnahme, kann aber sowohl einer revolutionären als auch einer revisionistischen politischen Orientierung entsprechen: unter den gegenwärtigen Bedingungen ist auch die revisionistische Politik darauf angewiesen, sich auf eine ausreichende kollektive landwirtschaftliche Produktion stützen zu können, um ihr Programm der „Modernisierung“ durchzuführen.

Andere Maßnahmen (die schon am 20. Dezember von Radio Peking erwähnt wurden) bezwecken, bestimmte kollektive „Nebenproduktionszweige“ einzuschränken, was die ländliche Industrialisierung hart treffen könnte. Diese ist in großem Maßstab seit dem Großen Sprung nach vorn und seit der Kulturrevolution vorangetrieben worden. Es ist unerlässlich, sie fortzusetzen, insbesondere um den Widerspruch zwischen Stadt und Land in Angriff zu nehmen und um eine sozialistische Entwicklung der Produktivkräfte und die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Massen sichern zu können.

Sicherlich mag die Einschränkung der kollektiven Nebenproduktionszweige durch das „Problem der Arbeitsbeschaffung“ aufzwingen *erscheinen*, entspricht aber im Grunde einer revisionistischen Konzeption: dem Willen der Leiter der zentralisierten Industrie, über die gesamte industrielle Produktion zu verfügen. Aus diesem Grund wird man nicht behaupten können, daß diese Maßnahme einzig und allein oder hauptsächlich darauf abzielt, der kollektiven Landwirtschaft zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

Das umso weniger angesichts dessen, daß die individuell oder von Fa-

milien betriebenen Nebenbeschäftigungen gefördert werden und den landwirtschaftlichen Märkten wieder mehr Bedeutung beigemessen wird. Es fällt mir schwer, hierbei zu beurteilen, ob es sich um eine Art „Konzession“ handelt, die den Bauern gemacht wird (um ihnen eine Einkommenssteigerung zu ermöglichen), oder ob nicht vielmehr angestrebt wird, auf diese Art und Weise einen gewissen Überschuß an Produkten zu erhalten, der anders zur Zeit nicht zu beschaffen wäre. Auf jeden Fall ist die Politik der Unterstützung der Einzel- und Familienproduktion ganz offensichtlich. Sie wird von der im Herbst 1977 stattfindenden nationalen Konferenz bekräftigt. Diese ruft dazu auf, denjenigen Produktionsweisen sehr viel Platz einzuräumen, die, wie gesagt wird, „eine wichtige Ergänzung der sozialistischen Wirtschaft“ seien. Es wird hinzugefügt, daß sie nicht als „eine Form des Kapitalismus“ kritisiert werden dürften, da eine derartige Kritik auf eine „revisionistische Linie“ zurückzuführen sei. (15)

Noch bezeichnender erscheint mir die Art, wie die jetzige politische Linie versucht, jene Probleme anzugehen, die durch den „Mangel an Arbeitskräften“ entstehen, worunter die chinesische Landwirtschaft leidet.

Tatsächlich ist der Hauptaspekt dieser Linie der Rückgriff auf autoritäre und der Bauernschaft von oben auferlegte Maßnahmen unter der Losung der „rationellen Verwendung ländlicher Arbeitskräfte“. So wird am 23. November 1976 von Radio Haikou (Hainan) verkündet, daß „gelernt werden muß, die Arbeitskraft zu organisieren“, und es wird dazu aufgerufen, die Produktionsmannschaft der „*einheitlichen Führung* der Brigade und der Volkskommune“ zu unterstellen. Desgleichen wird gesagt, daß die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte dorthin *geschickt* werden müßten, wo die Produktion am effektivsten gesteigert und wo die besten Resultate erzielt werden könnten.

Ich stelle nicht infrage, daß die „ökonomische Zielsetzung“ wünschenswert sei. Im Gegenteil. Ich zweifle aber sehr ernsthaft an dem „sozialistischen“ Charakter und an der „Effektivität“ der vorgeschlagenen Methoden. Tatsächlich führen die empfohlenen Maßnahmen dazu, daß man die Bauern vorrangig als Arbeitskräfte behandelt, die

von einer einheitlichen Führung dahin geschickt werden, wo ihr Einsatz am nützlichsten erscheint. Das ist eine kapitalistische und keineswegs eine sozialistische Form der Arbeitsorganisation, der die Bauern nur Widerstand entgegensetzen können. Es ist einige Zeit her, daß die Dinge auf diese Art und Weise in den sowjetischen Kolchozen „organisiert“ wurden, und es dürfte allgemein bekannt sein mit welchem Ergebnis!

Man weiß ebensogut, zu welchen Niederlagen die Versuche geführt haben, den Kampf für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion als „Schlachten“ zu betrachten, die mehr oder weniger zentral von „Generalstäben“ angeführt werden mußten. So zeigen zahlreiche kürzlich erst erschienene Veröffentlichungen, daß derartige pseudomilitärische Maßnahmen von seiten der jetzigen Führung der KPCh mit Wohlwollen betrachtet werden. In Wirklichkeit bedeutet die Tatsache, daß Maßnahmen dieser Art ergriffen werden, daß man kein Vertrauen zu den Bauern hat.

Dieser Mangel an Vertrauen kann durch die notwendig auftretenden und berechtigten Reaktionen der Bauern nur bekräftigt werden, die auf Maßnahmen hin erfolgen, die die Tendenz haben, sie zu „manovrierbaren“ Arbeitskräften zu machen und sie den Befehlen einer „einheitlichen Führung“ zu unterwerfen. Als ob die chinesischen Bauern nicht selbst wüßten, wie sie zu produzieren und sich zu organisieren haben, um die Produktion zu steigern!

Die Tendenz, von oben und autoritär die Arbeit der Bauern zu organisieren, bringt unausweichliche Konsequenzen mit sich. Die neue Führung bereitet sich darauf vor, dem durch eine Reihe von Maßnahmen entgegenzutreten, die in einem Bericht der Agentur Neues China vom 2. September 1977 angekündigt werden.

Die unmittelbar einsetzenden Maßnahmen bestehen darin, die Arbeitsdisziplin zu verschärfen, ein System von Arbeitsnormen zu schaffen und die Entlohnung an diesen Arbeitsnormen auszurichten. Der Bericht geht explizit darauf ein, daß die *Arbeitsdisziplin verschärft*, die *Anwesenheit am Arbeitsplatz registriert*, das *System der Verantwortlichkeit verstärkt*, die Arbeitsorganisation verbessert werden muß, „einfache“ (an die verrichtete Arbeit gebundene) Entlohnungssysteme geschaffen werden sollen, der Wettbewerb organisiert

und die regelmäßige *Einschätzung der von Individuen und von Produktionseinheiten geleisteten Arbeit* vorgenommen werden müsse.

Schon im Sommer 1977 haben einige Kreise diesen Weg eingeschlagen. Am 16. Juni 1977 wird der Kreis Heshui (in der Provinz Gansu) von Radio Lanzhou als Beispiel dafür angeführt, daß dort eine „gute Registrierung der Arbeit“ eingerichtet worden sei und ein *Arbeitsnormensystem* in Verbindung mit einem *Kontrollsystem* angewandt würde. Es handelt sich hierbei um eine völlige Kehrtwendung im Vergleich zu der seit der Kulturrevolution verfolgten Linie, bei der im Gegenteil ein System festgelegter Normen nur ausnahmsweise angewandt wurde, während ein System der *Selbstbewertung* vorherrschte. Die sowjetische Erfahrung hat hinreichend belegt, daß diese Systeme von festgelegten Normen und Kontrollen der Arbeit der Bauern zu nur mittelmäßigen, um nicht zu sagen zu lächerlichen Ergebnissen führen.

Die „beschleunigte“ Mechanisierung der Landwirtschaft

Aus der Art, wie die Führung der KPCh beschlossen hat, die *Mechanisierung der Landwirtschaft zu beschleunigen*, geht hervor, daß diese Führung weit davon entfernt ist, wirklich zu meinen, daß die vorgesehenen Methoden der Arbeitsorganisation (auf die sie dennoch zurückgreifen muß, soweit sie nicht mehr auf die Bauern vertraut) die Probleme der Landwirtschaft wirklich lösen könnten.

Tatsächlich ist die richtige und notwendige Entscheidung, den Weg der Mechanisierung der Landwirtschaft einzuschlagen, die eine Sache. Eine andere ist die, *sich hastig hineinzustürzen*, wie es die KPCh jetzt tut, wenn sie verkündet, daß die Mechanisierung „im wesentlichen“ bis 1980 durchgeführt sein müssen. Eine derartige *Überstürzung* führt zwangsläufig zu *Enttäuschungen*, ist aber wahrscheinlich von den gesellschaftlichen Widersprüchen her unumgänglich, denn die „technischen Erfordernisse“ würden – im Gegensatz dazu – ein schrittweises und methodisches Vorgehen erforderlich machen. (16) Die Überstürzung und die gesellschaftlichen Widersprüche, aus denen sie hervorgeht, ebenso wie das Vorhaben, die Bauern einer einheitli-

chen Befehlsgewalt zu unterwerfen, scheinen zur Folge zu haben, daß die bisher als richtig erachtete Vorgehensweise aufgegeben wird, die die Mechanisierung hauptsächlich auf der Basis jeder Brigade und jeder Kommune durchführen wollte, wobei diese sich vorrangig auf ihre eigenen Kräfte stützen sollten.

Zahlreiche Erklärungen lassen deutlich werden, daß die landwirtschaftliche Ausrüstung in mehrere Kommunen und Brigaden umfassenden Werkstätten zentralisiert werden soll (was an die sowjetischen Zentralen für Maschinen und Traktoren erinnert, die unter ähnlich hektischen Bedingungen und aus den gleichen Gründen eingerichtet wurden und bekanntlich zu enttäuschenden Ergebnissen führten).

Diese zentralen Werkstätten würden der Führung des regionalen Parteikomitees unterstellt. In der Tat, man orientiert sich augenscheinlich – und das liegt in der Logik der jetzigen Politik – an den „großen Schlachten für die Landwirtschaft“, die von den Provinzbehörden geführt werden, die über die Maschinenzentren verfügen und über die Ebene der Kreise und Städte agieren. Dieser Apparat würde dem Befehl der Partei unterstellt. Die Parteikomitees werden zu diesem Zwecke aufgerufen, „Leitungsgruppen für die Mechanisierung der Landwirtschaft“ zu bilden.

Die so empfohlene Zentralisierung hat die Tendenz, den Volkskommunen und Brigaden ihre bisherige Rolle in der Produktion von kleinen mechanischen Geräten, die den jeweiligen Bedürfnissen angepaßt waren, zu entziehen. Die Zentralisierung und die Hast, mit der eine derartig ernste und schwierige Operation wie die Mechanisierung der Landwirtschaft durchgeführt wird, lassen jetzt schon eine Reihe von Schwierigkeiten auftauchen. Die, von der am meisten gesprochen wird – aus der Sowjetunion wohl bekannt –, ist die Versorgung der Landwirtschaft mit Ersatzteilen.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, sich mit drei Leserbriefen zu beschäftigen, die in der *Renmin ribao* vom 7. Januar 1978 veröffentlicht wurden (und in einem am gleichen Tag von der Agentur „Neues China“ verbreiteten Artikel erschienen). Einer dieser Briefe ist von einem Kader der Volkskommune Xietuan (Kreis Chuxian, Provinz Anhui) an die Traktorenfabrik „Roter Osten“ in Luoyang gerichtet. In dem Brief wird diese Fabrik kritisiert, das Pro-

blem der *Ersatzteile* nicht richtig gelöst zu haben. Tatsächlich war es so, daß die Volkskommune Xietuan nirgendwo die Ersatzteile, die sie brauchte, hat finden können (und das im Laufe des Winters 1976). Nachdem man sich schriftlich und ohne Erfolg an die Traktorenfabrik gewendet hatte, wurde von der Volkskommune beschlossen, eine Delegation in die Fabrik zu schicken; sie wurden dort aber nicht empfangen. Erst nachdem ein weiterer Brief über die *Renmin ribao* an die Fabrik „Roter Osten“ vermittelt worden war, hat die Fabrik ihre „Haltung nochmals überprüft“, „Selbstkritik“ geleistet, indem sie bekanntgab, daß ihre Fehler „hauptsächlich auf die zügellose Sabotage der Landwirtschaft durch die ‚Viererbande‘ zurückzuführen ist“. (17) Die Leitung der Fabrik verkündet, daß sie entschlossen sei, „die Arbeitsbestimmungen zu straffen“.

Der Brief der Volkskommune Xietuan an die *Renmin ribao* besagt, daß als Folge der „Selbstkritik“ von der Fabrik mehrere Techniker zu der Volkskommune geschickt wurden, die dort den Traktor untersucht und zwei Traktorfahrer in die Fabrik mit zurückgenommen haben, damit sie dort die nötigen fehlenden Teile kaufen konnten. (18) Wenn ich so ausführlich von diesem Vorfall berichte, der als eine bloße Anekdote angesehen werden könnte, dann deshalb, weil er mir in mehrfacher Hinsicht äußerst bezeichnend zu sein scheint:

1. Er deckt auf, daß es seit dem Winter 1976, also zu einem Zeitpunkt, als die landwirtschaftliche Mechanisierung noch wenig fortgeschritten war, einer Volkskommune große Schwierigkeiten bereitet, sich die fehlenden Ersatzteile für ihre Traktoren zu beschaffen.
2. Er weist auf eine Situation hin, die völlig jener entspricht, die seit mehr als vierzig Jahren in der Sowjetunion herrscht.
3. Er macht schwerwiegende Risiken für die chinesische Landwirtschaft absehbar, wenn diese mechanisiert sein wird und die Fabriken weiterhin Probleme der Ersatzteilbeschaffung wie in diesem Fall „regeln“.
4. Er zeigt, daß die Ursachen dieser Probleme noch nicht einmal angeschnitten wurden, wenn die Leitung der Fabrik sich mit derartigen Ausflüchten aus der Affäre ziehen kann: sie schreibt ihre Fehler dem Einfluß der „Viererbande“ zu und nützt diese Gelegen-

heit aus, die „Arbeitsbestimmungen zu straffen“ (das heißt, die Arbeitsdisziplin zu verschärfen, wo es im Grunde darum gehen müßte, das Problem der in der Produktion gesetzten Prioritäten, der Lagerhaltung und der Verteilung zu lösen).

Für denjenigen, der einige Erfahrung mit den durch die Mechanisierung der Landwirtschaft entstehenden Problemen hat, muß die augenblicklich betriebene „Beschleunigung“ dieses Prozesses als eine *Flucht nach vorne* (19) erscheinen, die aus der Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche hervorgeht. Letztere hängen mit der Art zusammen, wie man den Bauern *befehlen* will, also mit der Entwicklung bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken. Diese Entwicklung zeugt wiederum von den Veränderungen, die sich im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen vollzieht. Diese Veränderungen zwingen immer mehr dazu, auf einen massiven Rückgriff auf die moderne Technik zu setzen, um die Probleme zu lösen. Die Hast, mit der die KPCh die „vier Modernisierungen“ vorantreiben will, ist typisch für die augenblickliche Situation.

Die *Beschleunigung* der Mechanisierung der Landwirtschaft und die vorrangige Betonung, die den „vier Modernisierungen“ beigemessen wird, sich Ausdruck einer bürgerlichen Auffassung von „*technischem Fortschritt*“ (20). So führt dieser Prozeß unausweichlich zu einer erheblichen und raschen Erhöhung der *Akkumulationsraten*, was auf Kosten der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Bauern gehen wird.

Es ist im übrigen wichtig zu betonen, daß die *Priorität der Mechanisierung* vor anderen Möglichkeiten der technischen Umgestaltung der Landwirtschaft ebenfalls für den *Klassencharakter der jetzigen politischen Linie* bezeichnend ist. Es ist wahrhaftig *nicht* die Mechanisierung allein, die es ermöglicht, das Problem der *Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion* wirklich zu lösen (was nicht heißen soll, daß die Mechanisierung nicht ein *Element der Lösung* dieses Problems wäre). Es kann nur durch differenzierte Methoden in Angriff genommen und gelöst werden, wie zum Beispiel durch die Entwicklung ausgewählter Saatguts, durch die Diversifizierung des verwendeten Düngers (21), was allerdings *Initiativen und Experimentieren der Massen* voraussetzt. Doch die jetzige Linie bewegt sich nicht in dieser

Richtung. Sie schlägt die Richtung einer zunehmenden Unterordnung der Bauern unter eine zentrale Behörde ein, was dazu führen kann, das Maximum an Mehrarbeit aus den Bauern herauszupressen. Die Mechanisierung der Landwirtschaft erscheint vorrangig als ein *Mittel zur Konsolidierung einer derartigen Unterordnung*, indem die Herrschaft der (zentral verwalteten) toten Arbeit über die lebendige Arbeit begünstigt wird.

Die Säuberung der Leitungsorgane der Landwirtschaft

In diesem Zusammenhang gewinnt die jetzige Interpretation der Aufgabe, „die Revolution im Überbau fortzusetzen“, ihren Sinn. So wird in der Nr. 6 der *Hongqi* von Wang Qian diese Aufgabe folgendermaßen definiert:

- „die Revolutionierung der Führungsorgane vorantreiben“, indem sichergestellt wird, daß sich die Führung „in Händen von Marxisten“ befindet;
- „die Bauern durch den Marxismus-Leninismus und die Mao Tse-tung-Ideen erziehen“. (21a)

Für denjenigen, der lesen kann, geht es darum, die *Führungsorgane zu säubern*, indem all die, die nicht die augenblicklich vorherrschenden Ansichten über Disziplin, Führung, „Modernisierung“ usw. teilen, aus ihnen entfernt werden. Darüber hinaus handelt es sich darum, „die Bauern zu erziehen“, ihnen die augenblicklich vorherrschenden Ansichten einzuschärfen; doch davon, daß man von ihnen lernen kann, ist nicht mehr die Rede.

Die Außenhandelspolitik

Die derzeitige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik enthält darüber hinaus mehrere Aspekte, die ihren revisionistischen Charakter deutlich zeigen. Es ist nicht möglich, sie alle zu untersuchen. Es ist jedoch notwendig, etwas zu einigen Problemen des Außenhandels zu

sagen und über die Art, wie man gedenkt, diese zu „lösen“. Ein Text, der bei einer der Anfang 1977 *Über die zehn Großen Beziehungen* abgehaltenen Konferenzen vorgelegt wurde, ist besonders bezeichnend. Es handelt sich um die 14. dieser Konferenzen, diejenige, die dem Außenhandel galt.

Dieser Text (am 15. Februar 1977 von Radio Peking gesendet) stellt – ohne irgendeinen Bezug zum Marxismus, oder genauer gesagt sogar antimarxistisch – den Begriff „normaler Außenhandel“ in den Vordergrund. Dieser Begriff zielt darauf ab, die vorrangige Steigerung der Kohle- und Ölimporte im Austausch mit neuen Technologien und Ausrüstungen zu „rechtfertigen“. So versucht man „Argumente“ für eine Politik zu finden, die dem chinesischen Außenhandel eine Struktur geben würde, die, wie Zhang Chunqiao richtig feststellte, der der „Kolonialwirtschaft“ ähnelte.

Ich möchte damit natürlich nicht sagen, daß dies die von der Führung der KPCh angestrebte „Zielsetzung“ ist. Diese Führung bezweckt sicherlich, China zu modernisieren und von den imperialistischen Großmächten unabhängig zu machen. Was ich verdeutlichen möchte, ist folgendes: Indem der bürgerliche Begriff des „normalen Außenhandels“ verwendet und dem Export von Rohstoffen der Vorrang gegeben wird, wird die *Führung der KPCh nicht in der Lage sein, das von ihr angestrebte Ziel zu erreichen*. Die Sowjetunion, die denselben Weg vor bald fünfzig Jahren eingeschlagen hat, bleibt in ihrem Verhältnis zu den Industrieländern vorrangig ein Rohstoffe exportierendes Land. Ihr gelingt es nicht, Techniken zu entwickeln, die sie auf die gleiche Stufe mit den Industrieländern stellen würde, und sie ist daher weiterhin gezwungen, in großem Umfang Technologie und Ausrüstungen zu importieren.

Sicherlich ist diese Situation der Sowjetunion nicht vorrangig auf eine bestimmte „Konzeption“ des Außenhandels zurückzuführen, sondern diese „Konzeption“ ist Teil eines Ganzen, einer *politischen Linie*, die zu diesem Resultat geführt hat. Ich meine auch – aus Gründen, die ich schon erwähnt habe und anderen, die ich im folgenden noch ausführen werde –, daß es grundlegend die *gleiche politische Linie* ist wie die, die sich augenblicklich in China durchsetzt. Es handelt sich um eine *revisionistische Linie*. Diese wurde –

wenn auch mit einigen Besonderheiten – in der Sowjetunion schon in den dreißiger Jahren praktiziert. (22)

Nebenbei möchte ich bemerken, daß der leere Begriff des „normalen Außenhandels“ *nicht isoliert steht*. In den offiziellen chinesischen Stellungnahmen taucht immer öfter die Verwendung derartiger dem Marxismus völlig fremder Formulierungen auf.

Die Zerstörung der Reform des Erziehungswesens

Doch gehen wir auf weitere konkrete Ausdrucksformen der augenblicklich gegen die Kulturrevolution geführten *Offensive* ein. Eine der wichtigsten Auswirkungen betrifft das *Erziehungswesen*.

Wenn man behauptet (wie es in einem Rundschreiben des Zentralkomitees der KPCh über die Einberufung einer nationalen Wissenschaftskonferenz am 18. September 1977 geschieht; siehe *Peking Rundschau* vom 3. Oktober 1977), daß „die Revolution im Erziehungswesen gründlich durchgeführt werden“ müsse, während *das Ende der Kulturrevolution verkündet* wird, bedeutet das, daß man die *Konterrevolution im Erziehungswesen* durchführen, d. h. das Wesentliche der seit 1966 realisierten Reformen verwerfen will. Die Untersuchung der in letzter Zeit getroffenen Entscheidungen und der kürzlich erschienenen Texte beweist, daß man es hier wie auch in anderen Bereichen mit einem *Sprung nach hinten* zu tun hat.

Tatsächlich vollzieht sich die Rekrutierung der Studenten wieder auf der *Grundlage der Elitebildung*. Die *Prüfungen* kommen wieder zu Ehren (23) und privilegieren einseitig das Akademiker- und Bücherwissen. So wird in der *Renmin ribao* vom 21. Oktober 1977 betont (immerhin zugestehend, daß einige Handarbeiter aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen zu den Universitäten zugelassen werden), daß nur „die auf dem intellektuellen Gebiet Besten genommen“ werden sollen, und daß „in bestimmtem Maße die Studenten unter den neuen Mittelschulabsolventen (einschließlich der Oberstufe der Mittelschule) ausgesucht“ werden sollen. Das bedeutet die partielle Rückkehr zu dem *vor der Kulturrevolution angewandten System* und ist der Beginn der Abschaffung der zwei- bis dreijährigen Praxisphase

der zukünftigen Intellektuellen und Kader auf dem Land; das ist auch die Verwerfung des Prinzips, daß diejenigen, die zur Universität gehen, von ihren Arbeitskollegen bestimmt werden. Faktisch ist es so, daß seit Oktober 1977 20 bis 30 % der Studenten *direkt* aus den „besten“ Schülern der oberen Mittelstufe *rekrutiert* wurden. Die verfügbaren Informationen zeigen, daß es sich dabei, wie man hätte erwarten können, vor allem um *Kinder von Kadern* handelt und daß diese Kinder oft durch eigens dafür eingerichtete Intensivkurse *besonders auf diese Prüfungen vorbereitet* wurden. Die Privilegien derer, die die finanziellen Mittel haben, vor allem Söhne und Töchter von Kadern, werden somit verstärkt.

Die lange Lobrede auf die der Kulturrevolution *vorausgehende* Situation, die in dem Rundschreiben vom 18. September 1977 steht, zeigt sehr gut, daß die jetzige Führung der KPCh zu einer analogen Situation zurückkommen will.

Ebenfalls charakteristisch ist die Wiedereinrichtung eines *doppelten Erziehungsnetzes* (das während der Kulturrevolution auf's schärfste verurteilt wurde); die Erklärung in der *Renmin ribao* vom 26. 10. 1977 lautet:

„Die Zulassung zu den Oberschulen ist immer noch begrenzt. Die Jugendlichen, die die Prüfung nicht bestehen, stellen die große Mehrheit dar. Solange sie fortfahren mit Sorgfalt zu studieren und bemüht sind, sich wissenschaftliches und kulturelles Wissen anzueignen, werden sie eine zweite Möglichkeit haben, die Prüfung noch einmal zu machen oder können weiterführende Kurse an den 21.-Juli-Universitäten oder an anderen Halb-Arbeit-Halb-Studium-Universitäten besuchen.“

Auf diese Art und Weise werden die „Besten“ direkt in die Hochschulen gelangen, während die anderen die Reihen der ausgebildeten Handarbeiter verstärken werden.

Ich möchte nicht behaupten, daß alles, was während der Kulturrevolution im Bereich der Erziehung getan worden ist, „perfekt“ gewesen wäre und prinzipielle Richtigstellungen nicht erforderlich seien. Im Gegenteil glaube ich – und ich halte das für unabdingbar – (und stütze mich dabei auf das, was mir Studenten und Lehrende, die im Laufe der letzten Jahre in China waren, berichtet haben), daß be-

stimmte Aspekte der durchgeführten Reformen unzulänglich waren und daß grundlegende Verbesserungen in Angriff genommen werden müssen. Es scheint mir aber klar zu sein, daß *man nicht durch einen Rückgriff auf die vor der Kulturrevolution herrschende Situation zu Verbesserungen gelangen wird*. Um diese durchführen zu können, muß zuerst eine umfassende und öffentliche Bilanz der aufgrund der Erfahrungen der Kulturrevolution im Erziehungsbereich gewonnenen Erkenntnisse gezogen werden, was eine *breite Debatte* erforderlich macht. Aber das geschieht nicht, wenn man auf das Jahr 1965 zurückgreift und dann erklärt, daß „die Revolution im Erziehungswesen gründlich durchgeführt werden muß“.

Eine solche Handlungsweise ist einerseits auf die Überstürzung zurückzuführen, die die gesamte Kampagne für „die vier Modernisierungen“ kennzeichnet. Vor allem bezweckt aber eine solche Vorgehensweise, *die Macht der akademischen Autoritäten wiederherzustellen und die Macht der Intellektuellen und der Kader zu verstärken*. In dieser Hinsicht ist die Bedeutung, die jetzt der Mathematik zugemessen wird, symptomatisch (zumal sich die gleiche Tendenz auch in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten entwickelt). Diese Bedeutung geht aus zahlreichen Artikeln hervor und taucht ebenfalls in der von Wu Wenjun in der *Renmin ribao* vom 11.8.1977 benutzten Wendung auf: „Der Grad der Industrialisierung eines Landes steht im wesentlichen in direktem Verhältnis zu der jeweiligen Entwicklung der Mathematik.“

Es handelt sich hier um eine nichtfundierte Behauptung, die darauf abzielt, das „Prestige“ der mathematischen Kenntnisse und derer, die sie „besitzen“, zu vergrößern. Diese Behauptung ist Teil einer Ideologie, die die Rolle der Intellektuellen in den Vordergrund stellt. Sie geht weit über das hinaus, was es zu sagen und zu tun gilt, um dem theoretischen Wissen und den Fachkenntnissen wieder den Platz einzuräumen, der ihnen zweifellos zukommt und der teilweise im Laufe der letzten Jahre aus den Augen verloren wurde.

Letztlich sind die in ihren Auswirkungen schon sehr konkreten Orientierungen in bezug auf Disziplin und Arbeitsbestimmungen, in bezug auf die Revolutionskomitees der Fabriken, die Differenzierung der Löhne, die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion, die

Beschleunigung ihrer Mechanisierung, die Reform im Erziehungswesen ein Ausdruck des Verwerfens *der von der Kulturrevolution gebrachten „sozialistischen Erneuerungen“*, d. h. ihrer Errungenschaften.

Man ist also in diesem Fall nicht mit einer Bewegung konfrontiert, die die Aufarbeitung und Richtigstellung der im Laufe der Kulturrevolution begangenen Fehler leisten würde, das heißt der wichtigsten revolutionären Bewegung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sondern man hat es hier vielmehr mit einem Versuch der theoretischen und praktischen Liquidierung dieser revolutionären Bewegung zu tun.

Der Versuch der „theoretischen“ Liquidierung der Kulturrevolution

Auf der theoretischen Ebene wagt es die Führung der KPCh nicht, die Kulturrevolution frontal anzugreifen, weil das bedeuten würde, die Linie Mao Tse-tungs offen anzugreifen. Daher gibt sie vor, dieser Linie treu zu sein, da sie diesen Vorwand braucht, um sich eine „Legitimation“ zu schaffen.

Aber selbst wenn die derzeitige Führung der KPCh auf der theoretischen Ebene keine direkten und offenen Frontalangriffe gegen die Kulturrevolution unternimmt, so entwickelt sie nichtsdestoweniger *verschleierte Angriffe*, die Versuche einer theoretischen „Liquidierung“ darstellen.

Diese Attacken äußern sich in zahlreichen Formen. Ich will nur einige von ihnen nennen.

Eine der hervorstechendsten besteht darin, die *Demarkationslinie zu leugnen*, die die Kulturrevolution in die Praxis und in die Theorie der KPCh eingeführt hat. Es ist bekannt, daß Mao Tse-tung diese Demarkationslinie für grundlegend hielt, so wenn er gegen Ende seines Lebens erklärte, sein Leben zwei Zielen gewidmet zu haben: „Zum einen, den japanischen Imperialismus aus China zu vertreiben und Chiang Kai-schek zu stürzen und zum andern, die Große Proletarische Kulturrevolution zu einem guten Abschluß zu führen.“ Mao

behandelte somit die Kulturrevolution und die Befreiung des Landes als gleichrangig.

Aber die *jetzige Führung bemüht sich, die Demarkationslinie der Kulturrevolution auszulöschen*. Sie versucht das nicht nur praktisch (durch ihre konkrete Politik und die Wiederbesetzung der Führungspositionen durch Rechte, die zwischen 1966 und 1976 von diesen Positionen entfernt worden waren), sie unternimmt diesen Versuch auch „*theoretisch*“.

Das geschieht, indem immer weniger von den aus der Kulturrevolution hervorgegangenen „*sozialistischen Neuheiten*“ gesprochen wird. Das geschieht auch, indem formal das, was zwischen 1949 und 1965 vollbracht wurde, „auf das gleiche Niveau“ gestellt wird mit dem, was zwischen 1966 und 1976 an Fortschritten erreicht worden ist und dabei *faktisch* den Konzeptionen und Praktiken der Phase zwischen 1949 und 1965 den *Vorzug* gegeben wird. Somit wird geleugnet, daß die politische Linie bis 1966 Elemente in sich trug, die die Vorwärtsentwicklung in Richtung Sozialismus behinderten und daß *seit 1966 die politische Linie durch neue revolutionäre Orientierungen geprägt war, die qualitativ eine radikale Veränderung und den Übergang zu einer neuen Etappe der Revolution bedeuteten*.

Die Negierung einer grundlegenden Abgrenzung vollzieht sich über eine *einseitige Glorifizierung* dessen, was zwischen 1949 und 1966 vollbracht wurde. Sie zeigt sich auch in dem Angriff gegen die „*Vier*“ und in dem ihnen gegenüber erhobenen Vorwurf, die völlig unterschiedliche Tragweite der damals durchgeführten Veränderungen und der der darauffolgenden Jahre betont zu haben. In dieser Hinsicht werden die Vier folgendermaßen kritisiert:

„Die Viererbande hat ein düsteres Bild von dem Neuen China in den 17 Jahren nach seiner Gründung entworfen. Die Bande hat nicht nur geleugnet, daß es sozialistische Neuerungen auch schon vor dem Beginn der Kulturrevolution gegeben hat, sondern forderte darüber hinaus, gegen das vorzugehen, was in den der Kulturrevolution vorausgehenden Jahren mit dem Ziel, sozialistische Neuerungen zu entwickeln, getan worden ist, und verleugnete somit vollkommen all das, was in den 17 Jahren nach der Gründung der Volksrepublik China realisiert worden ist.“

In demselben Text (von Radio Peking am 8. April 1977 gesendet) wird gesagt:

„In den 17 Jahren nach der Gründung der Volksrepublik China blieb trotz des Einflusses und der Sabotage der revisionistischen Linie Liu Shaoqis die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao Tse-tung immer an beherrschender Stelle.“

Das Ziel eines solchen Textes ist nicht nur, die „Vier“ anzugreifen, sondern vor allem den „Einfluß“ der revisionistischen Linie in der Zeit zwischen 1949 und 1965 herunterzuspielen (und diese Unterschätzung ist von *existentieller* Bedeutung für die jetzige Führung, die zu einer revisionistischen Linie zurückkehrt). (24) Ein weiteres Ziel ist, den grundlegenden Unterschied zwischen der revolutionären Linie vor 1966 und der späteren revolutionären Linie zu leugnen. Dieser Unterschied bezieht sich auf den Übergang der Revolution zu einer *neuen Etappe*, von der in der Tat die jetzige Führung nichts mehr hören will.

Die gleiche Tendenz der Verwischung einer grundsätzlichen Abgrenzung taucht auch in dem schon zitierten Rundschreiben vom 18. September auf, in dem den „Vier“ vorgeworfen wird, daß sie die „Vorherrschaft der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tse-tung“ im Bereich der „Wissenschaften und der Technik seit der Gründung des Neuen China gezeugnet haben“. (25) Aber eine derartige Formulierung verschleierte die Situation, die zwischen 1949 und 1965 herrschte, eine Situation, die gerade die Kulturrevolution notwendig gemacht hat.

Wie oben schon erwähnt, nimmt der Versuch der „theoretischen“ Liquidierung der Kulturrevolution verschiedenste Formen an und gibt Anlaß zu sehr unterschiedlichen Formulierungen. Einige besonders bezeichnende seien hier angeführt.

Während in der Phase der Kulturrevolution immer wieder hervorgehoben wurde, daß jeder *Betrieb* ein Ort sei, wo sich *Klassenkampf* entfaltet und die Produktion selbst innerhalb von bestimmten Klassenverhältnissen und Klassenwidersprüchen abläuft, wird inzwischen behauptet, der Betrieb so vor allem ein „*Ort der Produktion*“; dies, indem ein Satz von Mao Tse-tung aus dem Zusammenhang gerissen und einseitig interpretiert wird. Die gleiche These wird im April

1977 von Song Chenming, Sekretär des Parteikomitees von Daqing, wiederaufgegriffen und folgendermaßen zugespitzt: „In der gesamten Welt ist die Produktion das Hauptanliegen jeder Fabrik, jedes Landes und jeder Nation.“ Das ist eine Formulierung, die von sämtlichen Kapitalisten der Welt zu Genüge wiederholt wird.

Wenn auch in anderer Form wird der gleiche Standpunkt von der chinesischen Presse im November 1977 durch eine Reihe von Veröffentlichungen dokumentiert, in denen der Klassenkampf *mechanisch* vom Produktionskampf *getrennt* wird, in denen also die Artikulation dieser Kämpfe und die Tatsache, daß der Produktionskampf grundlegend vom Klassenkampf bestimmt ist, völlig geleugnet werden. So wird zum Beispiel behauptet:

„Die Revolution ist der Kampf einer Klasse gegen eine andere und hat das Ziel, die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu verändern; die Produktion ist der Kampf des Menschen gegen die Natur. Die die Produktion beherrschenden Gesetze sind andere als die, die den Klassenkampf beherrschen.“ (26)

Eine derartige Formulierung übergeht geflissentlich die Tatsache, daß sich der „Kampf gegen die Natur“ immer unter *gesellschaftlich determinierten* Bedingungen entwickelt, im Rahmen *bestimmter Klassenverhältnisse*, und daß die *Art*, wie er geführt wird, wiederum *klassenmäßige Auswirkungen* hat. Diese Zusammenhänge sind schon vor langer Zeit von Marx gesehen worden, und in der Kulturrevolution hat man daraus die *politischen Konsequenzen* gezogen. Aber augenblicklich bemüht man sich, dies zu verdrängen, um einen „Ökonomismus“ vulgärer Art zu praktizieren.

Dieser „Ökonomismus“ zeigt sich auch deutlich in dem in der *Hongqi* Nr. 6 von 1977 veröffentlichten Text von Wang Qian, in dem der Gedanke verteidigt wird, daß in der jetzigen Situation Chinas die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse und des Überbaus von den Erfordernissen der „Entwicklung der Produktivkräfte“ beherrscht sein muß, um die „materielle Grundlage für die Festigung der Diktatur des Proletariats zu stärken“.

Hier geht man auf die These des *Primats der Entwicklung der Produktivkräfte* zurück, die gerade während der Kulturrevolution scharf kritisiert wurde und die der russischen Staatsbourgeoisie als ideologi-

sche Waffe bei der Ausweitung und Konsolidierung ihrer Macht gedient hatte.

In Wirklichkeit beherrscht die Thematik des Primats der Produktivkräfte sämtliche der sechzehn Konferenzen, die unter dem Vorwand einberufen worden sind, die *Zehn Großen Beziehungen* zu diskutieren. Das wird auch schon deutlich, wenn man die Nr. 1 der *Hongqi* nachliest. Von der Notwendigkeit einer revolutionären Umgestaltung der Produktionsverhältnisse ist da nicht mehr die Rede (obwohl gerade diese Veränderung das grundlegende Ziel der ununterbrochenen Revolution unter der Diktatur des Proletariats ist); es wird nur davon gesprochen, daß „diejenigen Teile der Produktionsverhältnisse berichtigt werden müssen“, die die Entwicklung der Produktivkräfte fesseln würden, denn, so sagt man, „das Ziel der sozialistischen Revolution ist die Befreiung der Produktivkräfte“.

Auch hier fällt man in einen Ökonomismus zurück, der die Produktivkräfte und nicht den Klassenkampf zum grundlegenden revolutionären Element macht; daher auch folgende Behauptung: „In letzter Instanz ist die ökonomische Basis der entscheidende Faktor für den gesellschaftlichen Fortschritt, und die Produktivkräfte sind der aktivste und revolutionärste Faktor der ökonomischen Basis. Daher werden letztlich die Produktivkräfte die Produktionsverhältnisse bestimmen.“ (27)

Man stößt hier also auf Thesen, die von Liu Shaoqi auf dem VIII. Parteitag von 1956 vertreten worden sind, Thesen, die zwar weiterhin verbal verurteilt, aber ständig – wenn auch nicht explizit – wiederholt werden.

Die Rückkehr zur Konzeption eines „sozialistischen Systems“

Um zu versuchen, den von ihr praktizierten Ökonomismus und Produktivismus theoretisch zu „fundieren“ und jeglicher radikaler Veränderung der Produktionsverhältnisse entgegenzutreten (also in bezug auf die Arbeitsteilung, die Privilegien der Kader und Techniker usw.), kehrt die neue Führung der KPCh zu anderen früheren

Konzeptionen zurück, deren Kritik durch die Kulturrevolution möglich geworden war.

Eine dieser Konzeptionen ist die des „sozialistischen Systems“. Diese Vorstellung (die tendenziell die Vorstellung von der *sozialistischen Übergangsphase* ersetzt), erfüllt die gleiche Funktion wie die von der „sozialistischen Produktionsweise“ während der Stalin-Ära und in der sowjet-revisionistischen Ideologie.

In den Kommentaren zu den sechzehn Konferenzen *Über die Zehn Großen Beziehungen* ist von einem „sozialistischen System“ die Rede, das 1956 „errichtet“ worden sei und das es jetzt durch die Weiterentwicklung der Produktivkräfte zu festigen gelte.

Kern dieser Vorstellung vom „sozialistischen System“ ist die Vorstellung vom „sozialistischen Eigentum“, das mit dem Staatseigentum gleichbedeutend sei. All diese Gleichsetzungen bedeuten, daß von nun ab die Existenz einer Reihe von *Widersprüchen* nicht mehr anerkannt wird (obwohl genau das einer der wichtigsten Beiträge Maos in der Schrift *Über die Zehn Großen Beziehungen* ist) und daß, selbst wenn man ihre Existenz eingesteht, die *Priorität der Einheit über den Widerspruch* gilt.

Anläßlich der 7. Konferenz *Über die Zehn Großen Beziehungen* wird die Feststellung getroffen: „Da die Fabriken Staatseigentum sind, ist die Beziehung zwischen den Fabriken und den Arbeitern teilweise in die Beziehung zwischen dem Staat und den Arbeitern eingegliedert worden.“

Zweck dieses „theoretischen“ Geschwätzes ist es, die Behauptung aufstellen zu können, daß „die Arbeiter die Herren des Staates sind“ und der Staat „der Herr über die Fabriken“ und es folglich die Arbeiter sind, die „die Herren der Fabriken sind“.

Auf diese Art und Weise werden die Widersprüche einer sozialistischen Übergangsperiode (hier einschließlich jener, auf die Lenin seit 1921 hinwies) schlichtweg negiert. Die Arbeiter brauchen nur den ihnen gegebenen *Befehlen zu gehorchen*, denn sie sind ja diejenigen, die sich diese Befehle selbst geben! Eine feine Dialektik, die der Verteidigung der Interessen einer Staatsbourgeoisie dient!

Die gleiche grundlegende Rolle, die man dem „sozialistischen Eigentum“ oder dem „Gemeineigentum“ zuspricht, wird in zahlreichen

weiteren Texten geäußert. Zum Beispiel wird anlässlich des Aufrufs zu den Wettbewerbskampagnen in der *Renmin ribao* vom 10. März 1977 schlicht behauptet: „Im Sozialismus ist das werktätige Volk Herr der Gesellschaft und die in ihr herrschenden Beziehungen sind Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen Genossen.“ Über die Existenz einer Bourgeoisie wird stillschweigend hinweggegangen, selbstverständlich ist von ihrer Existenz in der Partei und an der Spitze zahlreicher Betriebe nicht mehr die Rede. Somit werden grundlegende Fragestellungen der Kulturrevolution verworfen. Diese typisch revisionistische Weigerung, die Existenz des Grundwiderspruchs zwischen Bourgeoisie und Proletariat anzuerkennen, erlaubt es auch Ji Zheng in der *Hongqi* Nr. 3, 1977, folgendes zu schreiben:

„In den sozialistischen Betrieben ist die Arbeiterklasse der Herr. Die grundlegenden Interessen der Arbeiter, der Kader und der Techniker sind identisch. Ihre Beziehungen untereinander sind Beziehungen der gegenseitigen Hilfe und der Kooperation von Genossen. Gleichzeitig werden aufgrund der Arbeitsteilung der Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeit und weitere Widersprüche fortbestehen. Das sind Widersprüche im Volk.“

Damit werden der Klassenkampf und ebenso die entscheidende Notwendigkeit des Kampfes zur Überwindung des Widerspruchs von Hand- und Kopfarbeit negiert.

Es ist allerdings nicht einfach, die Lehren von zehn Jahren Kulturrevolution „auszulöschen“. Insbesondere ist es nicht gerade einfach, das in Vergessenheit geraten zu lassen, was lange Jahre hindurch und besonders von Zhang Chungqiao gesagt wurde, der (selbst wenn teilweise noch recht unklar) offen einige Probleme angesprochen hat, die sich mit dem sogenannten „sozialistischen Eigentum“ ergeben. Einige „Theoretiker“ sind also gewissermaßen gezwungen, sich auf bestimmte Texte von Zhang zu berufen – allerdings indem sie sie verzerrten, um sie zu kritisieren. Das ist zum Beispiel der Fall in einem in der *Hongqi* Nr. 5, 1977, erschienenen Artikel, in dem Lin Jinran die von Zhang Chungqiao in seinem 1975 veröffentlichten Text „Über die Herrschaft über die Bourgeoisie“ entwickelten Analysen angreift. Es ist bekannt, daß in diesem Text von Zhang der

Versuch unternommen wird, das Wesen der *Grenzen*, die der sozialistischen Umgestaltung des Eigentums in China gesetzt sind, zu charakterisieren, Grenzen, die durch die oft benutzte Formulierung angedeutet werden, wonach diese Veränderung „im wesentlichen“ realisiert sei. Bei der Analyse dieses Problems geht Zhang einen wichtigen Schritt weiter, wenn er die formalen und juristischen Aspekte dieser Veränderung betont. Er stellt die Notwendigkeit einer revolutionären Umgestaltung der *Produktionsverhältnisse* in den Vordergrund und faßt somit eines der zentralen Ziele der Kulturrevolution zusammen. (28)

Gerade diese zentrale Zielsetzung der Kulturrevolution und ihre theoretischen Formulierungen greift Lin Jinran in seinem oben zitierten Artikel an. Um seinen Angriff gut führen zu können, spricht Lin Jinran von der „grundlegenden“ *Vollendung* der sozialistischen Umgestaltung des Eigentums und leitet daraus die Schlußfolgerung ab, daß sich der Klassenkampf nun vorrangig im ideologischen und politischen Bereich entwickeln muß. Auf diese Weise streicht Lin Jinran durch, was entscheidend ist: der von den Werktätigen selbst geführte Kampf um die Umgestaltung des Arbeits- und des Produktionsprozesses, also der *Produktionsverhältnisse*. Er tritt stattdessen dafür ein, den Klassenkampf, so wie er sich während der Kulturrevolution entwickelt hat (ein Kampf, der die verschiedenen Formen der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit betraf), durch einen „Kampf der Ideen“ zu ersetzen. Der Kampf zwischen der „Ideologie der Modernisierung“ und den Überresten „älterer“ Anschauungen. Dieser Verzicht auf den Klassenkampf beinhaltet die Verkehrung des Marxismus in sein Gegenteil. Das ermöglicht es dann auch der Staatsbourgeoisie, gegen das, was die Arbeiter fordern könnten, vorzugehen, indem man behauptet, daß es sich dabei um „Forderungen handelt, die mit der Entwicklung der Produktivkräfte unvereinbar“ und die auf die Tatsache zurückzuführen seien, daß diese Arbeiter noch dem Einfluß „bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vorstellungen“ unterliegen würden.

Der folgende Teil des Artikels von Lin Jinran ergibt sich aus dem ökonomistischen Charakter seiner Thesen. Ausgehend von seiner Konzeption einer „grundlegenden“ sozialistischen Umgestaltung des

Eigentums kommt er zu dem Ergebnis, daß der Hauptaspekt der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats darin bestehe, eine „mächtige materielle Basis“ zu schaffen. All das läuft darauf hinaus, den Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durch den Kampf für die Produktion zu ersetzen und vorzuschlagen, daß der Kampf für die Produktion von Experten und Technikern angeleitet wird. Wenn dieser Weg weiter verfolgt wird, kann das nur dazu führen, die kapitalistische Teilung der Arbeit und die noch nicht zerstörten kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu stärken.

Dennoch scheint es so zu sein, daß zahlreiche chinesische Arbeiter und Parteifunktionäre sich von diesen revisionistischen und ökonomistischen Positionen nicht täuschen lassen. Daher kommen die im Dienste der jetzigen Führung stehenden Ideologen regelmäßig auf die in dem zitierten Artikel von Zhang Chunqiao hervorgehobenen Probleme zurück. Das ist zum Beispiel der Fall in dem Artikel von Wang Huaide mit der Überschrift „Warum sprach Zhang Chunqiao so viel von dem Problem des Eigentums?“ (29)

In diesem Artikel wirft Wang Huaide Zhang Chunqiao vor, 1975 einen Satz zitiert zu haben, der im April 1969 von Mao geäußert wurde, wo er erklärt:

„Wie mir scheint, wird es ohne die Große Proletarische Kulturrevolution nicht weitergehen, da unsere Basis nicht fest genug ist. Ich beurteile das so, weil ich beobachtet habe, daß – zwar weder insgesamt noch bei der überwiegenden Mehrheit, aber ich fürchte, doch bei einer relativ großen Anzahl von Fabriken – die Leitung der Betriebe sich weder in Händen von wirklichen Marxisten noch der Massen der Arbeiter befindet.“

Nach Wang ist es inzwischen nicht mehr nötig, sich mit dem Problem der Leitung von Betrieben auseinanderzusetzen; denn dank der Kulturrevolution sei es nur noch „eine verschwindend geringe Anzahl von Fabriken, bei denen sich die Leitung nicht in Händen des Proletariats befindet“, und da ja die Macht im Staat auch den Arbeitern gehört, sei das Problem des sozialistischen Eigentums „gelöst“.

Die Argumentation von Wang wirft eine Reihe von Fragen auf. Zuerst die des leitenden Personals staatlicher Betriebe. Diese Frage wird

ausdrücklich von Wang gestellt, der behauptet, daß sie dank der Kulturrevolution definitiv im Sinne des Sozialismus gelöst worden sei. Aber woher nimmt Wang diese „Gewißheit“? Hat sich zwischen 1969 und 1975 und insbesondere zwischen 1976 und 1978 nicht vieles ereignet, nämlich die massenhafte Rückkehr der durch die Kulturrevolution ausgeschiedenen Rechten, was einen veranlassen könnte, die jetzige Situation schlechter einzuschätzen als die des Jahres 1969?

Wenn Mao weiter beobachtet, daß die Fabriken sich nicht „in Händen der Arbeiterklasse“ befinden, hat er eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Auge (konkretisiert in den Formen der *Leitung und Verwaltung*), die es der Arbeiterklasse ermöglichen soll, die Fabriken „in die Hand“ zu nehmen. Nun ist aber klar, daß (mit dem zunehmenden Funktionsverlust der Revolutionskomitees, der Führungsorgane der Arbeiter, der Gruppen der Dreierverbindung usw.) das Problem der Aneignung der Fabriken durch die Arbeiterklasse 1975 und noch mehr 1977 von einer Lösung weiter entfernt ist als im Jahr 1969.

Letztlich ist das Problem des sozialistischen Eigentums auch das des Klassencharakters der Staatsmacht. Zhang Chunqiao hat sich nun bemüht, dieses Problem dialektisch zu stellen (was ihm meiner Meinung nach nicht ganz gelungen ist), indem er zeigt, daß der *Klassencharakter der Macht nicht ein für alle Mal festgelegt* ist, sondern durch den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie bestimmt wird; ein Kampf, der sich innerhalb der Partei entwickelt, so daß die Macht nie „rein proletarisch“ ist und in die Hände der Staatsbourgeoisie überwechseln kann (was Mao auch meint, wenn er sagt, daß die KPCh sich gegebenenfalls zu einer „faschistischen Partei“ entwickeln könnte). Aber Wang weigert sich – und das mit gutem Grund – diese Probleme so zu sehen. Für ihn ist die Frage der Macht und auch die des Eigentums „gelöst“, und er gibt vor, dies „nachzuweisen“, indem er tautologisch auf Zitate zurückgreift, die er darüber hinaus auf seine Weise interpretiert. Das führt dann zu der folgenden „Überlegung“:

„Erstens ist China ein sozialistisches Land, das heißt, daß das Wesen unserer Gesellschaft sozialistisch und nicht kapitalistisch ist. Zwei-

tens ist die ökonomische Basis unserer Gesellschaft, die früher das Privateigentum des Feudalismus, des Kapitalismus und der Kleinproduktion war, nun zu sozialistischem Volkseigentum geworden. Drittens müssen wir darauf achten, daß die Macht der Partei und des Staates nicht in die Hände von Verschwörern und bürgerlichen Emporkömmlingen wie Lin Biao fällt. China ist ein Land der Diktatur des Proletariats.“

Es handelt sich hier um eine Reihe von Behauptungen, aber keinesfalls um eine Beweisführung. Die beiden ersten Behauptungen geben vor, die Frage des „sozialistischen Eigentums“ sei bereits gelöst. Die dritte läßt die Frage vollkommen offen

- a) welche bürgerlichen Herrschaftselemente 1975 existierten; auf welche Weise sich die Diktatur des Proletariats mit ihrem Gegenteil verband;
- b) ob sich nicht nach den Ereignissen im Oktober 1976 und seit der Machtübernahme der Gruppe um Hua Guofeng und Deng Xiaoping der Klassencharakter des Staats verändert hat.

Das Problem des Charakters der Eigentumsverhältnisse und der Aneignungsformen kann nur ausgehend von *konkreten Analysen* gelöst werden, die die Gesamtheit der oben genannten Fragestellungen umfassen; das ist es auch, was Zhang Chunqiao in seinem Artikel hat ausdrücken wollen; und gerade das ist es auch, was die Ideologen der jetzigen Führung nicht zugeben können, da es für sie ja keine Probleme gibt: das Staatseigentum ist „sozialistisch“, und die Arbeiter brauchen nur „hart zu arbeiten“ und „den Befehlen zu gehorchen“, um diesen Besitz zu stärken und auszuweiten. Eine derartige These ist die Verleugnung der Lehren der Kulturrevolution. Sie dient den Interessen der Staatsbourgeoisie.

Noch eine Bemerkung zu dieser Frage, um aufzuzeigen, wie heutzutage eine rein juristische (das heißt auch antimarxistische) Konzeption des „sozialistischen Eigentums“ vorherrscht. Ein Beispiel für diese Vorherrschaft stellt die Serie von Artikeln von Xue Muqiao dar, (30) in denen der Autor sich zu der Behauptung versteigt, es habe 1953 ausgereicht, daß der Staat kapitalistische Privatbetriebe in gemischte Betriebe umwandelte, indem er Kapitalinvestitionen betrieb, Materialbeschaffung und Verkauf in die Hand nahm und

einen Direktor in diese Betriebe schickte, damit sie „zu dreiviertel sozialistisch“ würden. (31) Das ist eine reine Karikatur des Marxismus und illustriert sehr gut die Art des „Marxismus“, der von der jetzigen KPCh praktiziert wird.

Das Verhältnis Landwirtschaft/Industrie und Schwerindustrie/Leichtindustrie

Die gleiche Abwendung vom Marxismus zugunsten einer Karikatur des Marxismus ist auch in bezug auf das Problem des Verhältnisses Landwirtschaft/Industrie und Schwerindustrie/Leichtindustrie zu sehen. Diese Abwendung vollzieht sich in einer ungeheuerlichen Verwirrung aufgrund der *formellen* „Treue“ zur politischen Linie Mao Tse-tungs, die von der jetzigen Führung der KPCh zwar vorgegeben wird, aber in Widerspruch zu ihrer tatsächlichen Praxis gerät.

Das Resultat ist ungefähr das folgende (wie es zum Beispiel auch in der Zusammenfassung der 3. Konferenz *Über die Zehn Großen Beziehungen* zum Ausdruck kommt, die von Radio Schanghai am 10. Februar 1977 gesendet wurde): Einerseits werden die unter der Führung Mao Tse-tungs von der KPCh gesetzten Prioritäten (Landwirtschaft – Leichtindustrie – Schwerindustrie) erneut bestätigt. Andererseits wird der Schwerpunkt auf das „objektive ökonomische Gesetz der vorrangigen Entwicklung der Produktionsmittel“ gelegt (welches in Wirklichkeit ein Entwicklungsgesetz des Kapitalismus ist), während *die Entwicklung der Landwirtschaft vor allem unter dem Aspekt ihres Beitrags zur Kapitalakkumulation* gesehen wird. Diese Punkte werden in der Zusammenfassung der 4. Konferenz (Radio Peking, 3. Februar 1977), die auf die Art der Industrialisierung in der Sowjetunion eingeht, wieder aufgegriffen und zugespitzt. In den grundlegenden Zügen wird diese Art der Industrialisierung gutgeheißen, nur der „einseitige“ Charakter der zugunsten der Schwerindustrie und zum Nachteil der Landwirtschaft gesetzten Priorität wird kritisiert. Das Problem des Gleichgewichts im Tausch von landwirtschaftlichen und industriellen Produkten wird völlig vernachlässigt.

Kurz, auch hier wird auf eine ökonomistische und produktivistische Konzeption zurückgegriffen, die der „theoretische“ Ausdruck der augenblicklich vorherrschenden Linie ist. In diesem Bereich fällt man nicht nur hinter die Kulturrevolution, sondern sogar hinter die in China seit 1956 vorherrschenden Anschauungen zurück.

Das „Tempo“ der Entwicklung

Auf der Ebene der Klassenverhältnisse ist dieser Rückschritt mit der Verstärkung der Stellung der Intelligenz, der Kader und der Spezialisten verbunden, das heißt mit dem Wiedererstarren der Staatsbourgeoisie (ich werde im folgenden versuchen, auf die Bedingungen einzugehen, die diese Entwicklung ermöglichten). Dieses Wiedererstarren drückt sich in der zunehmenden Bedeutung aus, die dem Tempo der Entwicklung zugesprochen wird.

Diese Frage steht im Mittelpunkt des Interesses der jetzigen Führung. Bezeichnenderweise wird von den zentralen chinesischen Presseorganen daraus das Hauptthema ihres gemeinsamen Leitartikels am Neujahrstag 1978 gemacht. Dort kann man Sätze wie die folgenden lesen (die aus der chinesischen Presse seit der Kulturrevolution gänzlich verschwunden waren):

„Das Tempo des Aufbaus ist nicht nur ein ökonomisches, sondern ein brennendes politisches Problem. Warum kann man sagen, daß die sozialistische Ordnung allen anderen Gesellschaftsordnungen überlegen ist? Im Grunde deshalb, weil sie eine höhere Produktivität und eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung als die des Kapitalismus ermöglicht. (...) Es geht jetzt darum, daß wir bei unserem Aufbau die Entwicklung beschleunigen und uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. (...) Das Tempo des ökonomischen Aufbaus zu beschleunigen, ist eine Notwendigkeit der Entwicklung des Klassenkampfes.“ (32)

Somit wird die Beschleunigung des „Entwicklungstempos“ angeblich aus den Erfordernissen des Klassenkampfes „abgeleitet“. Tatsächlich handelt es sich hier um einen Versuch, den Klassenkampf der Arbei-

ter durch den Kampf für die Produktion zu ersetzen, das heißt, die Arbeiter den „Imperativen“ des Tempos zu unterwerfen, von ihnen ein immer höheres Maß an Arbeit und Disziplin zu fordern.

Diese Betonung des Entwicklungstempos hat auf der Ebene der Klassenbeziehungen eine doppelte Bedeutung. Einerseits spiegelt sie, wie ich schon erwähnte, die Verstärkung der Positionen der Intelligenz, der Kader und der Spezialisten wider. Andererseits ist es ein Mittel, diese Positionen weiter zu verstärken. Und zwar nicht nur, indem die Arbeiter und Bauern einer immer strafferen Arbeitsdisziplin und immer strengeren Arbeitsnormen unterworfen werden, sondern auch, indem die führende Rolle der Intelligenz und der Spezialisten als „notwendig“ dargestellt wird. In dieser Hinsicht ist der oben zitierte Leitartikel ebenfalls bezeichnend: Er mißt den intellektuellen, der Erziehung und der Aneignung von wissenschaftlichen Kenntnissen eine zentrale Bedeutung bei. Auf diese Weise dient die Betonung der Beschleunigung des Entwicklungstempos auch als „Argument“ für den Angriff auf die während der Kulturrevolution realisierten Reformen des Bildungswesens.

Auf der Ebene der Produktionsverhältnisse bedeutet die Betonung der Tempobeschleunigung (sobald diese Beschleunigung nicht mehr mit einer Revolutionierung der Produktionsverhältnisse verbunden ist, sondern mit der wachsenden Rolle einer „Wissenschaft“, die in den Händen weniger „Spezialisten“ konzentriert ist) zunehmende Herrschaft der erweiterten kapitalistischen Reproduktion, also ein Anwachsen der Akkumulationsraten und der Erfordernisse der Selbstverwertung des Kapitals. Das impliziert die Unterwerfung der Arbeiter unter die Erfordernisse des Profits. Auf dem kapitalistischen Weg, der hier eingeschlagen wird, stößt man zwangsläufig an die Grenzen der kapitalistischen Akkumulation. Diese führen unausweichlich zu ökonomischen Krisen, die sich schwerwiegend auf den Lebensstandard der Massen und auf den Umfang der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte auswirken.

Die sowjetische Erfahrung hat gezeigt, daß diese Krisen sich unter spezifischen Bedingungen entwickeln. Sie sind deswegen nicht weniger real. Ich werde mich in diesem Rahmen nicht weiter mit den Gründen dieses Problems auseinandersetzen, untersuche es aber im

einzelnen im Band 3 meines Buchs „Die Klassenkämpfe in der UdSSR“, an dem ich gerade arbeite.

Die Betonung, die nunmehr auf die Beschleunigung des „Entwicklungstempes“ gelegt wird, bedarf noch einiger Anmerkungen.

Erstens entspricht diese Betonung der von Stalin während der dreißiger Jahre ausgegebenen *produktivistischen Lösung*: „Das Entwicklungstempo entscheidet alles.“ Aber die Umsetzung dieser Lösung hat zu den schweren Krisen von 1932/33 und 1936/37 geführt. Diese Krisen waren von *politischen Erschütterungen* ohnegleiches begleitet und führten ab 1938 zu einer *grundlegenden Veränderung in der Rekrutierung der Partei*. Die Rekrutierung vollzog sich mehrheitlich aus der Intelligenz, aus den Kadern, Technikern und Spezialisten.

Zweitens muß hervorgehoben werden, daß die jetzige Führung, um ihre produktivistische Orientierung zu rechtfertigen, sich nicht nur auf die angeblich prinzipielle Notwendigkeit beruft, daß eine „sozialistische Ordnung“ „ein schnelleres Entwicklungstempo als der Kapitalismus“ haben müsse, sondern auch auf die angebliche Notwendigkeit, „der lange anhaltenden Stagnation, ja selbst der nationalen ökonomischen Regression ein Ende zu bereiten“, die sie den „Vier“ zur Last legt. Aber dieses „Argument“ ist eine offensichtliche Unwahrheit. *Es hat keine anhaltende Stagnation oder Regression der nationalen Ökonomie gegeben*. Zwischen 1965 (dem letzten Jahr vor der Kulturrevolution) und den letzten Jahren, über die einige Informationen vorliegen, hat es keine Stagnation gegeben. Die Elektrizitätserzeugung ist von 42 auf 108 Mrd. kwh gestiegen. Die Stahlproduktion ist von 12,5 auf 23,8 Mio. t angewachsen (1974), die Kohleerzeugung hat sich von 220 auf 389 Mio. t gesteigert (1974), die Ölproduktion von 10,8 auf 75–80 Mio. t (1975). (33) Angesichts dieser Fakten von einer *langen* Periode der Stagnation oder sogar von Regression zu sprechen, steht in völligem Widerspruch zur Realität. Was mit dieser Behauptung bezweckt wird, ist eine Verleumdung der Kulturrevolution selbst.

Die Erhöhung der Produktion ist noch erheblicher, betrachtet man den Maschinenbau. Global gesehen ist der Index für diese Produktion (Basis 1957 = 100) von 257 im Jahr 1956 auf 1.156 im Jahr 1975

angestiegen. Das geht aus einer der Volksrepublik China so wenig „freundlich gesinnten“ Quelle wie dem Jahresbericht des CIA hervor! (34)

Sicherlich sind 1975/76 Schwierigkeiten aufgetaucht; aber es handelt sich um *politische Schwierigkeiten*, die mit der Heftigkeit des Kampfs zwischen der revolutionären Linie und der revisionistischen Linie Deng Xiaopings zusammenhängen. Es geht dabei auch – zumindest in der zweiten Jahreshälfte 1976 – um Schwierigkeiten, die auf die Auswirkungen des Erdbebens von Tangshan zurückzuführen sind. Die sich daraus ergebenden Probleme „den Eingriffen und der Sabotage der Viererbande“ zuzurechnen, stellt völlig die Realität. Tatsächlich haben die „Vier“ nie die Wirtschaft „kontrolliert“; und wenn es so etwas wie eine „Sabotage“ gegeben haben sollte, so darf man den Verdacht hegen, daß die Verantwortung auf diejenigen zurückfällt, die die Produktion in der Hand hatten, sei es, daß sie die Möglichkeit nutzen wollten, ihre eigenen Fehler den „Vier“ vorwerfen zu können, sei es, daß ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber deren Mißtrauen hervorrief; daher auch verschiedene Äußerungen von Unzufriedenheit, Streiks inbegriffen, bei denen es zutreffen mag, daß die „Vier“ sie unterstützt haben. Jedenfalls ist es eine typisch bürgerliche Schlußfolgerung, zu behaupten, daß bei Streiks die Verantwortung auf die „Rädelsführer“ fällt.

Wie dem auch sei, selbst in Anbetracht der oben angeführten Schwierigkeiten entsprechen die für 1976 geschätzten Resultate keineswegs einer „langen Stagnation“ oder „Regression“. So wird 1976 trotz des Erdbebens die Kohleproduktion auf 430 Mio. t, das Anwachsen der Ölproduktion auf 13 % geschätzt und das der Erdgasproduktion auf 11 %. In den ersten vier Monaten des Jahres 1976 soll die gesamte industrielle Produktion um 13,4 % gestiegen sein und in den folgenden vier Monaten um 7 % (im Vergleich zu den entsprechenden Zeitabschnitten 1975). (35) Meines Wissens gibt es keine Schätzungen für die zweite Hälfte des Jahres 1976.

Es mag sein, daß aufgrund der Ereignisse des Jahres 1976 bestimmte Produktionen *zeitweise* zurückgegangen sind, aber mit einer längeren Periode der Stagnation oder einer Rezession hat das nichts zu tun.

Die eben ausgeführten Feststellungen bedeuten keineswegs, daß eine gewisse Beschleunigung des Entwicklungstempos nicht wünschenswert und möglich wäre, aber diese Beschleunigung wird nicht dauerhaft erreicht werden können durch den Verzicht auf grundlegende Orientierungen der Kulturrevolution und durch die vollständige Reduzierung des Klassenkampfes auf den Produktionskampf.

Diese Reduzierung entspricht in Wirklichkeit der Unterwerfung der Arbeiter unter die Ziele der Bourgeoisie, nämlich dem Kampf für die Profitsteigerung. Sie beinhaltet den Verzicht der Arbeiter auf den Kampf für die revolutionäre Umgestaltung der Produktionsverhältnisse und der Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen.

Die revisionistische Ideologie der Neutralität von Wissenschaft und Technik

Die Auswirkungen der Verkehrung des Marxismus in sein Gegenteil, die die Ideologie der jetzigen Führung der KPCh kennzeichnet, sind natürlich in allen Bereichen zu beobachten. Ein Bereich ist dabei besonders zu erwähnen: Wissenschaft und Technik. Auf diesem Gebiet ist die Ideologie der Gegner der Kulturrevolution charakterisiert durch die Darstellung von Wissenschaft und Technik als gesellschaftlich „neutral“. Sie leugnet, daß die Art, wie Wissenschaft und Technik betrieben werden, von den herrschenden Klassenverhältnissen abhängt und daß die Anwendung verschiedener Techniken auch klassenspezifische Auswirkungen hat. Das trifft zum Beispiel selbstverständlich auf die in imperialistischen Ländern entwickelten Techniken zu. Diese können im allgemeinen nicht schlicht und einfach „übernommen“ werden, um einer Entwicklung auf dem Weg des Sozialismus zu dienen; sie müssen auch verändert werden. Diese Notwendigkeit war während der Kulturrevolution weitgehend anerkannt. Augenblicklich bemüht man sich, das zu „vergessen“. Der extremste Punkt der Negierung des Klassencharakters der Technik ist erreicht, wenn es sich um „Verwaltungstechniken“ handelt. Zum Beispiel kritisiert die *Renmin ribao* vom 22. März 1977 die These, wonach auf drei Aspekte der Verwaltung geachtet werden

muß: „Auf die Linie, die Führung und die Wechselbeziehungen.“ Diese Formulierung wird angegriffen, weil – so wird gesagt – „die wichtigste Frage, die Entwicklung der Produktivkräfte“, nicht erwähnt werde.

Gewiß ist die Frage der Entwicklung der Produktivkräfte wichtig; aber zu behaupten, daß sie die wichtigste sei, heißt, ihr den Vorrang vor den Klassenbeziehungen zu geben, also eine produktivistische Position zu beziehen.

Außerdem muß hervorgehoben werden, daß bei dem von den jetzigen Ideologen unternommenen Versuch, die grundlegende Frage der Klassenbeziehungen zu verwerfen, das Kriterium der „Wissenschaftlichkeit“ eine zentrale Rolle spielt. So wird in demselben Artikel der *Renmin ribao* darauf bestanden:

„Es ist notwendig, eine wissenschaftliche Einstellung zu den Verwaltungstechniken moderner Betriebe zu haben. (...) Bei der Verwaltung moderner Betriebe ist es unerlässlich, über eine Reihe von wissenschaftlichen Methoden zu verfügen.“

Der Rechenschaftsbericht der 15. Konferenz *Über die Zehn Großen Beziehungen* (Radio Peking, 14. Februar 1977) spitzt diese Aussage so zu, daß „das, was an fortgeschrittenen Techniken in kapitalistischen Ländern wissenschaftlich ist“, beibehalten werden müsse in der Frage „der Verwaltung von Betrieben“. Eine derartige Formulierung setzt voraus, daß der kapitalistischen Betriebsführung eine „universelle Wissenschaft“ zugrundeliegt und daß die Arbeiterklasse die Produktionseinheiten auf die gleiche Weise verwalten kann wie kapitalistische Betriebe.

Hervorzuheben ist, daß der Text der *Renmin ribao* sich auf eines der zweifelhaftesten Zitate der *Zehn Großen Beziehungen* bezieht; insofern zweifelhaft, als die Stelle offensichtlich verfälscht und dem „Zeitgeschmack“ angepaßt wurde. Tatsächlich kann man in der zur Zeit öffentlich verbreiteten Version der *Zehn Großen Beziehungen* folgende Sätze lesen (bestimmte Merkmale des Textes entsprechen weder dem Stil Mao Tse-tungs noch seiner Art und Weise, die Probleme zu stellen):

„Wir müssen entschieden das System und die verkommene Ideologie der Bourgeoisie des Auslandes kritisieren und zurückweisen. Indes

hindert uns das nicht daran, aus den Wissenschaften und den fortgeschrittenen Techniken der kapitalistischen Ländern zu lernen, ebenso wie in bezug auf das, was an der Betriebsführung wissenschaftlich ist.“

Die Version der *Zehn Großen Beziehungen* dagegen, die von den Roten Garden während der Kulturrevolution verbreitet wurde, äußert sich völlig anders zu dieser Frage. Sie enthält nicht die stereotype Formulierung von der „verkommenen Ideologie der Bourgeoisie“ und sie sagt nichts über den „wissenschaftlichen“ Charakter der Betriebsführung dieser Länder; Mao Tse-tung drückt sich in dieser Hinsicht sehr viel einfacher aus. (36) Offensichtlich ist der Text Mao Tse-tungs mit dem Ziel modifiziert worden, den Rückgriff auf kapitalistische Methoden der Betriebsführung zu „rechtfertigen“, indem man sich seiner Autorität bedient. Die jetzige Führung der KPCh schlägt hier denselben Weg ein wie die sowjetischen Revisionisten, die in *business schools* der Vereinigten Staaten „verwalten lernten“.

Die dem jetzigen Zeitgeschmack entsprechende Angleichung des Textes von Mao Tse-tung ist kein Einzelfall. Es handelt sich dabei um eine systematische Vorgehensweise der neuen Führung. So wird zum Beispiel in der jetzigen Version der *Zehn Großen Beziehungen* ein Satz eingefügt, der in den vorhergehenden Versionen nicht vorkommt und der auf der Notwendigkeit einer starken Zentralisierung insistiert, was im Widerspruch zu dem von Mao angestrebten Ziel der Dezentralisierung steht. Es handelt sich um folgenden Satz: „Um einen kraftvollen sozialistischen Staat aufzubauen, muß eine schlagkräftige und einheitliche Führung der zentralen Autorität gesichert sein.“ (37)

Insgesamt ist die augenblicklich von der Führung der KPCh akzeptierte Ideologie – die im Widerspruch zu den von Mao Tse-tung während der Kulturrevolution entwickelten Thesen steht – durch die Tendenz gekennzeichnet, Wissenschaft und die Technik ebenso wie die Produktivkräfte als „neutral“ darzustellen. Die Vorstellung, daß es eine sozialistische Entwicklung und eine kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte gibt und daß erstere diejenige ist, die die Kontrolle der Arbeiter über die Produktionsmittel fördert,

scheint gänzlich verschwunden zu sein. Inzwischen wird nur noch in sehr allgemeinen Ausdrücken von einer „Entwicklung der Produktivkräfte“ gesprochen. Dies ist eng mit der These verknüpft, die besagt, daß sobald das „sozialistische System existiert“, alles, was dazu beiträgt, seine „materielle Basis“ zu entwickeln, auch den „Sozialismus“ stärkt.

Dogmatismus und Revisionismus

Es wäre möglich, die Untersuchung der ideologischen Stellungnahmen, mit denen die jetzige Führung der KPCh versucht, den Rückgriff auf revisionistische Praktiken zu „rechtfertigen“ (Praktiken, die mit der Kulturrevolution nichts mehr gemein haben), noch weiter fortzuführen. Ich halte jedoch die Fortsetzung dieser Untersuchung für nicht unbedingt erforderlich, zumal die vorausgehende Darstellung beweiskräftig genug sein dürfte. Ich möchte diesen Teil meines Briefes abschließen und noch einmal betonen, daß der augenblicklich in China vorherrschende Revisionismus im engeren Sinn empiristische Praktiken mit einer vom Dogmatismus geprägten Ideologie verbindet.

Dieser Dogmatismus äußert sich unter anderem in der Tatsache, daß man mit Behauptungen arbeitet und Zitate der „Klassiker“ des Marxismus und von Mao Tse-tung verwendet, die aus ihrem Zusammenhang gerissen sind, anstatt eine konkrete Analyse der gesellschaftlichen und politischen Realität vorzunehmen. Außerdem werden diese Zitate, wie wir gesehen haben, manchmal sogar verfälscht oder erfunden. Hinzu kommt, daß der Entwicklung der zitierten theoretischen Anschauungen in keiner Weise Rechnung getragen wird. So werden zum Beispiel die von Mao Tse-tung vor der Kulturrevolution verfaßten Texte auf die gleiche Stufe gestellt mit denen, die während der Kulturrevolution entstanden sind. Genauer gesagt ist es so, daß die früheren Texte den neueren vorgezogen werden. Das ist natürlich keineswegs zufällig so: Die jüngeren Texte zeugen von einer reichen Erfahrung im Kampf gegen die Bourgeoisie in der Partei, einer Erfahrung, die für die jetzige Führung äußerst unbequem ist.

Letztendlich ist der Dogmatismus der Ende 1976 beginnenden Periode durch die Bemühungen gekennzeichnet, die grundlegenden theoretischen Probleme als „gelöst“ darzustellen, womit bezweckt wird, Analysen entgegenzutreten, die auf dem seit der Kulturrevolution eröffneten Weg fortschreiten.

In dieser Hinsicht ist die Behauptung sehr bezeichnend, Mao habe „die vollständige und mustergültige Theorie der Weiterentwicklung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats begründet“. (38) Zu sagen, die Theorie sei „vollständig“, bedeutet, nur noch *Kommentare* zu dieser Theorie zuzulassen; es kommt einer metaphysischen Auffassung gleich, die jede Vertiefung und Weiterentwicklung der Theorie verbietet. Das ist ein Versuch, die Theorie unfruchtbar zu machen und verkümmern zu lassen; denn eine Theorie, die sich nicht vorwärtsbewegt, entwickelt sich zurück.

Faktisch ist das ein Versuch, die Theorie Mao Tse-tungs gegen ihn selbst zu verwenden. Die Formulierung von der „vollständigen Theorie“ Wu Qiangs ist nicht weit entfernt von der der „absoluten Autorität der Mao Tse-tung Ideen“ Lin Biaos.

So sieht man auf allen Ebenen einen „Sprung nach hinten“. Das läßt sich nur bestreiten, wenn man der Realität nicht ins Auge blicken möchte, sei es, daß man spürt, ohne es bewußt eingestehen zu wollen, daß diese Realität einen zwingt, Probleme aufzuwerfen, die man für „gelöst“ gehalten hat, sei es, daß man sich lieber einfach weigert zuzugeben, daß diese Probleme existieren (und ich meine, daß letzteres auf Sie zutrifft, lieber Neil Burton). Oder aber man bezweifelt diesen „Sprung nach hinten“, weil man von nun an die Kulturrevolution für „schädlich“ hält oder sie schon von jeher für schädlich gehalten hat. Das ist meiner Meinung nach auch der grundlegende Standpunkt der Mehrheit der jetzigen Führer, die einseitig die Errungenschaften der ersten 17 Jahre der Volksrepublik China (1949 bis 1966) glorifizieren und praktisch nichts mehr über die seit 1966 *neue revolutionäre Etappe* verlauten lassen. Sicherlich wagen sie es nicht, explizit und offen zehn Jahre der chinesischen Revolution (1966–1976) zu negieren; ihr Stillschweigen über die revolutionäre Tragweite jener Jahre aber beweist, daß sie sich auf Positionen der Bourgeoisie begeben.

Wenn die jetzige Situation so ist, wie ich sie beschrieben habe, bleibt noch zu verstehen, *wie es dazu gekommen ist*.

Diese Frage ist wesentlich, da die Antworten darauf *Lehren* für die Gegenwart und für die Zukunft beinhalten.

Diese Frage umfaßt genau genommen mehrere Aspekte. Der erste betrifft im wesentlichen die Ereignisse selbst. Er bezieht sich auf die unmittelbaren politischen Bedingungen der Niederlage der „revolutionären Linie“, eine Niederlage, die direkt nach Mao Tse-tungs Tod offensichtlich wurde. Die Kenntnisse über diese Ereignisse (die augenblicklich nur bruchstückhaft sein können) geben uns übrigens keine Auskunft über die tieferen Ursachen dieser Niederlage. Sie ist deswegen nicht weniger notwendig, um die charakteristischen Merkmale der jetzigen Lage zu verstehen.

Einige Bemerkungen über die Bedeutung des Ausdrucks „revolutionäre Linie“

Ich glaube, bevor zur Analyse der Bedingungen der Niederlage der „revolutionären Linie“ übergegangen wird, sind einige Bemerkungen nötig, warum dieser Ausdruck in Anführungszeichen gesetzt wird. Diese Erläuterungen sind unerlässlich, weil der Ausdruck trügerisch sein kann, und zwar umso mehr, wenn diese Linie „personalisiert“ wird, indem man sie die „politische Linie Mao Tse-tungs“ nennt. Denn die tatsächliche politische Linie „materialisiert“ nie die grundlegenden Orientierungen, die von den höchsten Instanzen einer Partei, selbst wenn sie zentralisiert ist, oder von dem Führer, der an ihrer Spitze steht, gesetzt werden.

Die *tatsächliche* politische Linie hängt immer von den gesellschaftlichen Kräften ab (von Klassen oder sozialen Schichten oder von Elementen, die aus diesen Klassen oder aus diesen Schichten hervorgehen), *die ihr Leben geben*. Sie entspricht nur teilweise den grundlegenden politischen Orientierungen, auf die sie sich beruft, da sie sehr stark von den Anliegen und Interessen der gesellschaftlichen Kräfte geprägt ist; deren Anliegen hängen unter anderem davon ab, welche Vorstellungen sie sich von den „kollektiven Interessen“ ma-

chen. Solche Vorstellungen sind notwendigerweise durch die Stellung bestimmt, die diese Kräfte im System der gesellschaftlichen Verhältnisse einnehmen. Das schließt ein, daß eine mehr oder weniger große Diskrepanz zwischen der von den führenden Organen einer Partei geäußerten prinzipiellen politischen Linie und der tatsächlichen politischen Linie existieren kann. (39) Diese hängt grundlegend von den gesellschaftlichen Kräften ab, die ihr realen Inhalt geben, deren Interessen, Anliegen und Vorstellungen sie materialisiert.

Es ist also abwegig, die tatsächlich existierende politische Linie einer Partei mit den Orientierungen eines Führers oder einer leitenden Instanz gleichzusetzen. Eine solche Linie ist nicht das, was sich in Form von „Richtlinien“ ausdrückt. Sie ist das Ergebnis eines ideologischen und politischen *Eingriffs* in einen objektiven Prozeß. Sie kann die Entwicklung dieses objektiven Prozesses modifizieren, aber nur innerhalb von *Grenzen*, die das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen setzt; die politische Linie kann zwar auf die Verhältnisse einwirken, dieses Einwirken ist aber bei weitem nicht „souverän“.

Die in der politischen Praxis vollzogene Gleichsetzung der tatsächlichen Linie mit der von einer Instanz oder von einem politischen Führer angegebenen politischen Orientierung ist nicht unbedingt eine „Finte“ oder eine systematische „Täuschung“ (selbst wenn diese Linie mehr oder weniger grundlegend von den besagten Tendenzen *abweicht*). Sie wird durch die Bedingungen bestimmt, unter denen die politischen Kämpfe stattfinden, wenn die einzige offiziell „legitimierte“ Politik die ist, die von einer obersten Instanz festgelegt wird.

So wird von der KPCh behauptet, daß die seit der Gründung der Volksrepublik China praktizierte Linie jene Linie sei, die „von der Partei und dem Vorsitzenden Mao festgelegt wurde“, das heißt die „grundlegende Linie“ der Partei. Es wird also vorausgesetzt, daß diese Linie auch während solcher Perioden „praktiziert“ wurde, in denen zum Beispiel Liu Shaoqi oder Lin Biao über beträchtliche Macht verfügten. Selbst in diesen Phasen, so wird gesagt, sei insgesamt die „grundlegende Linie“ „im wesentlichen“ angewandt worden, und das trotz der „Einmischung“ einer „feindlichen Linie“ oder der „Sabotage“ der offiziellen Linie.

Auf diese Weise werden die *Diskrepanzen* zwischen der offiziellen und der tatsächlichen politischen Linie sowohl anerkannt als auch negiert. Die sich daraus ergebende Konfusion liegt in der Vorgehensweise selbst (die in der Tat idealistisch ist), bei der die tatsächlich existierende politische Linie vorrangig auf ein „Ideensystem“ bezogen wird und auf „Entscheidungen“, die im Namen dieser Ideen getroffen werden, anstatt daß ausdrücklich der Bezug zu denjenigen *gesellschaftlichen Kräften* hergestellt wird, die der tatsächlichen politischen Linie Gestalt geben. In der unmittelbar ablaufenden Geschichte ist ein solches Vorgehen zugegebenermaßen oft unvermeidlich, da die *Freilegung* der eine politische Linie verkörpernden *gesellschaftlichen Kräfte* nicht immer möglich ist.

Diese Bemerkungen betreffen nicht nur die politische Geschichte der Volksrepublik China. Sie beziehen sich auf alle gesellschaftlichen Formationen, in denen die reale politische Linie *angeblich durch die obersten Instanzen einer führenden Partei definiert und festgelegt* wird und wo sie als solche erscheint. Diese an die Existenz bestimmter politischer Verhältnisse gebundene Erscheinungsform kann zu der Entstehung des Mythos einer „alleinigen Führung“ und einer „monolithischen Einheit“ oder dementsprechend zu einem *Mythos des „Totalitarismus“* führen.

Die sowjetische Partei war auch ständig auf das *einerseits falsche, andererseits reale* Problem des „Auseinanderklaffens“ von *proklamierter und tatsächlicher* politischer Linie gestoßen, was gemeinhin mit dem Ausdruck „Bruch“ bezeichnet wurde. Entsprechend den jeweiligen Phasen wurde dieser „Bruch“ „den Mängeln der Organisationsarbeit“ zugerechnet (zum Beispiel wird 1934 auf dem XVII. Parteitag erklärt, „die Organisation entscheidet alles“ [43]). Später wurde dieser „Bruch“ auf „die Aktion von Feinden“, auf „Sabotage“ oder auf „Überreste aus der Vergangenheit“ zurückgeführt. Aber wie dem auch sei, wichtig ist hier die explizite Anerkennung des Widerspruchs zwischen der prinzipiellen und der tatsächlichen politischen Linie (ein Widerspruch, der mit dem Ausdruck „Bruch“ bezeichnet wurde) und gleichzeitig die Unfähigkeit, diesen Widerspruch in Begriffen realer gesellschaftlicher Kräfte zu „denken“.

Wenn wir auf die während der Kulturrevolution tatsächlich vorherr-

schende politische Linie zurückkommen, muß betont werden, daß diese Linie (die in ihrer Gesamtheit von Mao Tse-tung nicht mißbilligt wurde, obwohl er zahlreiche Aspekte an ihr kritisierte) etwas anderes war als die einfache „Materialisierung“ der durch die Resolutionen der KPCh und durch die Werke ihres Vorsitzenden angegebenen politischen Orientierungen. *Um die wirkliche und vielschichtige soziale Natur dieser politischen Linie zu verstehen*, müßte ihre differenzierte Analyse unternommen werden, die zur Zeit nicht möglich ist. Nur eine solche Analyse könnte offenlegen, welche *gesellschaftlichen Kräfte (Klassen und Klassenfraktionen)* gesellschaftlich und ideologisch wirklich entscheidend in die politische Entwicklung eingegriffen haben. Diese gesellschaftlichen Kräfte waren die „Agenten“ dessen, *was sich als die politische Linie Mao Tse-tungs manifestiert*: sie haben weitgehend den *tatsächlichen Inhalt* dieser Linie bestimmt. Der Begriff der „politischen Linie Mao Tse-tungs“ kann also nur mit *zahlreichen Einschränkungen* verwendet werden, wenn damit die politische Linie zwischen 1966 und 1976 charakterisiert werden soll.

Man darf außerdem nicht aus dem Blick verlieren, daß die Verwendung des Namens einer führenden Persönlichkeit als Kennzeichnung einer ganzen politischen Linie zahlreiche negative Konsequenzen hat. So kann eine solche Verwendung des Namens, wenn es sich um eine anerkannte führende Persönlichkeit handelt, äußerst einschüchternd wirken. Das kann dazu führen, daß kritisches Untersuchen der politischen Linie entmutigt und eine Situation geschaffen wird, in der das „Argument der Autorität“ eine gründliche Untersuchung von Tatsachen und Prinzipien ersetzt. Dieses Ersetzen kann zutiefst schädliche Auswirkungen nachsichziehen. Es trägt dazu bei, eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Äußerungen gewisser führender Persönlichkeiten für „notwendig richtig“ gehalten und die Massen und die Parteimitglieder entmutigt werden, ihre eigene Meinung zu äußern.

Die Verwendung des Begriffs „revolutionäre Linie“ bedarf ebenfalls einiger Einschränkungen. In Wirklichkeit ist jede politische Linie durch die (nicht durchgehend revolutionären) gesellschaftlichen und politischen Kräfte geprägt, die direkt oder indirekt an ihrer Ausarbei-

tung und auch an ihrer Durchsetzung beteiligt sind. Trotz dieser Einschränkungen verwende ich hier solche Ausdrücke. Denn *unter den gegebenen Bedingungen* erlaubt der Hauptaspekt der zwischen 1966 und 1976 vorherrschenden Linie es durchaus, diese Linie als die revolutionärste zu bezeichnen und sie auch als diejenige zu betrachten, die (trotz teilweise sehr großer Divergenzen) *den grundlegenden Auffassungen* Mao Tse-tungs am ehesten entspricht, was auch die Tatsache erklärt, daß er sie im Wesentlichen *unterstützte*. Kommen wir nach diesen Ausführungen auf die Bedingungen zurück, unter denen diese Linie eine Niederlage erlitt.

Die unmittelbaren politischen Folgen aus der Niederlage der „politischen Linie Mao Tse-tungs“ kurz nach seinem Tod

Ich werde zu diesen politischen Folgen nur einige Bemerkungen machen. Zunächst möchte ich daran erinnern, daß Hua Guofengs Aufstieg zur Macht das Ergebnis eines *Staatsstreichs* ist. Dieser Staatsstreich leitet eine politische Wende ein und führt dazu, daß eine revisionistische und bürgerliche Linie an die Stelle der revolutionären und proletarischen Linie tritt.

Von den darauffolgenden Ereignissen sind die auffälligsten bekannt. Es gibt andere, über die wir nur wenig und ungenügend informiert sind. Folgende Punkte möchte ich festhalten.

Am Tag nach dem Tod Mao Tse-tungs (9. September 1976) *scheint* in der Leitung der Kommunistischen Partei noch Einigkeit über die bis dahin verfolgte Linie zu bestehen. Die Mitglieder der Leitung nehmen alle an den Trauerfeierlichkeiten zu Ehren des Vorsitzenden Mao teil, die vom 11. bis zum 18. September unter dem Vorsitz von Wang Hongwen stattfinden. (41)

Am 18. ergreift Hua Guofeng das Wort und bekräftigt erneut die grundlegenden Thesen der revolutionären Linie. Er erinnert daran, daß es während der ganzen Zeit des Übergangs zum Sozialismus Klassen und Klassenwidersprüche gibt. Er bestätigt erneut die These von den Besonderheiten des Klassenkampfes während des Übergangs. Er

zitiert den Ausspruch, mit dem Mao Tse-tung Deng Xiaoping und dessen Anhänger charakterisiert hat:

„Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie ist; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei; es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch.“ (42)

In dieser Rede erklärt Hua Guofeng weiter, daß die Kulturrevolution „die Komplotte Liu Shaoqis, Lin Biaos und Deng Xiaopings zur Restauration des Kapitalismus durchkreuzt, deren konterrevolutionäre revisionistische Linie verurteilt“ habe. (43) Er fügt hinzu, daß der „Kampf zur Kritik an Deng Xiaoping und gegen den auf die Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Wind von rechts“ vertieft werde. (44)

In den folgenden Tagen treten Anzeichen für Spannungen in der Leitung der KPCh auf. Anscheinend hat Hua am 19. September persönliche Aufzeichnungen von Mao Tse-tung an sich genommen und am 29. soll es eine stürmische Sitzung (auf der Ebene des Politbüros?) gegeben haben, bei der Hua den „Vier“ vorwarf, sie hätten bestimmte Aussprüche von Mao verändert. Doch am Abend des 30. September ist die gesamte Leitung bei einer „Unterhaltung“ beisammen, die in dem Pavillon hinter dem Platz Tien An Men stattfindet. (45)

In den ersten Oktobertagen kann man bei aufmerksamer Lektüre der Presse feststellen, daß von einander abweichende Formulierungen auftreten.

Am 6. Oktober führt Hua Guofeng seinen Staatsstreich durch, bei dem er sich auf die Sicherheitskräfte und auf die Militärschefs Nordchinas stützt. Er läßt die „Vier“ verhaften (es wird behauptet, sie lebten noch). Bei diesen Operationen wird Mao Yuanxin, ein Neffe von Mao Tse-tung, getötet. Auch Ma Xiaoliu, der Führer der Arbeitermilizen von Peking, wird getötet. (46)

Am 8. Oktober läßt sich Hua Guofeng unter äußerst zweifelhaften Bedingungen (ein Teil der Mitglieder der ehemaligen Leitungsorgane steht unter Freiheitsentzug, ein anderer unter der Bedrohung, verhaftet zu werden) zum Vorsitzenden des ZK und zum Vorsitzenden des Ausschusses für militärische Angelegenheiten beim ZK ernennen,

während er das Amt des Ministerpräsidenten beibehält. Gleichzeitig läßt er sich das Monopol zur Herausgabe und Interpretation der Werke von Mao Tse-tung übertragen. Alle Entscheidungen werden im Namen des „Zentralkomitees“ getroffen, das nicht zusammengetreten ist. (47) Vom 10. Oktober an wird eine Kampagne gegen die „Vier“ eingeleitet. Sie stehen unter der Anklage des „Revisionismus“ und unter der Anklage, „Komplotte und Intrigen zu schmieden“. Gleichzeitig erfolgt ein Aufruf zur Disziplin.

Zu diesem Zeitpunkt wird Huas „Ernennung“ zum Vorsitzenden diskret von der Presse angekündigt. (48) Erst am 21. Oktober werden die großen Demonstrationen zur „Begrüßung der Ernennung“ von Hua und „zur Feier der Vernichtung der Viererbande“ angekündigt. Von nun an wird in völligem Widerspruch zur historischen Wahrheit behauptet, Mao habe in Opposition zu den „Vier“ gestanden. Am 28. Oktober werden Zhang, Yao und Wang aus allen Ämtern in Shanghai entlassen, aber die Kritik an Deng Xiaoping steht offiziell noch auf der Tagesordnung. (49)

Der Leitartikel, der am 25. Oktober zugleich in der *Renmin ribao* und der *Jiefang junbao* erscheint, versucht nachzuweisen, daß die Entscheidung des ZK, Hua Guofeng zum Vorsitzenden der Partei zu ernennen, mit einer Entscheidung des Vorsitzenden Mao vom 30. April 1976 übereinstimmt. Diese Beteuerung läßt vermuten, daß es innerhalb der KPCh Zweifel an der Korrektheit dieser Nominierung gibt; daraus entsteht die Notwendigkeit, Hua weiter zu „legitimieren“: mit einer Ernennung durch den Vorsitzenden Mao selbst. Im Grunde dürfte es eine solche „Rechtmäßigkeit“ in einer kommunistischen Partei, die in Übereinstimmung mit ihrem eigenen Statut handelt, nicht geben. Darüber hinaus kann sie sich auf nichts stützen, denn aus dem nun ständig zitierten Text von Mao: „Wenn du die Sache in die Hand nimmst, bin ich beruhigt“, *geht weder hervor, an wen er gerichtet ist, noch werden Angaben darüber gemacht, um welche „Sachen“ es sich handelt.*

Auf jeden Fall bezeichnet sich Hua seit Ende Oktober als der einzig legitime Nachfolger von Mao und leitet für sich eine Art von „Personenkult“ ein. Von nun an erscheint sein Photo immer häufiger in demselben Format neben dem von Mao.

Ab November 1976 nehmen die Aufrufe zur Disziplin zu und es wird angekündigt, daß „vernünftige Vorschriften in den Fabriken“ wieder eingeführt werden sollen. Gleichzeitig wird eine Verleumdungskampagne gegen die „Vier“ ausgelöst; diese Kampagne ist so voller Unwahrheiten, daß es sinnlos ist, darauf einzugehen. Sie schadet nur denen, die sie in die Wege geleitet haben. (51)

Die Kritik an Deng Xiaoping hört Ende November 1976 auf. (52) Im Dezember nehmen die produktivitätsorientierten Aufrufe zu. Im Januar 1977 wird von verschiedenen Demonstrationen berichtet, auf denen Dengs Rückkehr gefordert wird. Im Februar kündigt Außenminister Huang Hua an, die Rückkehr von Deng werde zum „gegebenen Zeitpunkt“ stattfinden. Im März schlägt Hua Guofeng auf einer Arbeitssitzung des ZK vor, Deng wieder Verantwortung zu übertragen. In dieser Zeit beginnen die Kampagnen für den „sozialistischen Wettbewerb“ und wenig später wird die beschleunigte landwirtschaftliche Mechanisierung angekündigt. Zu diesem Zeitpunkt scheint Deng *praktisch* in die Politik zurückgekehrt zu sein.

Ende Juni 1977 rühmt die *Renmin ribao* die früher kritisierten Ideen von Deng und stimmt seiner Kritik an der revolutionären Linie zu (die von nun an als die Linie der „Vier“ bezeichnet wird).

Die Situation an der Parteispitze verändert sich so stark, daß Deng *offen* in die Politik zurückkehrt. Auf der III. Sitzung des ZK (16. bis 21. Juli 1977) wird Hua offiziell zum Vorsitzenden ernannt und Deng gewinnt seine alten Machtpositionen vollständig zurück. Auf dem XI. Parteitag (2. bis 18. August 1977) hält Deng die Schlußansprache.

16 Monate nach seiner Ausschaltung gewinnt Deng also alle seine Machtpositionen zurück. Dem chinesischen Volk wird nicht das Recht einer wirklichen Erklärung zugestanden. Es wird nur einfach darüber informiert, daß zwei widersprüchliche Entscheidungen von den höchsten Instanzen der Partei einstimmig getroffen wurden. Die erste Entscheidung lautet folgendermaßen: Das Politbüro des ZK der KPCh hat „in einer einstimmigen Entscheidung Deng Xiaoping aller seiner Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben“. (53)

Die zweite Entscheidung ist so formuliert: „Die 3. Plenartagung (des ZK der KPCh) nahm einhellig den ‚Beschuß über die Wiedereinset-

zung des Genossen Deng Xiaoping in seine Funktionen‘ an.“ (54) Diese Wende um 180 Grad vollzieht sich alles andere als „friedlich“. Sie ist das Ergebnis eines heftigen Klassenkampfes, in dem die Sicherheitskräfte in starkem Maß intervenieren. Gewiß, es gibt nur wenige offizielle Informationen über diese Interventionen und über die verschiedenen Formen der Repression. Doch wenn man genügend Informationen sammelt und dabei Berichte von Ausländern miteinbezieht, die sich bis in die jüngste Zeit in China aufgehalten haben, so ergibt sich der Eindruck, daß eine Repressionswelle in großem Ausmaß stattgefunden hat (und noch stattfindet). In allen Provinzen, aus denen wir über Informationen verfügen, hat es nicht nur Verhaftungen, sondern auch Hinrichtungen gegeben. Diese scheinen sogar ungewöhnlich zahlreich gewesen zu sein. (55) Auch die Presse weist besonders auf die Rolle der Sicherheitsorgane hin, vor allem gegen Ende des Jahres 1977 (zum Beispiel in der *Renmin ribao* vom 27. und 28. November).

Zu der Repressionswelle im Verlauf des Jahres 1977 kommt eine umfangreiche „Säuberungsaktion“ in der Partei. Auch darüber gibt es nur wenige Informationen, die es nicht gestatten, das Ausmaß der Operationen abzuschätzen. Doch nach dem, was aus China zurückkehrende Reisende berichten, die mit relativ hochgestellten Führungskräften Gespräche führen konnten, scheint es, daß ein Drittel der Kader „gesäubert“ worden sind. Bei den betroffenen Kadern handelt es sich im wesentlichen um solche, die sich im Verlauf der Kulturrevolution hervor getan hatten. Die gegenwärtige Säuberungsaktion ist mit einer massiven Rückkehr von ehemals entfernten Kadern verbunden. Auf diese Weise scheint die KPCh von Ende 1977 in der Zusammensetzung ihrer Kader der Partei von 1965 sehr viel näher zu stehen als der Partei von Oktober 1976.

Parallel zur Rückkehr der Rechten ist eine Verstärkung der Machtpositionen von Deng Xiaoping zu beobachten; seine engsten Mitarbeiter besetzen nach und nach Schlüsselpositionen, vor allem in der Organisationsabteilung des ZK (56) (die über die Ernennungen, Versetzungen, Beförderungen oder Abberufungen in allen Instanzen der Partei entscheidet) und in anderen zentralen Abteilungen sowie auch auf der Ebene von Provinzen.

Während Deng seine Machtpositionen verstärkt, wird gleichzeitig die Bedeutung der Produktion immer stärker hervorgehoben, die „Vorrang vor dem Klassenkampf gewinnt“. (57) Neue Zielscheiben der Kritik treten in Erscheinung. Diese Zielscheiben werden noch nicht genau benannt, doch man kann sie an verschiedenen Veränderungen in der Formulierung erkennen. Folgende Beispiele zur Illustration: aus der Parole, in der dazu aufgerufen wird, „Liu Shaoqi, Lin Biao und die Viererbande“ zu kritisieren, wird der Name Liu Shaoqis gestrichen. Von nun an wird von Zeit zu Zeit auf die Notwendigkeit hingewiesen, „einen Gegenangriff nicht nur nach rechts, sondern auch nach „links“ zu führen (das Wort links wird in Anführungszeichen gesetzt, um zu zeigen, daß es sich dabei natürlich nicht um eine wirkliche Linke handeln kann). Offensichtlich soll diese Erklärung eine neue Kritikkampagne einleiten; denn die *Renmin ribao* vom 12. November 1977 greift sie auf und fügt hinzu: „Viele konnten die wahre Linke von der falschen nicht unterscheiden.“ Anfang 1978 wird diese Kampagne vor allem in der Armeezeitung fortgeführt, die (ohne Namen zu nennen) diejenigen angreift, „die ihre Fahne nach dem Wind richten“, die Experten sind bei „Wendungen um 180 Grad“ (58) und die sich ihrer Verantwortung zu entziehen suchen, indem sie sich der Kritik an den „Vier“ anschließen. Sollte sich diese Tendenz durchsetzen, so müßte sie zu neuen Säuberungsaktionen führen, von denen diejenigen betroffen wären, die sich an der Kritik an Deng aktiv beteiligt haben und die anschließend mit demselben Eifer gegen die „Vier“ vorgegangen sind. (59) Dieser Rückblick auf die „Ereignisse“, die den Staatsstreich von Oktober 1976 begleiteten und die ihm folgten, war notwendig, um einschätzen zu können, unter welchen unmittelbaren Bedingungen dieser Staatsstreich stattgefunden hatte und um sich einen zumindest partiellen Überblick über einige seiner Folgen zu verschaffen. Er liefert keine Erklärung dafür, warum diese „Ereignisse“ stattgefunden haben, wie diese durch Veränderungen in den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen bestimmt wurden und warum sich diese Veränderungen vollzogen haben. Im letzten Teil meines Briefes versuche ich, auf einige dieser Fragen zu antworten.

Die Veränderungen in den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen und der Sieg einer revisionistischen Linie

Ich habe schon die vereinfachende „Erklärung“ zurückgewiesen, nach der die neue Linie der KPCh durch den ökonomischen Mißerfolg der zuvor verfolgten Linie erforderlich geworden wäre. Diese Erklärung ist grundlegend falsch. Wir haben schließlich gesehen, daß die ökonomische Gesamtbilanz der Jahre 1966–1976 sehr positiv war. Man kann sicherlich der Auffassung sein, daß sie besser hätte sein können und sogar besser hätte sein sollen und daß das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung in den folgenden Jahren in bestimmter Weise beschleunigt werden muß. Doch es ist absolut nicht bewiesen, daß diese Beschleunigung durch eine Berichtigung der revolutionären Linie, ohne sie aufzugeben, *nicht* hätte erreicht werden können. Deswegen kann dieses Aufgeben der revolutionären Linie meiner Ansicht nach nicht mit „ökonomischen Notwendigkeiten“ erklärt werden, sondern nur mit einer Umkehrung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen.

Da es keine wirkliche Bilanz der Jahre 1966–1976 gibt, ist es unmöglich (und anders wär's vergeblich) die Korrekturen aufzuzählen, die an der vorhergehenden Linie hätten vollzogen werden können oder sollen. Nur breite Diskussionen und soziales Experimentieren (beides hat nicht stattgefunden) hätten es ermöglicht, die begangenen Fehler konkret zu beseitigen und damit die revolutionäre Linie weiter zu entwickeln.

Eines ist auf jeden Fall erstaunlich: in Schanghai, wo die revolutionäre Linie am konsequentesten angewandt wurde (da es die geringste Einnischung von Elementen gab, die dieser Linie feindlich gegenüberstanden und die sie in der Praxis sabotierten, während sie sich ihr verbal anschlossen), scheinen die erzielten „ökonomischen Ergebnisse“ ausgezeichnet zu sein. Diejenigen, die in China gelebt und in den Fabriken von Schanghai gearbeitet haben, berichten allgemein, daß in bezug auf die Arbeit und die Produktion die Atmosphäre in den Fabriken von Schanghai insgesamt zumindest ebenso gut und sogar generell besser als anderswo gewesen sei.

Dennoch ist die Niederlage der revolutionären Linie kein unerklärlicher Zufall. Sie kann auch nicht mit dem „Geschick“, der „List“ oder der „Skrupellosigkeit“ der Gegner dieser Linie erklärt werden. Diese Faktoren haben sicherlich eine Rolle gespielt. Sie sind jedoch nicht wesentlich. Wenn diese Linie eine Niederlage erlitten hat, so hat sie in einer bestimmten Hinsicht *versagt*. Es ist unbedingt notwendig, *die Art und die Gründe dieser Niederlage zu untersuchen* (die letztendlich auf der Ebene der Beziehungen zwischen den Klassen liegen). Solch eine Untersuchung muß es leisten, Antworten von sehr allgemeiner Tragweite zu erarbeiten, die nicht allein China betreffen.

Ich wiederhole: im Augenblick können nur partielle und vorläufige Antworten gefunden werden; doch diese werden, einschließlich der Kritik daran, was in den hier gegebenen Antworten falsch sein mag, vielleicht als Ausgangspunkt für eine breiter angelegte Überlegung dienen können.

Es muß zunächst betont werden, daß *das Fehlen einer Klassenanalyse des heutigen China* ein wesentliches Hindernis zur Formulierung von weiterreichenden Antworten ist. Das ist eine wichtige und beachtende Tatsache: *Die KPCh hat eine solche Analyse nicht erstellt*. Einige der „Vier“ haben versucht, diese *Lücke* zu füllen, doch es ist ihnen nicht gelungen. Ihnen fehlte dazu eine zureichende Ausarbeitung der theoretischen Begriffe, die für die Klassenanalyse einer Gesellschaft im Übergang so notwendig sind. Diese Unzulänglichkeit zeigt sich in der Tendenz, die heutige Bourgeoisie Chinas nicht durch Hinweise auf ihre Stellung im Produktionsprozeß zu bestimmen, sondern durch ihre Ideologie oder ihre politische Linie oder allenfalls noch durch die Verteilungsverhältnisse, die als ein Ergebnis des „bürgerlichen Rechts“ aufgefaßt werden. Letztlich scheint die Bourgeoisie ein Produkt des Überbaus und nicht der ökonomischen Basis zu sein. Eine solche Unzulänglichkeit hat ihren Ursprung in der Verwendung des Begriffs „sozialistisches Eigentum“ (der mit dem Marxismus in Widerspruch steht), das als Auswirkung einer Umwandlung im Überbau auf die ökonomische Basis verstanden wird. Diese theoretische Unzulänglichkeit ist auf zahlreiche Faktoren zurückzuführen, vor allem auf das Fehlen einer breit geführten Diskus-

sion, in der sowohl auf vorgefertigte Kategorien als auch auf das Sperrfeuer verzichtet wird, das die Gegner der revolutionären Linie gegenüber jedem Versuch zur Entwicklung einer Klassenanalyse der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft eröffnen. Die Bourgeoisie hat sich verteidigt. Wenn einer der gegen die „Vier“ formulierten Anklagepunkte lautet, sie hätten eine Klassenanalyse Chinas vornehmen wollen, so geschieht das nicht aus Zufall. Man behauptet, das sei überflüssig, weil diese Analyse schon lange von Mao Tse-tung durchgeführt worden sei.

Das Fehlen einer Klassenanalyse im heutigen China stellt also ein Hindernis zum vollständigen Verständnis der Umwandlungen dar, die sich im Verlauf der letzten Jahre in den Klassenverhältnissen vollzogen haben und es ist ebenfalls, und dies ist sehr viel schwerwiegender, *einer der Gründe für das Scheitern der revolutionären Linie*. Man kann die Klassenverhältnisse nicht auf revolutionäre Weise umwandeln, wenn man diese Verhältnisse nicht kennt. Ohne diese Kenntnis kann eine führende Partei letztendlich nur den *status quo* verwalten und dabei versuchen, die „Ökonomie zu modernisieren“. (60)

Es kann nicht genug betont werden, wie bedenklich eine Situation ist, in der die Partei nicht über Schriften zu einer materialistischen Analyse der Klassen und der gesellschaftlichen Schichten des heutigen China, der sozialen Unterscheidungen innerhalb der Arbeiterklasse (61) und innerhalb der Volkskommunen (62) verfügt.

Das Fehlen einer konkreten Analyse der neuen Klassenverhältnisse zeigt sich in dem *stereotypen Rückgriff auf Klischees*. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. So benutzt man zwanzig Jahre nach der Gründung der Volkskommunen weiterhin die Einteilung (die zur Zeit der Gründung ihre Bedeutung hatte (63)) in arme Bauern, untere und obere Mittelbauern, reiche Bauern und Grundbesitzer. Heute ist diese Einteilung nur noch ein lächerlicher *Ersatz* für eine Analyse der gegenwärtigen Klassen und gesellschaftlichen Schichten.

Anstatt zu untersuchen, auf welche Klassenbasis sich die verschiedenen Linien wirklich stützen, denunziert man die „kritisierten“ Linien und verwendet dabei immer dasselbe *Arsenal an Klischees*. Daraus resultiert eine reine Wiederholung *derselben Anklagepunkte, die den Vertretern der jeweils gegnerischen Linie angelastet werden*. Dafür

hier ein typisches Beispiel:

Am 10. April 1976 erscheint in der *Renmin ribao* ein Artikel mit der Überschrift: „Ein großer Sieg“, in dem behauptet wird, die soziale Basis von Deng Xiaoping setze sich aus „Parteimachthabern auf dem kapitalistischen Weg, (verbunden) mit der Bourgeoisie und den nicht umerzogenen Grundherren, Großbauern, Konterrevolutionären, üblen und rechten Elementen in der Gesellschaft“ zusammen. (64)

Hua Guofing, der diese „Analyse“ akzeptiert hatte, erklärt 1977 in seinem Bericht zum 11. Parteitag, während Deng Xiaoping neben ihm steht, daß die „Vier“, „typische Repräsentanten der Großgrundbesitzer, Großbauern, Konterrevolutionäre, und asozialen Elemente, sowie der alten und neuen Bourgeoisie“ seien. (65)

Solche Formulierungen lassen erkennen, daß die Leitung unfähig ist oder daß sie es ablehnt, der Partei und dem chinesischen Volk eine *ernsthafte* Klassenanalyse der kritisierten Linie zu liefern. Die Annahme, eine solche Analyse sei erstellt, jedoch „geheim“ gehalten worden (was unwahrscheinlich ist), wäre einer Partei unwürdig, die vorgibt, die Volksmassen zu führen. Tatsächlich weist alles darauf hin, daß die Leitung der KPCh keine grundlegende Analyse erstellt hat und daß sie folglich nur dieselben Klischees wiederholen konnte. (66)

Daß die Kämpfe, die zu wesentlichen Fragen ausgetragen wurden und die im Verlauf der letzten Jahre die KPCh zerrissen haben, nicht von einer ernsthaften und genauen Klassenanalyse gelenkt waren, heißt natürlich nicht, daß sie nicht *tiefen Klassenspaltungen* entsprachen. Doch es bedeutet, daß diese Spaltungen *intuitiv und global* erfaßt und daß sie nicht *differenziert* wurden. Unter solchen Bedingungen ist es nicht möglich, *genaue Trennungslinien zu ziehen*, die *Nebenwidersprüche* richtig zu behandeln (die daher zu antagonistischen werden können) und von entsprechenden *Kompromissen zu Klassenbündnissen* überzugehen, die für die Weiterentwicklung beim Übergang zum Sozialismus erforderlich sind.

Die Geschichte der Kulturrevolution ist in großem Ausmaß die Geschichte eines gewaltigen Vorstoßes (67) (der zwischen Mai 1966 und Februar 1976 stattfand), dem eine Reihe von Rückschlägen und neuen Vorstößen folgte.

Die Rückschläge sind im wesentlichen auf die Unfähigkeit der Linken zurückzuführen, die unerläßlichen Kompromisse zu schließen und die notwendigen Klassenbündnisse einzugehen. Schon Mao Tse-tung sieht den Grund für die ersten Rückschritte der Kulturrevolution in dieser Unfähigkeit. Das betrifft nicht nur die Beziehungen zwischen den politischen Kräften, sondern auch die Beziehungen zwischen den Klassen selbst. (68)

Eine bestimmte Anzahl von Sätzen Mao Tse-tungs (die heute als *Kritik* an den „Vier“ ausgegeben, aus dem Zusammenhang gerissen und mit entsprechenden Kommentaren versehen werden) sind in Wirklichkeit *Ratschläge* an sie: sich nicht zu isolieren, Fraktionierungen zu vermeiden, nicht übereilt zu handeln. Solche Ratschläge sind grundverschieden von der Kritik, die Mao Tse-tung an den Vertretern der revisionistischen Linie wie Liu Shaoqi oder Deng Xiaoping übt.

Abgesehen von taktischen Problemen (die sich auf die Beziehungen zwischen politischen Kräften beziehen) war einer der Faktoren, die für das Scheitern der revolutionären Linie eine entscheidende Rolle spielten, die Unfähigkeit, das Problem der Intellektuellen, also auch der Kader, richtig anzugehen. Eine der Folgen dieser Unfähigkeit war, daß die „Vier“ häufig eher in der Lage gewesen zu sein schienen, ihre Ansichten *vorzuschreiben* und Gegner zu eliminieren, als eine in jeder Hinsicht konstruktive politische Linie in die Tat umzusetzen.

Die Anhänger der revolutionären Linie haben es verstanden, verschiedene *Bündnisformen* zwischen den arbeitenden Massen und den Intellektuellen aufzubauen (vor allem die verschiedenen Formen der *Dreierverbindungen*), doch sie haben es nicht immer verstanden, die *Widersprüche innerhalb des Bündnisses korrekt* zu behandeln. Infolgedessen tendierten sie dazu, *politische Führung durch Zwangsmaßnahmen zu ersetzen*.

So entwickelten sich Antagonismen. Diese veranlaßten einige Anhänger der Linken, schikanierende Maßnahmen zu treffen und sogar Repressionen auszuüben, die sich oft nicht gegen wirkliche Feinde richteten, sondern gegen Personen, die man als Feinde verdächtigte. Diese Praxis ist oft von nicht wirklich revolutionären Kadern ausgeübt worden, sondern von Opportunisten, die sich formell der Linken

angeschlossen hatten und vor allem versuchten, deren Ansehen für persönliche Zwecke auszunutzen.

Andererseits haben sich sogar die Führungskräfte der Linken gegenüber Wissenschaftlern und Künstlern sektiererisch verhalten. So wurden der Entwicklung von Wissenschaft und Technik und der vollen Entfaltung von Literatur und Kunst Hindernisse in den Weg gelegt. Die Lektüre ausländischer Zeitschriften und Bücher wurde eingeschränkt (daran zeigt sich auch, daß ein Teil der Aktivisten, die sich der revolutionären Linie angeschlossen hatten, eine *populistische* und sogar ausländerfeindliche Ideologie vertraten). Unter dem Vorwand, über die Veröffentlichungen und Werke aus Literatur, Film, Theater etc. eine strenge Kontrolle auszuüben, wurde nur eine sehr geringe Anzahl neuer Werke zur Veröffentlichung freigegeben. Auf dem Gebiet der Wissenschaft ist die Anzahl der veröffentlichten Arbeiten stark zurückgegangen und die meisten Zeitschriften sind verschwunden. Sogar der Zugang zu den Bibliotheken wurde beträchtlich eingeschränkt.

Wie ich oben schon sagte, ist es möglich, daß einige dieser Maßnahmen von Gegnern der revolutionären Linie getroffen wurden, die vorgaben, in ihrem Namen zu handeln, während sie ihr in Wirklichkeit zu schaden suchten. Auf jeden Fall haben Maßnahmen dieser Art der Entfaltung von Wissenschaft und Technik sowie der kulturellen Aktivitäten nicht nur geschadet, sie wurden auch von den Intellektuellen als Schikane empfunden und schließlich wahrscheinlich von einem Teil der Volksmassen verurteilt.

Unter den soeben beschriebenen Bedingungen mußte sich die Mehrheit der Intellektuellen von der revolutionären Linie abwenden oder ihre Unterstützung mußte zu einem Lippenbekenntnis werden.

Die Anhänger der revolutionären Linie haben nicht rechtzeitig eine Praxis korrigiert, die die Entwicklung von Widersprüchen zu den Intellektuellen begünstigte. Das führte dazu, daß sie die Zwangs- und Repressionsmaßnahmen immer häufiger anwandten. Die Beschreibungen dieser Maßnahmen sind zahlreich und oft genug vorgenommen worden, so daß es unnütz wäre, sie hier zu wiederholen. Selbst wenn diese Beschreibungen übertrieben sind, besteht doch kein Zweifel daran, daß sie im wesentlichen der Realität entsprechen.

Als Zusammenfassung kann man, glaube ich, die Formulierung von W. Aschmoneit übernehmen, der unter dem Titel „Revolutionierung mit Zwang“ schreibt, „die Verbindung von Intelligenz und arbeitenden Klassen kam nicht im notwendigen Umfang zustande, ja teilweise wurde das gegenseitige Mißtrauen und Unverständnis offenbar noch vertieft.“ (69)

Von nun an ist es so, daß in dem Bereich, der Bündnispraxis sein soll, der Zwang auftritt. Und diese Tendenz verstärkt sich immer mehr. So lastet der Zwang schließlich auch auf einem Teil der Volksmassen. (70) Er verursachte Unzufriedenheit im Volk (zum Beispiel bei Mittelschulabsolventen über den Zwang, sich – oft ohne Überzeugung und ohne genügende Vorbereitung – auf dem Land niederlassen zu müssen (71)).

Der Zusammenschluß der Massen hat sich also nicht entwickeln können. Anstatt die Massen zu befähigen, für sich selbst zu sprechen, wurden Fälle immer zahlreicher, in denen „*Sprecher*“ auftraten, die an ihrer Stelle und unabhängig von ihnen handelten. Jedesmal, wenn das der Fall war, waren die erzielten Ergebnisse wenig zuverlässig und es entstand ein Nährboden für eine revisionistische Gegenoffensive (die unter dem Banner der „*Liberalisierung*“ geführt wurde).

Für jemanden, der nicht in China gelebt hat, ist es unmöglich, eine wirkliche Bilanz der Kämpfe der letzten Jahre zu ziehen. Aber man kann einige wichtige *charakteristische Merkmale* dieser Kämpfe benennen, die zur Erklärung dafür beitragen, warum die Kämpfe mit der Niederlage der revolutionären Linie endeten.

Charakteristisch für die Kämpfe der letzten Jahre ist sicherlich, daß sie im allgemeinen in sektiererischer Weise geführt wurden. Dieses *Sektierertum* liegt zum Teil daran, daß eine wirkliche Klassenanalyse fehlt, mit deren Hilfe genaue Trennungslinien gezogen und Bündnisse geschlossen werden könnten. Sie ist zum Teil auch das Ergebnis einer schematischen Auffassung des Marxismus, die zum *Dogmatismus* führt. In einem größeren Rahmen kommt darin die Kontinuität des Einflusses der degenerierten Formen der bolschewistischen Ideologie zum Ausdruck, die in den dreißiger Jahren entwickelt wurden und die zur *Verkehrung des Marxismus in sein Gegenteil* geführt haben. (72) Natürlich war diesem Einfluß auch der chinesische Revisionismus

ausgesetzt. Dieser Einfluß tritt jedoch nicht in Widerspruch zu den Zielen des chinesischen Revisionismus, wie das für die revolutionäre Linie gilt, die nicht über theoretische Konzeptionen verfügte, um ihr Handeln völlig konsequent entwickeln zu können. Der chinesische Revisionismus dagegen wurde durch diese Situation in keiner Weise behindert. Im Gegenteil, dadurch konnte er gleichzeitig dogmatische und eklektizistische Vorstellungen verwenden.

Dieser Eklektizismus hat der revisionistischen Linie *den Anschein gegeben, als sei sie mit weniger Zwang verbunden*. Auch hat die Unzufriedenheit der Intellektuellen und ein gewisser Überdruß unter den Massen einen Teil von ihnen (die übrigens einen Bürgerkrieg befürchteten) veranlaßt, sich kurz nach dem Tod von Mao Tse-tung der revisionistischen Linie anzuschließen, und zwar *nachdem* die Anhänger dieser Linie ihren Staatsstreich durchgeführt hatten. Charakteristisch für die Kämpfe der letzten Jahre (und aufschlußreich für die Niederlage der revolutionären Linie) ist auch ihre *außerordentliche Personenbezogenheit*. Diese Personalisierung der Kämpfe gipfelt in der Form des „Maokults“. Dieser „Kult“ hat zeitweilig eine positive Rolle spielen können; doch er wirkt sich insgesamt zu tiefst negativ aus: Er gibt geschickten revisionistischen Führungskräften die Möglichkeit, sich auf ein angeblich ihnen erwiesenes Vertrauen von Mao zu berufen, um „in seinem Namen“ zu sprechen oder sich als seine „Nachfolger“ auszugeben (das Beispiel von Lin Biao und von Hua Guofeng zeigen, daß diese Möglichkeit nicht nur eine schlichte Hypothese ist).

Eine solche Möglichkeit hängt damit zusammen, daß die Kämpfe sich als seine „Nachfolger“ auszugeben (die Beispiele von Lin Biao zielen und Linien darstellen, sondern so erscheinen (trotz der allgemeinen Erklärungen, in denen sie als Kampf zwischen zwei Linien bezeichnet werden), als handle es sich um *Kämpfe zwischen Personen, in denen sich Individuen gegenüberstehen, die Posten erobern wollen*; und das ist auf allen Ebenen der Fall.

Übrigens entspricht dieser Anschein natürlich der Realität. Unter dem Schlagwort „die politische Macht ergreifen“ vollzog sich tatsächlich oft die Verwandlung einer revolutionären Politik in Postenjägerei (73); eine Jagd, bei der die persönlichen Angriffe auf jene,

die diese Posten innehatten, häufig eine wichtigere Rolle spielten als die Kämpfe um die Prinzipien. Doch wenn die persönlichen Kämpfe an die Stelle des Kampfes zur Umgestaltung der Klassenverhältnisse treten, kann bei den Massen nur Gleichgültigkeit und Überdruß entstehen; denn ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen können von Kämpfen dieser Art nicht verändert werden. Die Anhänger der revisionistischen Linie haben auch diesen Überdruß für sich ausgenutzt, indem sie versprachen, „Ordnung“ und „Ruhe“ wiederherzustellen. Sobald sie jedoch die zentrale Macht übernommen hatten, haben sie in Wirklichkeit mit den schlimmsten Verfolgungen und Säuberungsaktionen und der schlimmsten Postenjägerei begonnen; doch machen sie weniger Lärm dabei, da sie's hinter dem Rücken der Volksmassen tun.

Hier ließe sich noch eine weitere Beobachtung anfügen, die für den häufig verdeckten Charakter der politischen Kämpfe kennzeichnend ist. Nur ein Beispiel:

Die Kampagne Pi-Lin/PiKong (Die Kritik an Li Biao und die Kritik an Konfuzius) richtete sich anscheinend zu verschiedenen Zeitpunkten je nach den Teilnehmern an der Kampagne gegen verschiedene Ziele. Sie betraf offensichtlich nicht nur Lin Biao und Konfuzius, sondern auch Zhou Enlai, die „Vier“, Deng Xiaoping und vielleicht auch noch andere. Doch nur wenige können bis zu dem Sinn einer solchen „Debatte“ vordringen. Für die anderen kann ihre Fortsetzung und die Notwendigkeit, an ihr „teilzunehmen“, auf die Dauer nur unerträglich sein.

Schon allein die *Hermetik* bestimmter Kämpfe ist Ausdruck der Tatsache, daß ihre Protagonisten *die Massen nicht wirklich an ihnen teilnehmen lassen wollen*. Solche Kämpfe werden unter Führungskräften ausgetragen. Diese wenden sich in einem „Aufruf“ an die Massen, um ihre Unterstützung zu erhalten, wobei sie jedoch nicht immer klar darlegen, worum es geht. Der Rückgriff auf dieselben Klischees, mit denen Vertreter grund verschiedener politischer Linien denunziert werden, ist Teil derselben Hermetik. Ehemalige Führungskräfte werden so dem Zorn des Volkes ausgeliefert, indem man auf immer passende Schlagworte zurückgreift, das heißt *ohne den Volksmassen wirklich die tatsächlichen Zusammenhänge zu erklären*, also

ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, die politische Bühne zu betreten und sich dort zu halten.

In dieser Hinsicht ist die Geschichte der Schanghaier Kommune besonders aufschlußreich.

Die Schanghaier Kommune und die theoretischen und praktischen Auswirkungen ihrer kurzen Existenz

Hier ist ein historischer Rückgriff am Platz, der um so nötiger ist, als die Episode der Schanghaier Kommune tendenziell verschwiegen wird, während die Ereignisse, die sie ausmachten, eine bedeutende theoretische und praktische Auswirkung haben.

Ich erinnere also zunächst an eine Reihe von Tatsachen. Ab November 1966 vergrößert sich in Schanghai (und übrigens auch in anderen Industriestädten, vor allem in Tientsin und im Nordosten) die Zahl der Kulturrevolutionskomitees in den Fabriken. Diese Komitees errichten eine „doppelte Macht“ in den Betrieben. Dieser Entwicklung wird in einer 12-Punkte-Richtlinie der Zentralgruppe der Kulturrevolution zugestimmt. (74)

In den Fabriken von Schanghai behaupten also die Kulturrevolutionskomitees ihre Machtpositionen neben den Produktionsgruppen, die sich hauptsächlich aus Kadern zusammensetzen. Diese Gruppen lösen sich Ende Dezember auf. Zur selben Zeit wie die Fabrikkomitees entwickeln sich revolutionäre Massenorganisationen („Hauptquartiere“ genannt). Die Verständigung untereinander ist schwierig, aber sie stellen die an der Macht befindliche Stadtverwaltung, der Revisionismus vorgeworfen wird, infrage. Nach Versammlungen mit einer Beteiligung von über einer Million Arbeitern löst sich die Stadtverwaltung Anfang 1967 auf. (75)

Am 9. Januar 1967 einigen sich zweiunddreißig Organisationen auf eine sogenannte „dringende Bekanntmachung“, in der eine Reihe von Maßnahmen bekanntgegeben und offensichtlich eine neue Form der Machtausübung vorbereitet wird. Die gesamte chinesische Presse veröffentlicht dieses Dokument, das von Mao Tse-tung selbst als Vorbild bezeichnet wird. Die *Renmin ribao* schreibt am 22. Januar

1967 in einem Kommentar zu diesem Text: „Der Kampf der revolutionären Massen, um ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, kann vielfache Formen annehmen, doch er läuft letztendlich auf die Notwendigkeit hinaus, die Macht zu ergreifen; *mit der Macht haben die Massen alles, ohne die Macht haben sie nichts.* (. .) Wir sind die große Masse der Arbeiter, Bauern und Soldaten und sonst niemand; wir sind die unbestrittenen Herren der neuen Welt.“ (76) An den Wänden der Stadt erscheint das Schlagwort „Alle Macht der Kommune“.

Die Sache zieht sich jedoch hin. Erst am 5. Februar wird die Kommune ausgerufen. Ihre Proklamierung wird auf einer Versammlung von einer Million Arbeitern begrüßt. Die Redner erklären, daß „das Komitee der Partei und das Komitee der Stadt zerschlagen sind und daß ein neues Machtorgan in Übereinstimmung mit der Lehre des Vorsitzenden Mao und den Grundsätzen der Diktatur des Proletariats errichtet worden ist.“ (77)

Doch die Schanghaier Kommune wird von der zentralen Presse nicht gefeiert (ebensowenig wird die Bildung von Kommunen in anderen Städten wie zum Beispiel in Taiyuan gefeiert). Sie wird zwar nicht offiziell mißbilligt, doch sie wird in gewisser Weise von der zentralen Macht nicht „anerkannt“. Etwa zwanzig Tage nach ihrer Gründung hört sie auf zu existieren, als das Revolutionskomitee von Schanghai ins Leben gerufen wird, dessen Vorsitz Zhang Chunqiao, der an den Arbeiten der Schanghaier Kommune teilgenommen hatte, in Übereinstimmung mit dem Vorschlag der Zentralgruppe und mit der Zustimmung aller Gründungsorganisationen übernimmt.

So wird die Form der Kommune, die noch in der Sechzehn-Punkte-Erklärung erwähnt wird, in Schanghai – wie in anderen Städten – aufgegeben und durch die Revolutionskomitees ersetzt. Eine genaue Beweisführung zur Begründung dieses Schrittes ist nie entwickelt worden. Es wurden nur verschiedene Gründe angegeben. Man findet sie vor allem in der Rede Zhang Chunqiaos vom 24. Februar, in der er die Bemerkungen Mao Tse-tungs zur Errichtung der Schanghaier Kommune anführt. (78)

Aus dieser Rede geht hervor, daß Mao Tse-tung nicht das Prinzip der Kommune in Zweifel zieht, sondern sich fragt, ob die Vorgehens-

weise bei der Bildung der Schanghaier Kommune korrekt war. Außerdem zweifelt er daran, daß das von der Pariser Kommune übernommene Modell in einer anderen Stadt als Schanghai übernommen werden könne, die das am weitesten fortgeschrittene Arbeitszentrum der Nation sei. Er stellt auch die Frage, ob die Ausrufung von Kommunen in ganz China internationale Probleme nach sich ziehen werde. Diese verschiedenen Bemerkungen sind nicht sehr beweiskräftig. Sie haben eher die Form von Fragestellungen. Auf jeden Fall führen sie nicht zur Verurteilung der Kommune, sondern stellen einen Appell zu Zurückhaltung und kluger Bedachtsamkeit dar. Tatsächlich erwähnt Mao hauptsächlich das Problem der Partei. Er scheint sich wirklich um das Schicksal der Kader und über die Absicht einiger Rebellen, „alle verantwortlichen Personen zu stürzen“, Sorge zu machen. Er stellt die Frage: „Brauchen wir noch eine Partei?“ Und er antwortet: „Ich glaube, wir brauchen einen eisernen Kern, um stark für den Weg zu sein, den wir noch zurücklegen müssen. Man kann ihn nennen, wie man will, kommunistische Partei oder sozialistische Partei, aber wir brauchen eine Partei. Das dürfen wir nicht vergessen.“

Hier stellen sich Fragen: Wie kommt es, daß die revolutionären Führungskräfte der KPCh, die die politische Form der Kommune unterstützt hatten, praktisch zu ihrer früheren Stellungnahme zurückkehren, indem sie China für nicht „reif“ für diese politische Form halten? Wie kommt es, daß sie auf diese Weise einen neuen Kurs einschlagen, der durch eine Reihe von Rückschritten gekennzeichnet ist, unterbrochen von partiellen Gegenoffensiven, die immer weniger wirksam sind?

Betrachtet man den konkreten Ablauf der Kulturrevolution, müssen zwei Gruppen von Tatsachen berücksichtigt werden.

Erstens die offensichtliche Unfähigkeit der verschiedenen revolutionären Organisationen (in Schanghai oder anderswo), sich zusammenzuschließen. Es herrscht die Tendenz, ständig in heftige Opposition zueinander zu treten und dabei die Konflikte aufzubauchen. Sie laufen dabei Gefahr, daß Verwirrung aufkommt, und daß ehrliche und zuverlässige Kader massenweise ausgeschlossen werden. Mao Tse-tung beschreibt diese Situation im Juli 1967 und stellt fest, daß

die kämpferischsten Anhänger der Kulturrevolution unfähig sind, sich zusammenzuschließen und sich mit all denen zu verbünden, mit denen sie sich verständigen müßten. (79)

Die zweite Faktengruppe betrifft die negative Reaktion einer Mehrheit sehr hochgestellter Parteimitglieder auf die Situation, die sich zu Beginn 1967 entwickelt. Diese Mitglieder vertreten im allgemeinen keine revolutionären Standpunkte. Sie stehen der Kulturrevolution feindlich gegenüber, ohne es offen zu sagen. Doch da sie zahlreich sind und die revolutionäre Linie nicht über die Mehrheit in der Partei (80) verfügt, werden ihre Appelle zur „Mäßigung“ befolgt; wäre das nicht der Fall gewesen, wäre es um die Einheit und sogar um die Existenz der Partei geschehen gewesen.

Die Haltung vieler Veteranen der Revolution kommt in einer Rede zum Ausdruck, die Tan Chenlin auf einer erweiterten Sitzung des Politbüros hält. In diesem Redebeitrag vom Januar 1967 erklärt Tan: „Brauchen Sie noch die Parteileitung? Wollen Sie alle alten Kader vernichten? Ich spreche hier im Namen aller Veteranen der Revolution und ich möchte lieber enthauptet oder ins Gefängnis geworfen werden, als gleichgültig der Demütigung so vieler unserer alten Genossen beizuwohnen.“ (81)

Diese Haltung der Mehrheit der alten Kader und der Wille, die Partei Partei und die Einheit aufrechtzuerhalten, veranlassen das Politbüro, „die Angriffsfronten einzuschränken“ und „Personen als Zielscheiben zu benennen“: Liu Shaoqui, Deng Xiaoping und einige andere Funktionsträger. Das führt auch dazu, daß der Volksbefreiungsarmee und ihrem damaligen Befehlshaber, Lin Biao, eine besondere Rolle zukommt. Von nun an ist es die Aufgabe der Volksbefreiungsarmee, durch ihre „Propagandagruppen für die Mao Tse-tung-Ideen“ wirklich linksstehende Basiskomitees zu „erkennen“, diese zu einer einheitlichen Aktion zu führen und ihre Vorherrschaft über die Massenbewegung durchzusetzen. (82)

Diese Verfügungen haben zur Folge, daß die Massenbewegung an Bedeutung verliert, während die Führungskräfte der Volksbefreiungsarmee (83) innerhalb der Partei- und Staatsapparate größeren Einfluß gewinnen.

Auf dem IX. Parteitag 1969 spielen die Führungskräfte der Volks-

befreiungsarmee eine entscheidende Rolle. Von den 25 Mitgliedern des Politbüros sind 14 Generäle der Volksbefreiungsarmee. An die Stelle der für die ersten Jahre der Kulturrevolution charakteristischen *Massenbewegungen* treten nun *von oben organisierte Kritik-kampagnen*.

1971 bedrohen die Führungskräfte der Volksbefreiungsarmee um Lin Biao die revolutionäre Strömung so stark, daß Lin Biao urplötzlich ausgeschaltet wird. Doch damit gewinnt die revolutionäre Linie nicht die Mehrheit. Sie stellt nur ungefähr ein Drittel der Mitglieder des Politbüros.

Den Anhängern der revolutionären Linie gelingt es nicht, in der Partei eine ausreichende Stärke zu erlangen, um die Rückkehr einer immer größeren Anzahl rechtsgerichteter und revisionistischer Elemente zu verhindern.

Der Staatsstreich von Oktober 1976 – in dem die Volksbefreiungsarmee und die Sicherheitskräfte eine entscheidende Rolle gespielt haben – ist schließlich auf dem Vordergrund der politischen Bühne das Resultat eines seit Jahren eingeleiteten Prozesses.

Dieser Prozeß wurde dadurch begünstigt, daß den von oben gelenkten Organisationsformen der Vorrang vor der Massenbewegung und ihrer vielfältigen Organisationen eingeräumt wurde; er steht im Zusammenhang mit dem Aufgeben der politischen Form der Kommune.

Die Vergegenwärtigung des „Ablaufs der Ereignisse“ reicht jedoch nicht aus, um dieses Aufgeben und schließlich die Niederlage der revolutionären Linie zu erklären. Für eine solche Erklärung ist es erforderlich, das Problem der Beziehungen der Partei zu den Massenorganisationen zu untersuchen, vor allem zu Organisationsformen vom Typ der Kommune, die die *Machtorgane der arbeitenden Massen* darstellen.

Diese Beziehungen bergen zahlreiche Widersprüche in sich. Das liegt zunächst daran, daß die arbeitenden Massen weit davon entfernt sind, sich spontan geschlossen und aktiv zu verhalten. Das zeigt sich gerade an der Entwicklung von Widersprüchen innerhalb der Massen und macht einen ideologischen Kampf notwendig, der die proletarischen und fortgeschrittenen Elemente befähigen sollte, eine wirklich

führende Rolle zu spielen. Es stellt sich das Problem, wie sich eine revolutionäre Partei in die Widersprüche, die die Massen spalten und die durch die auftretenden ideologischen und politischen Strömungen Fronten entstehen lassen können, einbringt.

Die widersprüchlichen Beziehungen zwischen Partei und Massen führen auch zu der Frage, ob die Macht in den Händen der Massen, ihrer Organisationen und ihrer fortschrittlichsten Elemente liegt oder in den Händen der Partei. Wird die Macht *von* den Arbeitern ausgeübt oder wird sie *für* die Arbeiter ausgeübt (was voraussetzt, daß die führende Partei lange im Dienst der Arbeiter bleiben kann, ohne tatsächlich von ihnen kontrolliert zu werden)?

Für Marx (in seiner Schrift *Der Bürgerkrieg in Frankreich*) ist die Kommune das Machtorgan, sie ist die politische Form der Diktatur des Proletariats. Ebenso sind für Lenin in *Staat und Revolution* die Sowjets die Machtorgane der Arbeiter. In diesen beiden Texten wird die führende Rolle einer revolutionären Partei nicht einmal erwähnt. 1919 kritisiert Lenin, daß „die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung *durch die Werktätigen* sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung *für die Werktätigen* sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die werktätigen Massen selbst.“ (84) Diese Situation ändert sich nicht und führt später dazu, daß die sowjetischen Arbeiter jede Macht verlieren.

In dem „Sechzehn-Punkte-Programm“ (8. August 1966) stellt die KPCh dieselbe Frage, jedoch nicht so eindeutig. Auf der einen Seite wird auf die Form der Pariser Kommune Bezug genommen und gesagt, daß die aus der Kulturrevolution hervorgegangenen neuen Organisationsformen der Massen „Machtorgane der proletarischen Kulturrevolution sind“ (Punkt 9). Andererseits wird gesagt, daß mit den neuen Organisationsformen „sich die Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei selbst erziehen“. Diese beiden Formulierungen sind nur dann nicht widersprüchlich, wenn die Macht sich tatsächlich in den Händen der Massen befindet, wenn die Führung der Partei sich über die Arbeit ihrer aktiven Mitglieder vollzieht und wenn diese Arbeit eine Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit ist und nicht die Praxis einer Autorität, die sich mit Zwangsmitteln durch-

setzt. So heißt es in dem Kommuniqué des ZK der KPCh vom 12. August 1966, „daß der Schlüssel zur erfolgreichen Durchführung (...) darin besteht, auf die Massen zu vertrauen, sich auf die Massen zu stützen, die Massen vollauf zu mobilisieren und die Initiative der Massen zu respektieren“. Folglich müsse man „zuerst Schüler der Massen sein (...)“. Vor den Unruhen darf man keine Angst haben (...). Die zahlreichen Schranken, die errichtet werden, um den Massen die Hände zu binden, sind ebenfalls zu bekämpfen.“

Die Ersetzung der nach dem Muster der Schanghai Kommune gebildeten Revolutionskomitees, die Rolle, die der Volksbefreiungsarmee bei der Wahl der Vertreter der Massen zukommt und die Modalitäten zur Berufung dieser Vertreter in die Revolutionskomitees, all das bedeutet, daß die explizit eingeschlagene Richtung vom August 1966 aufgegeben wird.

Wie wir gesehen haben, fällt diese Aufgabe (85) mit einer Entwicklung zusammen, bei der sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Parteiführung zuungunsten der revolutionären Linie verändert. Sie ist auch auf die Unfähigkeit der Massenorganisationen zurückzuführen, sich untereinander und mit einer großen Anzahl von Kadern zusammenzuschließen und sektiererische Praktiken zu vermeiden. Diese Wendung und diese Praktiken hängen offenbar mit der Vorherrschaft einer bestimmten Vorstellung von der Rolle der Partei zusammen, die ihre Ansichten den Massen vorzuschreiben sucht, anstatt Überzeugungsarbeit zu leisten. Auch die Personalisierung der Kämpfe spielt dabei eine Rolle. Nun sind aber diese beiden Phänomene von der Schwäche der Analysen über den Charakter der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse im Übergang nicht zu trennen, denn von diesen Verhältnissen wird ja behauptet, sie seien „sozialistische“. (86)

Eine solche Behauptung behindert vor allem die Entfaltung langfristiger Kämpfe zur *Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse* (denn diese sollen ja schon „sozialistische“ sein). Sie führt dazu, daß an die Stelle dieser Kämpfe personenbezogene Kämpfe treten. Doch mit deren Entfaltung gewinnen kleinbürgerliche Elemente an Einfluß, während die aus der Arbeiterklasse stammenden politischen Aktiven, die an einer „Postenjährei“ nicht interessiert sind, davon

abgestoßen werden. Diese Situation veranlaßt die Anhänger der revolutionären Linie, sich mal auf die (notwendigerweise unbeständigen) kleinbürgerlichen Elemente zu stützen; ein anderes Mal – um das Chaos zu vermeiden, das bei Eingriffen dieser kleinbürgerlichen Elemente entstehen kann – sich an die Kader der Volksarmee oder an die zivilen Kader zu wenden, was schließlich die revisionistischen Elemente stärkt und die revolutionäre Linie schwächt.

Das sind, meine ich, einige der Momente, die die Grenzen, auf die die Kulturrevolution stieß, erklären, und es sind einige der Gründe für die Niederlage, die die revolutionäre Linie nach Mao Tse-tungs Tod erfuhr.

Das „ideologische Erbe“ und seine aktive Rolle

Die vorhergehenden Bemerkungen verweisen zum Teil auf das „ideologische Erbe“, das aus der degenerierten bolschewistischen Ideologie gegen Ende der dreißiger Jahre stammt. Sie verweisen auch (was die „Personalisierung“ der Kämpfe betrifft) auf das Fortbestehen von Elementen der feudalistischen Ideologie, die sich noch immer auf das heutige China auswirkt.

Doch man muß sich fragen, *warum dieses „Erbe“ weiterhin wirksam ist*. Welches sind die Momente der gesellschaftlichen Verhältnisse und der vorherrschenden gesellschaftlichen Praxis, die erlauben, daß dieses „Erbe“ wirksam wird? Warum wurde die Kritik an den degenerierten Formen der bolschewistischen Ideologie (eine Kritik, die doch schon in einigen Texten von Mao Tse-tung in breitem Umfang eingeleitet wurde) nicht weiter vorangetrieben und warum hat sich nicht *eine aus dieser Kritik hervorgehende andere Praxis durchgesetzt*?

Es ist natürlich nicht leicht, auf so umfangreiche Fragen zu antworten. Hier kann ich nur versuchen, einige Überlegungen anzubieten, genauer, einige Ansatzpunkte für Reflexion und Antwort.

Zu Beginn möchte ich darauf hinweisen, daß einige gesellschaftliche Verhältnisse, deren Fortbestehen den Handlungsspielraum der Linie Mao Tse-tungs eingeschränkt und die revisionistische Gegenoffensive

begünstigt hat, keiner systematischen Kritik und konkreten Infragestellung unterzogen worden sind. Im Zentrum dieser Verhältnisse stehen: die *hierarchischen Beziehungen* (genauer gesagt, die bürgerlichen politischen Verhältnisse) innerhalb des Partei- und Staatsapparats; die *Abgeschlossenheit* zwischen den einzelnen Staatsapparaten; die *Trennung* der Grundorganisationen von der Partei, die sich im allgemeinen nicht untereinander verständigen können und nur mit den höherstehenden Organen in Verbindung stehen. Diese Trennung und diese Abgeschlossenheit verleihen den höhergestellten Organen eine beträchtliche Macht; sie sichern das Fortbestehen von Beziehungen, die für bürgerliche Apparate charakteristisch sind, da sie sich durch *Hierarchie* und *Geheimniskrämerei* auszeichnen. Sie haben zur Folge, daß es für die Volksmassen unmöglich ist, Personen in Ämter einzusetzen und aus Ämtern zu entfernen. Diese können demnach keine Diener des Volks sein, da sie einem Netz von Apparaten angehören, die die Volksmassen beherrschen.

Diese politischen Verhältnisse haben eine ökonomische Basis: es sind die unveränderten kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die ihrerseits wieder auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen einwirken. Sie machen es möglich, daß die *Kontrolle über die Produktionsmittel* auf eine kleine Minderheit beschränkt ist. Die von der Kulturrevolution geforderte Fortsetzung der partiellen Umwandlungen des *unmittelbaren Produktionsprozesses* stieß auf das Hindernis, daß eine *grundlegende Umwandlung des Reproduktionsprozesses fehlte*. Dieser fand im wesentlichen (Festlegung der Akkumulationsrate, Aufteilung der Investitionen nach Bereichen etc.) weiter außerhalb der Kontrolle der unmittelbaren Produzenten statt. Im besten Fall wurden sie zu diesem oder jenem Teilaspekt der Wirtschaftspläne befragt. Die *Trennung* der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln wurde also nur geringfügig infragegestellt, daraus ergibt sich die Reproduktion kapitalistischer Warenverhältnisse.

Das ökonomische Gegenstück zu den *bürgerlichen politischen Verhältnissen* besteht auch in *ungleichen Distributionsverhältnissen*. Hier handelt es sich nicht mehr nur um die acht Lohngruppen, sondern um circa dreißig Einstufungen in der Hierarchie der Versor-

gung. Dabei geht es um Privilegien für die Kader aus Partei und Staat, die mit der Stellung in der Hierarchie steigen. Bei diesen Privilegien handelt es sich vor allem um die Verfügung über ein Dienstauto, um geräumigere und komfortablere Wohnungen und sogar, von einer bestimmten Stufe in der Hierarchie an, um Villen, den Zugang zu Spezialgeschäften (für Kleidung und bestimmte Konsumgüter: Kühlschränke, Radios, Fernseh- und Photoapparate, Plattenspieler etc.). Für zentrale Führungskräfte können diese Privilegien bis zum Besitz mehrerer Villen und zur freien Verfügung über ein Flugzeug für persönliche Zwecke etc. reichen. (87)

Die Privilegien der Kader wurden in den letzten 18 Monaten ganz besonders im Verlauf einer *Dazibao*-Kampagne denunziert, die jedoch nicht ausschließlich die „Vier“ angriff, wie die Leitung es gewünscht hätte. Die *Dazibaos* mit der schärfsten Kritik sind schnell abgerissen worden. (88)

Trotzdem haben sie dazu beigetragen, eine Realität bekanntzumachen, zu der gehört, daß die Kader auf verschiedenen Stufen „legale“ Privilegien genießen und daß sie, entsprechend ihrer Rangordnung in der Hierarchie, in einer *anderen Welt* leben als die Volksmassen.

Andererseits ziehen diese „legalen“ Privilegien „illegale“ Privilegien und Vorteile nach sich, und zwar für all das, was man (vor allem die mittleren Kader) über die „Hintertür“ erhalten kann, wie man in China sagt: die Möglichkeit, sich illegal Villen bauen zu lassen, Vergünstigungen für die Kinder von Kadern (um ihnen den Zugang zur Universität zu beschaffen; um die lokalen Kader aus den Dörfern, in die sie geschickt werden, zu veranlassen, sie nicht zu allzu harter Arbeit heranzuziehen etc.). Man kann unmöglich das Ausmaß dieser „illegalen“ Privilegien ermesen (die eine logische Folge der „legalen“ Privilegien sind), doch wie aus den *Dazibaos* der letzten Monate hervorgeht, sind sie relativ umfangreich, während sie von den staatlichen Apparaten, die eigentlich ihre Existenz verhindern sollten, zugleich bekämpft und toleriert werden. Allerdings genießen die Mitglieder dieser Apparate dieselben Privilegien; sie gehen also nicht sehr entschlossen gegen sie vor.

Schließlich muß hinzugefügt werden, daß die Existenz bürgerlicher

politischer Verhältnisse und einer starken Zentralisierung *die Selbstrekrutierung politischer Führungskräfte* fördert, vor allem, wenn das, was „demokratischer Zentralismus“ genannt wird, so funktioniert, daß der Zentralismus gegenüber der Demokratie bei weitem überwiegt. Diese Selbstrekrutierung kommt unter anderem in der *Eränzungswahl* der Mitglieder des ZK und des Politbüros zum Ausdruck. Sie führt leicht zu „*Cliquenbildung*“ und *Vetternwirtschaft*. Man muß auch sehen, daß das Überwiegen des Zentralismus gegenüber der Demokratie (in bezug auf die Organisationsformen und die politische Praxis) mit dem *Verbot der vollen Meinungsfreiheit innerhalb der KPCh* im Zusammenhang steht. Es kann nicht schaden, sich daran zu erinnern, daß ein solches Verbot in der bolschewistischen Partei erst relativ spät aufgrund einer einseitigen und falschen Auslegung einer Resolution des X. Parteitags (1921) aufgekomen ist. Im Grunde sollte *diese Resolution nicht die freie Äußerung von abweichenden Meinungen verhindern* (89); außerdem war sie als eine *vorübergehende Maßnahme* akzeptiert worden, die nur durch die Erfordernisse des Augenblicks gerechtfertigt war. (90)

Die Existenz bürgerlicher politischer Verhältnisse, zu denen noch ein System von Privilegien hinzukommt, stellt auf jeden Fall eine der *Grundlagen* dar, auf denen sich die degenerierten und veränderten Formen der bolschewistischen Ideologie reproduzieren (die Formen der bolschewistischen Ideologie, die durch die Umwandlung dieser Ideologie in den dreißiger Jahren (91) entstanden sind, dienten in der Sowjetunion dazu, ähnliche Privilegien zu verteidigen). Ich meine, daß diese Existenz bürgerlicher politischer Verhältnisse – *bei gleichzeitigem Fehlen einer Massenbewegung, die diese Verhältnisse radikal infragegestellt* – eine Erklärung dafür ist, warum die von China gegen die „Fehler“ von Stalin gerichtete Kritik *niemals zu Ende geführt und systematisiert werden konnte*.

Hier treten erneut die schon oben gestellten Fragen auf, allerdings in einer anderen Formulierung: *Warum hat es keinen revolutionären Aufschwung der Massenbewegung gegeben, die das System der bürgerlichen politischen Verhältnisse und der Zentralisierung radikal infragegestellt hätte* (und das, obwohl mehrmals Kritiken an diesem

System in breitem Umfang innerhalb der Massen entwickelt worden sind)?

Auf diese Frage kann man nicht nur eine einzige Antwort geben. Ich schlage folgende Teilelemente einer Antwort vor (die allerdings hypothetisch sind und problematisiert werden müssen).

Ein erstes Erklärungselement liegt in der *objektiven Funktion, die das gegenwärtige System in bestimmten Grenzen ausübt*. Diese Funktion besteht grundlegend darin, *eine bestimmte Form der Einheit zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse zu sichern*. Das System kann also nur dann tatsächlich zerstört werden, wenn es durch eine *andere Form der Einheit* ersetzt wird. Man zerstört wirklich nur das, was man ersetzt. Doch *diese andere Form der Einheit kann nur durch die soziale Bewegung selbst entdeckt werden*. Sie kann nicht durch die Theorie „erfunden“ werden. Dazu ist *gesellschaftliches Experimentieren* in Verbindung mit *theoretischer Kritik* unbedingt notwendig. Die Einschränkungen, die in diesem Bereich dem gesellschaftlichen Massenexperimentieren auferlegt wurden, haben verhindert, Formen der Einheit zu entdecken, die die dominierende Rolle der Massenorganisationen sichern könnten, ohne dabei die Möglichkeit auszuschließen, daß eine erneuerte und umgewandelte Partei eine führende ideologische Rolle spielt.

Zweitens muß man erwähnen, daß die Furcht, die die Massen selbst empfanden, angesichts des Zusammenbrechens der bestehenden Form von Einheit, dazu beitrugen, eine radikale Infragestellung der bestehenden politischen Verhältnisse zu verhindern. So konnte die *Schanghaier Kommune* weder aufrechterhalten noch als Beispiel gesetzt werden. Als sie aufgegeben wurde, blieb eine Protestbewegung der Massen aus. Schließlich wurden unter diesen Bedingungen die Revolutionskomitees mehr und mehr zu einer *umgewandelten Existenzform bürgerlicher politischer Verhältnisse*, unter dem Druck des bürgerlichen Klassenkampfs und aufgrund der Reproduktion einer Folge bestimmter *gesellschaftlicher Praktiken*.

Dabei handelt es sich insbesondere um *Führungspraktiken, die mit der Entfaltung einer wirklichen Massendemokratie in Widerspruch stehen*. Die Massendemokratie erfordert wirklich, daß weder die *freie Meinungsäußerung*, noch die *vielgestaltige Organisation* der

Massen behindert wird. Nun bestand aber die Vielfalt der Eingriffsmöglichkeiten der Arbeiter (möglich aufgrund der Vielfältigkeit der „Rebellenorganisationen“ aus den ersten Zeiten der Kulturrevolution: vom Anbringen von Dazibaos, die eine große Vielfalt an Meinungen artikulierten, bis hin zum Erscheinen einer Presse der Rebellenorganisationen, die nicht der Zensur unterworfen war) nur vorübergehend. Die Parteikader, die nicht Gegenstand der Kritik gewesen waren, und selbst solche, die aus der Kulturrevolution hervorgegangen waren, haben diese Eingriffsmöglichkeiten rasch eingeschränkt. Sie ersetzen allmählich die Sprecher der verschiedenen Strömungen, die es unter den Massen gab, durch „Vertreter“ für sie. *Diese „Vertreter“ übernehmen Schritt für Schritt die Einflußbereiche und wurden in die früheren Apparate integriert.* Sie lösten sich so von ihrer Basis, unterzogen diese sich ständig wiederholender *Schliche* und blockierten die Initiative der Arbeiter und die Äußerung von Kritik.

Solche Führungspraktiken stehen im Gegensatz zum Vorwärtsschreiten in Richtung auf den Sozialismus, der eine konsequent durchgeführte Demokratie erfordert. Sie wurden aus Furcht vor dem Zusammenbrechen der Einheit des Reproduktionsprozesses stabilisiert, da ungewiß war, ob neue Formen der Einheit gefunden werden könnten. Stabilisiert wurden sie auch durch die Integration der aus der Kulturrevolution hervorgegangenen Kader in ein System von Privilegien, das nicht grundsätzlich infragegestellt wurde und das ein Teil der Kader zu erhalten suchte, um selbst davon zu profitieren. Die Durchsetzung antidemokratischer Praktiken steht in Widerspruch zur Fortsetzung einer wirklich revolutionären Linie und zu einer Reihe von Leitsätzen Mao Tse-tungs: „Rebellion ist gerechtfertigt“, „Gegen den Strom zu schwimmen, ist ein Grundsatz des Marxismus-Leninismus“. Die benannten Praktiken geben den Analysen Mao Tse-tungs recht, der schon 1964 darauf hinwies, daß die KPCh „von ihrem Wesen“ ebensowenig revolutionär sei wie jede andere Partei und daß eine Partei, die eine revolutionäre Partei gewesen ist, sich immer in ihr Gegenteil verwandeln und eine konterrevolutionäre und faschistische Partei werden könne (92), deswegen müsse die Partei immer darum bemüht sein, ihre Führungsrolle

nicht durch Zwang, sondern durch den ideologischen Kampf zu erhalten, wobei sie andere politische Parteien akzeptieren muß. (93) nalen Zielen empfinden, Aus all diesen Gründen widerspricht das Überwiegen antidemokratischer Praktiken der Forderung nach der Fortsetzung der Revolution. Das weiß man schließlich: die Emanzipation der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Den revolutionären Aufschwung der Massen behindern heißt, sich der Fortsetzung der Revolution entgegenzustellen. So kann sich die Revolution auch nicht weiterentwickeln, wenn der freien Organisation der Arbeiter Hindernisse in den Weg gelegt werden; wenn versucht wird, den Volksmassen und den Parteimitgliedern ein „vereinheitlichtes Denken“ *vorzuschreiben*, wenn dabei diejenigen, die „anders denken“ als die Führungskräfte, verfolgt und unterdrückt werden oder wenn Versammlungen und Diskussionen organisiert werden, auf denen ständig nur das wiederholt wird, was in diesem oder jenem Augenblick als „richtig“ gilt. Die Fortsetzung der Revolution wird auch dann unmöglich, wenn die Massen am Handeln gehindert werden, indem ein Informationsmonopol eingerichtet oder die historische Wahrheit entstellt wird (denn eine solche Entstellung hindert die Volksmassen daran, sich ihre eigene Geschichte anzueignen und bewußt auf die Gegenwart einwirken zu können). Langfristig können diese verschiedenen Hindernisse nur zu Niederlagen im Kampf um den Sozialismus führen; sie widersprechen der Forderung nach Emanzipation der Massen, nach Entfaltung des gesellschaftlichen Experimentierens und der wissenschaftlichen Kenntnisse (94), der allgemeinen Aneignung dieser Kenntnisse und einem auf diesen Kenntnissen begründeten politischen Handeln.

Eine revolutionäre Linie, die diese Erfordernisse nicht achtet (oder ihr keine Achtung verschaffen kann), ist nicht konsequent mit sich selbst. Welche vorübergehenden Erfolge sie auch immer zu erringen vermag, sie ist letztlich dazu verurteilt, eine Niederlage zu erleiden. In China hat diese Niederlage die Form eines Staatsstreichs durch die Anhänger der gegenwärtigen revisionistischen Linie angenommen, mit ihrer „liberalen“ Demagogie und mit ihren trügerischen ökonomischen Versprechungen.

Der gegenwärtige Kurs und seine Perspektiven

Der gegenwärtige Kurs zeichnet sich tatsächlich nicht nur durch Ökonomismus und Produktivitätsorientiertheit aus, sondern auch durch „liberale“ Demagogie. Während die Unterdrückung der Massen und der Revolutionäre in breitem Umfang fortgesetzt wird, ist immer nur von „hundert Blumen“ und sogar von „tausend Blumen“ die Rede. Doch diese „Blumen“ werden vor allem den Intellektuellen (95) versprochen, wenn sie es hinnehmen, im wesentlichen das zu wiederholen, was die Partei sagt. Tatsächlich wird immer wieder gesagt und ständig wiederholt, daß „der Gehorsam gegenüber der Parteiführung für den Sieg des Proletariats notwendig“ sei; auf diese Weise wird der Gedanke (der der Wirklichkeit entspricht) auch schon als Hypothese ausgeschlossen, daß die Partei sich irren und sich sogar in den Händen einer revisionistischen Leitung befinden könnte.

Seltsamerweise ruft die heutige Leitung die alten mumifizierten Parteien (96) in ein fiktives Leben zurück, die niemanden mehr vertreten, da sie keine neuen Mitglieder anwerben und auch keine anwerben können.

Dabei soll der Anschein erweckt werden, als berücksichtige man das, was Mao Tse-tung über die Notwendigkeit einer gegenseitigen Kontrolle der Parteien gesagt hat. Es geht dabei auch und vor allem darum, den früheren Intellektuellen und der alten Bourgeoisie, die von diesen Parteien vertreten werden sollen, Vertrauen einzuflößen.

Während die neue Leitung der KPCh so einerseits versucht, sich mit den Intellektuellen und der alten Bourgeoisie auszusöhnen, verschärft sie andererseits in den Fabriken und den Volkskommunen die Arbeitsdisziplin und beschränkt praktisch den Zugang zu den Universitäten für die Kinder der Arbeiter und Bauern.

All das geschieht im Namen des „wirtschaftlichen Wachstums“, worauf man die Hoffnung der Arbeiter lenkt, auf daß sie bald dessen Früchte ernten würden. Doch die gegenwärtige politische Linie tritt für einen sehr schnellen und umfangreichen Ausbau der „modernen“ Produktionsmittel und für „ausgeklügelte“ Waffensysteme ein, was einen beträchtlichen Akkumulationsprozeß erfordert. Abgesehen von einigen Brosamen werden die „Früchte“, die die Arbeiter ern-

ten, hauptsächlich in einer Arbeitsintensivierung und einer verschärften Unterwerfung unter die Anordnungen der Kader, Techniker und Spezialisten bestehen, und das bedeutet eine Stärkung der Staatsbourgeoisie.

Der wahre Klassencharakter der gegenwärtigen Leitung der KPCh kommt auch in ihrer internationalen Politik zum Ausdruck. Auf diesem Gebiet werden die Folgerungen aus der „Dreiweltentheorie“, wie sie von Deng Xiaoping seit mehreren Jahren entwickelt wurde, immer weiter vorangetrieben. (97) Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn China die Interventionen des französischen Imperialismus in Afrika unterstützt und den reaktionärsten Regimen Hilfe gewährt: Mobutu, Bokassa, Amin Dada in Afrika, Pinochet in Lateinamerika. (98) Die klassenmäßige Bedeutung dieser Unterstützung ist umso schwerwiegender, als sie sich gegen die Interessen von China als Nation richtet. Sie wird tatsächlich von den Völkern als ein Ausdruck der Verachtung gegenüber ihren demokratischen und nationalen Zielen empfunden, und sie trägt dazu bei, das Ansehen des Sozialimperialismus zu fördern, der im ganzen gesehen geschickter vorgeht (obwohl er – an der Seite des äthiopischen Kolonialismus – gegen die nationalen Befreiungskämpfe der Somalis von Ogaden und des eritreischen Volkes vorgeht). Um sich davon zu überzeugen, wie schädlich diese Außenpolitik für China ist, braucht man nur mit *Arbeitern der dritten Welt* zu sprechen, in deren Augen China heute sehr geringes Ansehen genießt.

Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß die heutige internationale Politik ihre Entsprechung in einem *Außenhandel* findet, durch den China immer mehr in den Weltmarkt (99) integriert werden soll. Das bringt die Entfaltung der Produktivkräfte in China in immer größere Abhängigkeit von den Schwankungen dieses Marktes. So kommen zu den Krisenfaktoren, die eine *plötzliche Beschleunigung* des Akkumulationstempos begleiten, weitere Faktoren von außen hinzu.

Die neue Führung der KPCh ist historisch verurteilt. Wie die ganze Geschichte des Revisionismus zeigt, kann sie langfristig nur Niederlagen erleiden. Sie wird also dazu gezwungen sein, immer deutlicher ihr wahres Gesicht zu zeigen. Auch diejenigen werden das erkennen,

die es heute nicht sehen können oder wollen. In Wirklichkeit sitzt diese Führung auf einem Vulkan. Selbst wenn sie an ihre eigenen Versprechungen glaubt, können diese doch nur durch die Ereignisse widerlegt werden. Sicherlich kann die Produktion einige Jahre lang Fortschritte machen, vor allem in den bevorzugten Industriezweigen, aber langfristig werden sich die Widersprüche zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stadt und Land, zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen Akkumulation und Konsumption verschärfen. Denn der Weg, den die heutige Führung der KPCh für China eingeschlagen hat, ist der kapitalistische Weg.

Das chinesische Volk glaubt vielleicht heute in seiner Mehrheit, daß die KPCh es weiterhin auf dem sozialistischen Weg führt und daß die Versprechungen, die ihm gemacht werden, sich auch erfüllen. Das erklärt – zusammen mit den Fehlern der „Vier“ und dem Überdruß gegenüber Zwangsmaßnahmen –, warum ein Teil der Volksmassen die heutige Führung entweder mit Erleichterung oder – wie es manchmal der Fall war – mit ziemlichem Enthusiasmus begrüßt hat. Doch die Dinge werden sich ändern, wenn sich die Verlogenheit der Versprechungen herausstellt. In diesem Augenblick wird das chinesische Volk, das lange siegreich Kämpfe für den Sozialismus geführt hat, das die Erfahrung der Kulturrevolution gemacht hat, das in der Praxis die positiven ökonomischen und politischen Ergebnisse dieser Revolution gesehen hat, das gelernt hat, Autoritäten entgegenzutreten, dieses an Erfahrungen so reiche Volk wird seinen Weg nach vorn wieder aufnehmen.

Man kann nicht vorhersehen, wann und wie das geschehen wird. Bis dahin kann es noch viele Wechselfälle geben, einschließlich neuer Spaltungen innerhalb der Führung der KPCh, in der sich ein Konflikt zwischen der klassischen revisionistischen Linie Deng Xiaopings und der Linie Hua Guofengs anzubahnen scheint, der offensichtlich einige Elemente der Kulturrevolution dem Anschein nach bewahren will. Doch diese Wechselfälle können nur zweitrangig sein. Das chinesische Volk wird entscheiden, und es wird die unverdorbenen Elemente der KPCh an seiner Seite haben.

In der heutigen Situation ist es mehr denn je die Aufgabe der ausländischen Freunde Chinas, an der Seite des chinesischen Volks zu blei-

ben. Ohne sich in seine Angelegenheiten einzumischen, dürfen sie vor allen Dingen nichts tun, was das Ansehen von Führungskräften heben könnte, die China auf einen Weg leiten, der zu Katastrophen führt. Mehr noch. Angesichts der Desillusionierung derjenigen in der übrigen Welt, die sehen – ohne noch zu verstehen warum –, daß die Kulturrevolution negiert wird, und die schließlich am Sozialismus verzweifeln, muß man versuchen zu erklären, wie und warum eine revisionistische Linie sich vorübergehend durchsetzen konnte. Eine solche Erklärung ist um so notwendiger, als sie die Wurzeln der Irrtümer sichtbar machen kann, die von den Anhängern der Mao-Tse-tung-Linie begangen wurden und die zur Niederlage führten. Dieses Wissen ist für alle jene unerlässlich, die für den Sozialismus kämpfen wollen, damit sich die Gefahr, daß sich diese Fehler in ihrem eigenen Land oder anderswo wiederholen, verringert. Diese Erklärungsaufgabe ist lang und komplex. Im letzten Teil dieses Briefes habe ich versucht, einen Anfang zu setzen; doch ich bin mir voll bewußt, daß dies (im besten Fall) nur der erste Schritt einer langen Überlegung ist, an der viele teilnehmen müssen, damit ein Ergebnis erzielt wird. Auf jeden Fall danke ich Ihnen, lieber Neil Burton, daß Sie mich mit Ihrem Brief veranlaßt haben, Ihnen zu antworten und somit einige Elemente schriftlich zu fassen, die ich in diesem Text vorlege.

Paris, den 3. März 1978

- 1 Da dieser Brief veröffentlicht werden soll, werde ich im Text oder in den Fußnoten jene Punkte näher erläutern, die nicht unbedingt allen Lesern bekannt oder nicht mehr in Erinnerung sind. Ich weise also darauf hin, daß die „Vier“ zu den höchsten Instanzen der KPCh gehörten; Wang Hongwen ist seit 1973 stellvertretender Vorsitzender der Partei; Zhang Chunqiao ist Mitglied des ständigen Ausschusses des Politbüros; Yao Wen-yuan und Jiang Qing waren schon 1969 Mitglieder des Politbüros. Sie werden im Oktober 1976 festgenommen, während des Staatsstreichs von Hua Guofeng. Im Juli 1977 werden alle vier „lebenslanglich“ aus der Partei ausgeschlossen.
- 2 Ich werde im folgenden auf diese Frage zurückkommen.
- 2a *Beschluß des ZK der KPCh über die Große Proletarische Kulturrevolution*, in: *Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution*, Peking 1970, S. 146–175
- 3 Maspero, 1973
- 4 New China News Agency (Nachrichtenagentur Neues China; im folgenden N.C.N.A.) 21.5.1977
- 5 Friedrich Engels, *Von der Autorität*, MEW 18, S. 306 f.
- 6 H. BRAVERMANN, *Travail et Capitalisme monopoliste (Arbeit und Monopolkapitalismus)*, Maspero 1976, S. 22, Nr. 1
- 7 Als Marx über die Disziplin schrieb, die den Arbeitern in einer kapitalistischen Fabrik aufgezwungen wird, fügte er hinzu, daß sie „überflüssig wird in einem Gesellschaftszustand, wo die Arbeiter für ihre eigene Rechnung arbeiten (...)“ Karl Marx, *Das Kapital*, MEW 25, S. 93
- 8 *Über das allgemeine Programm für alle Arbeit der Partei und des Landes*, ein unter Leitung von Deng Xiaoping redigierter Text. Vgl. *Mit dem Wesentlichen vor Augen die Kritik an Deng Xiaoping vertiefen*, in *Peking Rundschau* (im folgenden: PR) 35, 1976, S. 5; und *Warum bekämpfte die „Viererbande“ die „20 Punkte“?*, in PR 42, 1977
- 9 Gegen Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre gab es immer wieder „Wettbewerbsbewegungen“ in zahlreichen Fabriken. Aber diese Bewegungen haben nicht die Form einer wirklichen Kampagne angenommen und der von oben ausgeübte Druck spielte nicht die gleiche Rolle wie seit 1977
- 10 N.C.N.A. vom 12.3.1977
- 11 Anfang der 70er Jahre hat man oft gerade den Standpunkt des „gesellschaftlichen Nutzens“ in den Vordergrund gerückt. Diese Auffassung ermöglichte es, die „finanziellen Verluste“ einiger Unternehmen in einem gewissen Rahmen zu tolerieren, insbesondere, wenn diese Einbußen mit Maßnahmen zusammenhingen, die für die Bevölkerung nützlich waren, z.B. in Form eines Kampfes gegen Umweltverschmutzung. Wenn gefor-

dert wird, daß jede Produktionseinheit Profit machen muß, kann nicht mehr davon die Rede sein, die verschiedenen Formen von „gesellschaftlichem Nutzen“, die sich aus dem Betrieb dieser oder jener Produktionseinheit ergeben, zu berücksichtigen.

- 12 N.C.N.A. vom 22.11.1977
- 13 „Aus der bisherigen Darstellungsweise ergibt sich, daß der Stücklohn die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende Form des Arbeitslohns ist.“ Karl Marx, *Das Kapital*, MEW 23, S. 580
- 14 Es gibt wenige Schätzungen bezüglich des Umfangs der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere im entscheidenden Bereich der „Getreideproduktion“, und sie müssen mit Vorbehalten zitiert werden. Die letzten Angaben, die über die Höhe der Produktion von chinesischer Seite westlichen Besuchern gegenüber gemacht wurden, sind meines Wissens nach die über die Ernte von 1974 und belaufen sich auf 274,9 Millionen t. Es handelt sich hierbei um eine Rekordzahl (die übrigen die Knollenfruchternte und womöglich die der Sojabohnen mitrechnet; außerdem ist nicht klar, ob der Reis geschält oder ungeschält gewogen wurde). 1975 wird der Ernteertrag von ausländischen Spezialisten, die sich bei ihren Ergebnissen grundsätzlich auf die Angaben der örtlichen Behörden stützen, auf 280–290 Mio. t. geschätzt. Die öffentlichen Angaben scheinen darauf hinzuweisen, daß die Ernte von 1977 in der gleichen Größenordnung lag. Bei diesen beiden Jahren läßt sich ein Wachstum feststellen, das bestenfalls dem Bevölkerungszuwachs entspricht. Dennoch ist die Getreideproduktion zwischen 1970 und 1975 um 47 Mio. t., bzw. um über 19% angestiegen, was einen außerordentlichen Erfolg darstellt. Außerdem läßt sich beobachten, daß die chinesischen Importverträge für Getreide im Jahr 1977 den Rekord von 11 Mio. t. im Vergleich zu 5 Mio. t. 1975 und 2 Mio. 1976 erreichen (Zahlen aus *Le Monde* vom 10.1.1977, aus *The China Quarterly*, Juni 1976, S. bis 821 und *Est-Oest*, Nr. 4 1977, S. 112).
- Für diejenigen, die behaupten, daß die Jahre zwischen 1965 und 1977 durch eine relativ gleichgültige Haltung der Produktion gegenüber charakterisiert gewesen wären, ist es nicht unwichtig, daran zu erinnern, daß die gesamten in China bewässerten landwirtschaftlichen Gebiete von 35 Mio. ha. 1964 auf ungefähr 55 Mio. ha. 1977 angewachsen sind (1952 betrug der Umfang der bewässerten Fläche 21 Mio. ha.). Vgl. Dwight H. Perkins, „Constraints Influencing China's Agriculture Performances“, in *China: a Reassessment of the Economy*, G.P.O., Washington, D.C., 1975, S. 28 und *Est-Oest*, zit. Artikel, S. 82
- 14a Ich werde im folgenden noch untersuchen, wie diese Probleme vorrangig in Begriffen der „Mechanisierung der Landwirtschaft“ dargestellt werden und aus welchen gesellschaftlichen und politischen Gründen das so ist.
- 15 N.C.N.A. vom 13.10.1977
- 16 Es gibt in dieser Hinsicht natürlich – wie auch bei vielen anderen Punk-

- ten – Widersprüche innerhalb der Führung der KPCh. Daher ist es symptomatisch, daß am 25.12.1977 von der Agentur Neues China (N.C.N.A.) ein Brief von Mao Tse-tung über die Mechanisierung der Landwirtschaft vom 12. März 1966 verbreitet wurde; ein Brief, in dem Mao Tse-tung zwar die Notwendigkeit der Mechanisierung der Landwirtschaft hervorhebt, aber vor Illusionen über ihre Auswirkungen und vor der Tendenz einer exzessiven Beschleunigung des Mechanisierungsprozesses warnt. In diesem Brief erinnert Mao Tse-tung daran, daß es nicht angingen, „die Arbeit spontan beginnen“ PR 52, 1977) und fragt: „Ist die Landwirtschaft in der Sowjetunion nicht schon im großen und ganzen mechanisiert worden? Wieso steckt sie noch in einer Sackgasse? Darüber muß man nachdenken.“ In: PR 52, 1977
- 17 Diese „Erklärung“ der Haltung der Fabrik erinnert unangenehm an die stereotypen Antworten, die im Laufe der 30er Jahre in Rußland denjenigen gegeben wurden, die sich über die schlecht funktionierende Wirtschaft beklagten: Unterbrechung der Materiallieferungen, Qualitätssenkung der Produktion usw. All das wurde auf die „trotzkistische Sabotage“ zurückgeführt, aber 40 Jahre nach der „Liquidierung der Trotzkisten“ tauchen die gleichen Phänomene wieder auf. Bei dieser Gelegenheit lohnt es sich zu erwähnen, daß die Volkskommune Xietuan die Haltung der Fabrik „Roter Osten“ der einer Nähmaschinenfabrik gegenüberstellt, die die fehlenden und angeforderten Stücke sofort liefert. Nun handelt es sich aber merkwürdigerweise um die Nähmaschinenfabrik Nr. 1 von Schanghai, genau da also, wo die vermeintliche „Viererbande“ angeblich am schlimmsten „gewütet“ hatte.
- 18 Es ist auffallend, wie ein solches Vorkommnis von Kadern und Technikern der Kommune zum Anlaß genommen wird, sich von ihren jeweiligen Organen Reisen bezahlen zu lassen und mehrere Tage nicht zu arbeiten, und dies angesichts der immer wieder betonten Aufforderungen, daß die Arbeiter und Bauern ihre Anstrengungen vergrößern müssen. Das wirft ein Schlaglicht auf die Art und Weise, wie sich die Klassenbeziehungen entwickeln.
- 19 Das Problem der Ersatzteile ist nur ein Aspekt der Widersprüche, die aus der rücksichtslosen Beschleunigung der Mechanisierung der Landwirtschaft erwachsen. Diese Widersprüche führen zwangsläufig zu einer *kolossalen Verschwendung* der Maschinen, da diese auf das Land verschickt werden, ohne daß die Bedingungen für einen sinnvollen Einsatz dieser Maschinen gewährleistet ist (in der chinesischen Presse gibt es in dieser Hinsicht zahlreiche Informationen). Ein anderes Problem ist das der Instandhaltung der Maschinen. Und es ist nicht zufällig, daß der Leitartikel der *Renmin ribao* vom 16.9.1977 darauf hinweist, daß die staatlich ausgebildeten Landmaschinenmechaniker nur einen geringen Prozentsatz dessen darstellen, was insgesamt an Personal erforderlich ist.
- 20 Diese Vorstellung mißt der Akkumulation der Ausrüstung mehr Wert zu

als der kollektiven Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Gesamtheit der Arbeiter.

- 21 Die Ertragssteigerungen, die diese Methoden ermöglichen, sind beträchtlich. Ihre Anwendung erklärt (mehr als die Mechanisierung) die Erhöhung der Ernteerträge in anderen asiatischen Ländern. So betrug z.B. 1974 in Japan die Getreideernte 5580 kg/ha im Vergleich zu 1900 kg/ha in China. Bei ungeschältem Reis betrug der Umfang der jeweiligen Erträge 6200 kg und 3509 kg (*Est-Oest*, zit. Artikel, S. 83-85).
- 21a vgl. a. PR 29, 1977, S. 21
- 22 Ich setze mich mit dieser Frage in Band 3 der „*Klassenkämpfe in der UdSSR*“ auseinander, woran ich gerade arbeite.
- 23 Vgl. *Cahiers de la Chine Nouvelle*, Nr. 2748, 1977
- 24 Ich werde in diesem Rahmen nicht ausführlicher analysieren können, inwieweit sich die momentan durchsetzende und hauptsächlich von Deng Xiaoping vertretene revisionistische Linie der der Anfang der 60er Jahre von Liu Shaoqi und seinen Anhängern verfolgten Linie ähnelt und in welchen Punkten sie sich unterscheiden. Der grundlegendste Unterschied besteht meiner Meinung nach in der augenblicklich schwerpunktmäßig betriebenen *Beschleunigung* des Industrialisierungsprozesses und in der den „Vier Modernisierungen“ beigemessenen Bedeutung. Dieser Unterschied hängt offensichtlich mit dem zahlenmäßigen Anwachsen der Staatsbourgeoisie zusammen, die zunehmend ihre Hegemonie gegenüber der alten Bourgeoisie durchsetzen kann. Dieser Unterschied hängt auch mit der Notwendigkeit zusammen, den Widerstand – der nur noch stärker werden kann – einer Arbeiterklasse zu brechen, die durch die Erfahrungen der Kulturrevolution geprägt ist, wozu die Bourgeoisie den Mythos der „Dringlichkeit“ und des „Kampfes gegen die Uhr“ entwickelt. Im Namen dieses „notwendigen Kampfes“ versucht die Staatsbourgeoisie so weit wie möglich die Disziplin zu verstärken und das Arbeitstempo zu steigern. Die Lohnerhöhungen, die 1977 „zugestanden“ wurden, erscheinen in diesem Zusammenhang als ein Mittel, die Arbeiterklasse zu spalten (infolge der für die Lohnerhöhung festgelegten Kriterien) und als ein notwendiges Gegenstück zu der Verschärfung der Arbeitsdisziplin und der Erhöhung der Arbeitsintensität.
- 25 PR, 3.10.1977
- 26 Am 27.11.1977 von Radio Peking gesendet.
- 27 N.C.N.A., 21.9.1977
- 28 Diese wichtigen Beiträge von Zhang anzuerkennen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Analysen in einigen Punkten schwach sind (sie zeigen die Grenzen, an die die Entwicklung des Marxismus in China objektiv gestoßen ist). Eine dieser Schwächen ist die Unfähigkeit, die Perspektive einer wirklichen *gesellschaftlichen Aneignung* auf der Grundlage der revolutionären Veränderung der Produktionsverhältnisse aufzuzeigen. Anstatt dieser Perspektive wird eine *Verallgemeinerung des Staatseigen-*

- tums (das fälschlicherweise als das „Eigentum des gesamten Volkes“ bezeichnet wird) vorgeschlagen, obwohl dieses nur die Trennung der direkten Produzenten von ihren Produktionsmitteln weiterführt. Ebenso erkennt Zhang nicht, daß, sobald das Staatseigentum die beherrschende Rolle spielt, die wesentliche Gefahr einer kapitalistischen Entwicklung in der Entwicklung bürgerlicher Verhältnisse im Bereich des Staates und nicht in der kleinen Warenproduktion zu suchen ist.
- 29 PR 1, 1978
- 30 Vgl. PR 45-52, 49, 50, 51, 52, 1977
- 31 PR vom 26.12.1977, S. 11 u. PR 52, 1977, S. 11
- 32 PR 1, 1978, S. 12
- 33 Die genannten Zahlen stehen in einem Artikel des *China Quarterly* vom Juni 1977, S. 362-364 und S. 382
- 34 Vgl. U.S.C.I.A., *People's Republic of China: Handbook of Economic Indicators*, August 1976, S. 1, zitiert nach *Est-Ouest*, Nr. 4, 1977, S. 97. Demselben Bericht zufolge ist die Traktorenproduktion (in 1000 Einheiten zu 15 PS) innerhalb dieser zehn Jahre von 23,9 auf 180 und die Produktion von Handelsschiffen von 50 600 auf 335 600 Bruttoregister-tonnen angestiegen.
- 35 s. Anm. 33
- 36 Der von den roten Garden verteilte Text steht in Nr. 1 (November 1972) der Zeitschrift *Kommunismus*, S. 95 und in Mao Tse-tung, *Texte*, 1949-1958, Editions du Cef, Paris, 1975, S. 190.
- Die Rote-Garde-Organisation „Der Sonne entgegenblickend“ der Lehrer und Arbeiter der Wirtschaftsabteilung der Peking Universität hat diesen Text erstmals am 22. Dezember 1966 gedruckt und verbreitet. Die erste englische Übersetzung erschien in *Current Background* Nr. 892 vom 21. Oktober 1969, S. 21-35.
- 37 *Die Zehn Großen Beziehungen*, Peking 1977, S. 17
- 38 Artikel von Wu Qiang in der *Renmin ribao* vom 17. September 1977
- 39 Diese Bemerkung scheint mir besonders wichtig im Hinblick auf die Linie, die zwischen 1966 und 1976 praktiziert wurde. Die tatsächliche revolutionäre Linie dieser Jahre ist sehr stark dadurch geprägt, daß die konsequentesten revolutionären Führer (das heißt an erster Stelle Mao Tse-tung) relativ stärker isoliert waren, als man lange Zeit gemeint hatte. Sie haben ihren Standpunkt nur partiell durchsetzen können, da sie darauf angewiesen waren, sich auf extrem unterschiedliche und sich auf mit den einzelnen Phasen verändernde gesellschaftliche und politische Kräfte zu stützen; z.B. auch auf die radikalsten Elemente der Kleinbourgeoisie in den ersten Monaten der Kulturrevolution, danach auf einen Teil der Volksbefreiungsarmee usw. usf. (Vgl. auch in diesem Zusammenhang die Anmerkung 80, S. 103).
- 40 Vgl. *Bericht des 17. Parteitag*s (russ.), Moskau 1934, insbesondere S. 33 und S. 619; vgl. Josef Stalin, *Rechenschaftsbericht an den XVII. Par-*

- teitag*, in: Stalin, *Fragen des Leninismus*, Moskau 1947, S. 578
- 41 PR 38, 1976, S. 7 f
- 42 a.a.O., S. 15
- 43 a.a.O., S. 15
- 44 a.a.O., S. 16
- 45 Vgl. PR 40-41, 1976, S. 5; vgl. auch den Ablauf der Ereignisse dieser Zeit in A. Bouc, *La Rectification* (Die Berichtigung), Paris 1977, S. 159 ff; und Chen Ying-Hsian und Claude Cadart, *Les Deux Morts de Mao Tse-tung* (Die zwei Tode Mao Tse-tungs), Paris 1977, S. 97 ff. In diesen beiden Büchern werden übrigens Standpunkte vertreten, die von meinem (und auch untereinander) sehr verschieden sind.
- 46 Vgl. Chen Ying-Hsian und Claude Cadart, a.a.O., S. 98
- 47 Bestenfalls hat sich ein Teil des ständigen Komitees des Politbüros versammeln können.
- 48 Wie K. S. Karol anmerkt; in seinem Beitrag mit dem Titel „Da Teng a Teng. Tre anni di lotta politica in Cina“ in *Quale Cina dopo la Rivoluzione culturale*, Quaderno No. 6 von *Il Manifesto*, S. 46
- 49 Vgl. PR 43 und 44, 1976
- 50 Am 29. Oktober veröffentlicht *Jiefang jun bao* einen Artikel mit dem Titel: „Der Genosse Hua Guofeng ist der unbestrittene Führer unserer Partei“. Wenn etwas so betont werden muß, dann ist es sicherlich nicht für alle offensichtlich.
- 51 Übrigens, wäre diese Kampagne nicht verlogen, was müßte man den „Vier“ vorwirft, ohne daß je Protest laut geworden wäre?
- 52 Die Rede, die Hua am 24. November anläßlich der Grundsteinlegung zum Bau des Mao Tse-tung-Mausoleums hielt, enthält keine Kritik mehr an Deng.
- 53 PR 15, 1976
- 54 PR 31, 1977
- 55 Einige dieser Hinrichtungen wurden offiziell im Radio und auf Plakaten angekündigt, die von den Behörden angebracht worden waren. Von anderen weiß man durch die *Dazibaos* oder weil man Lastwagen gesehen hat, auf denen zum Tode Verurteilte transportiert wurden, die ihr Urteil auf einem Schild um den Hals trugen. Dies ging so weit, daß von offizieller Seite darauf hingewiesen werden mußte, es könnte vorteilhafter sein, einige Hinrichtungen aufzuschieben. Es wird schwerfallen, mit Sicherheit behaupten zu wollen, daß es zur Zeit des Kampfes gegen die Rechtsabweicher weniger Hinrichtungen gegeben hat. Doch trotz allem was heute gesagt wird, scheint das der Fall zu sein. Wenn die Rechten heute überall leitende Positionen zurückerobert, beweist das immerhin, daß sie lediglich von ihrer Verantwortung enthoben waren. Außerdem stand die Linie Mao Tse-tungs im Widerspruch zu Massenhinrichtungen von Konterrevolutionären. So schreibt Mao in der Schrift *Die zehn großen Beziehungen*: „Welchen Schaden bringt es, Leute nicht hinzurichten? Jene, die

- durch Arbeit umerzogen werden können, sollten sich ihr unterziehen, so daß Abfall in etwas Nützliches verwandelt werden kann. Außerdem sind Köpfe nicht wie Schnittlauch. Wenn man sie abschneidet, werden sie nicht wieder nachwachsen. Wenn man irrtümlich jemanden köpft, so gibt es keinen Weg, den Fehler zu berichtigen, selbst wenn man wollte. Wenn die Regierungsbehörden in ihrer Arbeit, Konterrevolutionäre zu unterdrücken, eine Politik verfolgen würden, niemanden hinzurichten, so würde das uns nicht davon abhalten, die Konterrevolution ernst zu nehmen.“ (Zit. n. *Mao Tse-tung unrehearsed. Talks and Letters: 1956-71*. Hrsg. von Stuart Schram, London 1974, S. 79)
- 56 Direktor dieser Abteilung wird im Dezember 1977 Hua Yaobang, der früher als Generalsekretär der Liga der kommunistischen Jugend während der Kulturrevolution für seine revisionistische Einstellung hart kritisiert worden war.
- 57 *Renmin ribao* vom 12. Dezember 1977
- 58 Vgl. den Artikel von Alain Jacob in *Le Monde* vom 13.1.1978
- 59 Muß daran erinnert werden, daß Hua Guofeng in dem Augenblick seiner Ernennung zum vorläufigen stellvertretenden Vorsitzenden (Februar 1976) den Vorschlag gemacht hatte, die Kritikkampagne an Deng Xiaoping unter der Führung der Partei einzuleiten? Dies berichtet die Tageszeitung der Armee am 8. November 1976; auf dem XI. Parteitag spricht Hua natürlich nicht mehr darüber (vgl. *Quale Cina* a.a.O., S. 42–43).
- 60 Walter Aschmoneit entwickelt diesen Gedanken in seinem Artikel *China: Die Privilegierung der Intelligenz*, in: *Berliner Hefte*, Januar 1978, S. 27 ff.
- 61 Wie W. Aschmoneit richtig bemerkt: „Was weiß man über die Differenzierung in der Arbeiterschaft außer der Existenz von acht Lohngruppen; wie viele Arbeiter haben welche Qualifikation; wie ist die Rolle der Saisonarbeiter einzuschätzen; in welchem Verhältnis stehen die Arbeiter in den städtischen Großbetrieben zu ihren Kollegen in den ländlichen Werkstätten und kleinen und mittelgroßen Betrieben etc.? (a.a.O., S. 32)
- 62 W. Aschmoneit schreibt, daß man praktisch nicht weiß, welche Auswirkungen die nach der Errichtung der Volkskommunen erfolgten Veränderungen im Produktionsprozeß auf die soziale Differenzierung auf dem Land gehabt haben.
- 63 Und selbst damals war diese Einteilung nicht neu, denn sie bezieht sich im allgemeinen auf gesellschaftlichen Differenzierungen, die vor der heute 25 Jahre alten Landwirtschaftsreform gültig waren.
- 64 Vgl. *PR* 16, 1976, S. 3
- 65 *PR* 35, 1977, S. 31
- 66 Wenn ehemalige Kader, die ausgeschaltet wurden, denunziert werden sollen, weil sie auf „falsche“ Art gedacht haben, wird ebenfalls meistens auf Stereotypen zurückgegriffen. Sie werden fast alle beschuldigt, „Spione“ oder „Geheimagenten“ gewesen zu sein. Mit diesen Bezeichnungen

hat Jiang Qing während der Kulturrevolution zahlreiche Schriftsteller und Künstler beschuldigt und damit wird sie nun ihrerseits beschuldigt. Wieder einmal „klebt man Etiketten an“ anstatt eine konkrete Analyse zu erstellen. Die Wiederholung einer solchen Vorgehensweise bedeutet für die Volksmassen, daß ihnen keine Erklärung gegeben, sondern jede Erklärung verwehrt wird. Man macht ihnen die eigene Geschichte *unverständlich* und man versucht, ihnen ihr *historisches Gedächtnis zu entreißen*, d.h. sie zu *entwaffnen*, indem man verkürzte oder verfälschte Dokumente verwendet oder Photos retuschiert. Hier handelt es sich nicht mehr um das Fehlen einer Analyse, sondern um eine Verachtung der Volksmassen.

- 67 Dieser Vorstoß entwickelt sich ab Sommer 1966. Ihm war ein intensiver ideologischer Klassenkampf vorausgegangen, in dem Studenten und junge Arbeiter die Rolle einer *Avantgarde* gespielt hatten. Bei Fabrikbesichtigungen im Sommer 1967 haben mir Mitglieder der Revolutionskomitees mehrmals erklärt, daß sich die Mehrheit der Arbeiter zu Beginn der Kulturrevolution nicht direkt betroffen gefühlt und oft sogar die Studenten und jungen Arbeiter aus anderen Fabriken, die mit ihnen diskutieren wollten, zurückgeschickt hätte. Erst im Anschluß an eine intensive Propagandarbeit haben sich die breiten Arbeitermassen Schritt für Schritt in Bewegung gesetzt. Auf diese Dialektik habe ich Maria Antonietta Macciocchi aufmerksam gemacht. Sie gibt das, was ich ihr gesagt habe, so wieder, als sei die Kulturrevolution in meinen Augen keine wirkliche Massenbewegung gewesen, sondern „der ideologische Versuch einer Avantgarde, ihren Kurs (anderen) aufzuzwingen und demzufolge der Ursprung einer neuen antibürokratischen Bürokratie“. (vgl. M.A. Macciocchi: *Après Marx, avril (Nach Marx, April)*, Seuil, Paris 1978, S. 26f. Es ist klar, eine Avantgarde, die sich „aufzwingen“ will, hätte niemals eine Massenbewegung auslösen können, wie sie die Kulturrevolution darstellte.
- 68 Umfangreiche und komplexe Analysen wären erforderlich, um die Gründe für diese Unfähigkeit aufzudecken; Analysen, die ich hier nicht vornehmen kann und für die mir im übrigen das Grundlagenmaterial fehlt. Es handelt sich dabei um Faktoren, die zugleich gesellschaftlich, ideologisch und politisch sind. Auf einige werde ich später eingehen. Ideologisch gesehen stehen diese Faktoren in Zusammenhang mit einem sehr unvollständigen Bruch mit den antimarkistischen Anschauungen der Stalin-Ära.
- 69 W. Aschmoneit, a.a.O., S. 30
- 70 Dabei handelt es sich nicht unbedingt immer um einen „auf dem Verwaltungsweg ausgeübten Zwang“, sondern um „gesellschaftlichen Druck“.
- 71 Von dem mehr oder weniger freiwilligen Fortzug der Jugendlichen auf Land waren nicht nur die Kinder von Intellektuellen, sondern auch die von Arbeitern betroffen.

- 72 Im letzten Teil des II. Bandes der *Klassenkämpfe in der UdSSR* (Seuif/Maspero) analysiere ich den Umwandlungsprozeß der bolschewistischen Ideologie. Hier fehlt mir der Platz, um darauf einzugehen.
- 73 Vgl. die Ausführungen von W. Aschmoneit zu diesem Punkt, a.a.O., S. 31
- 74 Dieses Dokument trägt das Datum vom 17. November 1966; es wurde vom *Journal der Roten Garden* des Instituts für Luftfahrttechnik in Peking am 23.12.1966 veröffentlicht. (Vgl. C.C.P. *Documents of the Great Cultural Proletarian Revolution*, Union Research Institut, Hong Kong, 1966, S. 133)
- 75 Der Ablauf der Ereignisse wird in dem Buch von K.S. Karol, *La Deuxième Révolution chinoise* (Die zweite chinesische Revolution), R. Lafont, Paris 1973, S. 238 ff., beschrieben.
- 76 a.a.O., S. 240–241
- 77 Leitartikel aus *Wenhui bao* (vom 6.2.1967), der wichtigsten Zeitung der Stadt. Zit. nach K. S. Karol, a.a.O., S. 250 f.
- 78 Vgl. a.a.O., S. 253–255; längere Passagen dieser Rede sind in *Survey of the China Mainland Press*, Nr. 4147, abgedruckt; vgl. auch: Mao Tse-tung *Le Grand Livre Rouge (1949–1971)*, Flammarion, Paris 1975, S. 224 ff. Auf deutsch lautet der Originaltitel dieses Werkes *Mao Intern*, (hrsg. von Helmut Martin) Carl Hanser Verlag, München 1974
- 79 Vgl. Jean Daubier: *Histoire de la Révolution culturelle* (Geschichte der Kulturrevolution) Maspero, Paris 1970, S. 289 ff
- 80 Wie man weiß, haben die konsequentesten Führungskräfte der revolutionären Linie sich ständig auf verschiedene ideologische und politische Richtungen stützen (und mit ihnen Kompromisse eingehen) müssen; denn sie befinden sich in der Minderheit und es gelang ihnen nicht, dieses Verhältnis zu verändern. So teilt Mao Tse-tung in seinem Brief vom 8. Juli 1966 Jiang Qing mit, daß er angesichts der Kräfteverhältnisse nicht umhin könne, sich auf Lin Biao (und damit auf die Volksbefreiungsarmee) zu stützen, obwohl er mit ihm wichtige Meinungsverschiedenheiten habe. Er schreibt: „Mein Freund (so bezeichnet Mao ironischerweise Lin Biao) und seine Anhänger haben mich gezwungen. Offenbar bleibt mir keine Wahl, ich muß ihnen zustimmen.“ Er fügt sogar hinzu: „Zum ersten Mal in meinem Leben stimme ich bei einem wesentlichen Problem gegen meinen Willen den anderen zu. Das nennt man, die Richtung ändern, ohne es zu wollen.“ (zit. nach *Le Monde* vom 2.12.1972). Diese relative Isolierung der revolutionären Führungskräfte wurde auf dem IX. Parteitag der KPCh nicht überwunden. Nach dem Sturz von Lin Biao veranlaßt diese Situation die revolutionären Führungskräfte, sich mit den zivilen Kadern zu verständigen, die der Kulturrevolution alles andere als positiv gegenüberstehen. Diese Kader stellen die gesellschaftliche und politische Basis dar, auf die sich Hua Guofeng später bei seinem Staatsstreich stützt.
- Ich will versuchen, einige der ideologischen Gründe zu analysieren, die

diese relative Isolierung der konsequentesten und hervorragendsten Führungskräfte der revolutionären Linie herbeigeführt haben; die *gesellschaftliche Basis* für eine solche Situation lag zweifellos an der spezifischen Schwäche des *chinesischen Proletariats*. Die politisch Aktiven des Proletariats, vor allem unter den jungen Arbeitern, bildeten eine Basis, auf die sich die revolutionäre Linie stützen konnte (und sie hat es bis zum Schluß getan). Doch diese Basis war zahlenmäßig schwach; von daher ergab sich die Notwendigkeit, mit kleinbürgerlichen Strömungen verschiedene Formen von Übereinkommen zu suchen. Die Notwendigkeit dieser Übereinkommen und die Bedingungen, unter denen sie getroffen wurden, haben die Entwicklung radikalerer theoretischer Positionen in gewissem Grade gebremst.

81 zit. bei K.S. Karol, *La Deuxième Révolution chinoise*, a.a.O., S. 242

82 a.a.O., S. 248

83 In der Tat haben die Führungskräfte der Volksbefreiungsarmee einige Jahre lang eine entscheidende Rolle gespielt. Zweifellos vertreten einige Kommandeure revolutionäre Positionen und haben wirklich der Linken geholfen, doch waren diese Kommandeure nicht in der Mehrheit. Von allen Apparaten wurde die Volksbefreiungsarmee von der revolutionären Umgestaltung am wenigsten betroffen. Zwischen 1960 und 1965 gab es in der Armee zwar eine Bewegung zum Studium des Marxismus, doch stellte, nämlich schematisch und stereotyp, was sich auf die Dauer eher negativ als positiv auswirkte. Der Stand der Kräfteverhältnisse hat es der revolutionären Linie nie erlaubt, das Problem der revolutionären Umgestaltung der Volksbefreiungsarmee wirklich anzugehen. 1967 hoffte Mao noch, daß sie sich durch ihre Eingriffe in die Kulturrevolution selbst erziehen werde (vgl. Jean Daubier, a.a.O., S. 293). Die Ereignisse haben gezeigt, daß das nicht der Fall war. Das Oberkommando der Volksbefreiungsarmee hat schließlich die revisionistische Linie unterstützt. Im übrigen konnte die Linke den Versuch, Arbeitermilizen zu errichten, nicht weit genug vorantreiben. Heute sind die Milizen praktisch entlawfnet und stehen unter der Kontrolle der Volksbefreiungsarmee. Außerdem taucht wieder die antimarxistische Bezeichnung auf, nach der die Volksbefreiungsarmee der „Pfeiler der Diktatur des Proletariats“ sei.

84 Lenin, *Bericht über das Parteiprogramm*, 19.3.1919, LW 29, S. 169

85 Nachdem die politische Form der Schanghai Kommune aufgegeben wurde, kam es wiederholt zu Spannungen in Zusammenhang mit der Frage, welche Rolle der Partei und welche Rolle den Massen zukomme; diese Spannungen führten jedoch nicht zu einer wirklichen Veränderung der Beziehungen (aus denselben Gründen wie 1967). So vertreten viele chinesische Arbeiter den Leitsatz: „Wir wollen die Herren des Staates, der Fabriken sein und nicht die Sklaven der Produktion und der Arbeit.“ Sie werden daraufhin von den Anhängern der revolutionären Linie unterstützt. Heute nach dem Staatsstreich gilt diese Parole als „reaktionär“.

(vgl. den Artikel von P. Tissier, *La Ligne economique de la nouvelle direction chinoise pendant l'annee 1977* (Die ökonomische Linie der neuen chinesischen Führung im Jahr 1977), in *Communisme*, November 1977–Februar 1978, S. 68 ff)

- 86 Ich habe hier nicht den Platz, um dieses wichtige Problem zu behandeln. In aller Kürze: die Schwäche dieser Analysen ist darauf zurückzuführen, daß die KPCh jene antimarxistischen Auffassungen nicht infrage gestellt hat, die von der bolschewistischen Partei in den dreißiger Jahren entwickelt wurden. Diesen Anschauungen entsprechend wären das Staatseigentum und das Eigentum der Kolchosen zwei Formen des „sozialistischen Eigentums“. Dieser Begriff hat jedoch keinerlei Gültigkeit. Er bezeichnet keine Veränderung in den Produktionsverhältnissen. Ebenso würde die Revolution nach den Auffassungen der bolschewistischen Partei aus den dreißiger Jahren den Bestand einer Macht sichern, die grundsätzlich auf „proletarischen politischen Verhältnissen“ beruhe; eine Vorstellung, die die Existenz eines von den Massen getrennten und also bürgerliche politische Verhältnisse reproduzierenden Staatsapparats verschleierte. Kritisiert man also diese Anschauungen nicht, ist man unfähig, der Massenbewegung anzugeben, welches ihre wirklichen Ziele sein müssen. Zu dieser Frage vgl. auch den Artikel von B. Fabregues, *Questions sur la theorie du socialisme* (Fragen über die Theorie des Sozialismus), in *Communisme*, November 1977–Februar 1978, S. 40 ff, s. vor allem S. 45–49.
- 87 Daß es diese Privilegien gibt, kommt in dem Buch von Roxane Witke über die Biographie von Tschiang Tsching klar zum Ausdruck (vgl. R. Witke, *Genosin Qiang Qing*, Piper Verlag, München 1977). Dabei handelt es sich jedoch nicht um „persönliche“ Privilegien. Alle Führungskräfte derselben Rangordnung beziehen sie. Heute möchte die neue Leitung glauben machen, daß nur die „Vier“ sich dieser Privilegien erfreuten. Man weiß genau, daß das nicht stimmt, und daß Deng Xiaoping nicht zögert, mit dem Flugzeug aus Peking Freunde kommen zu lassen, mit denen er Bridge spielen will.
- 88 Es ist bezeichnend, daß in den Diskussionen über die „Einschränkung des bürgerlichen Rechts“ und die Anwendung des Prinzips „jedem nach seiner Arbeit“, die in den verschiedenen „Einheiten“ (Fabriken, Werkstätten, Schulen etc.) durchgeführt wurden, vor allem die Probleme der acht Gruppen des Arbeitslohns, der Prämien etc. behandelt wurden, daß aber die Frage der erhöhten Bezüge der Funktionäre des Staats (die mehr als zehn mal so viel verdienen können wie ein junger Arbeiter) – den Informationen zufolge – niemals Gegenstand einer Debatte waren, auch in den Jahren nicht, in denen die Diskussionen auf „breitester Ebene“ geführt wurden.
- 89 Zu diesem Artikel vgl. Charles Bettelheim, *Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Band I, 1917–1923*, Oberbaumverlag, Berlin 1975, S. 332

- 90 Einschränkungen der Meinungsfreiheit, der Information und der Diskussion (in der Partei und in der gesamten Gesellschaft), zum Schutz des revolutionären Charakters der Macht getroffen, verwandeln sich generell sehr schnell in ihr Gegenteil. Sie fördern nicht nur die Cliquenbildung, das Auftreten von Korruption und Vetternwirtschaft, sondern die begünstigten, was noch viel schwerwiegender ist, die Machtergreifung durch die Staatsbourgeoisie. Führt diese einen Staatsstreich durch, so kann sie leicht die der Demokratie auferlegten Einschränkungen aufgreifen, um damit die Revolutionäre zu unterdrücken. Die Erfahrungen Chinas – nach denen in der UdSSR – lassen heute keinen Zweifel mehr an diesem Sachverhalt.
- 91 Zum Problem der Umwandlung der bolschewistischen Ideologie siehe *Les Luites de classes en U.R.S.S., Deuxieme periode 1924–1930*, Seuil Maspero, Paris 1977, S. 335 f.
- 92 Dieser Gedanke wird 1964 ganz eindeutig in der Schrift *Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt* formuliert; in: *Die Polemik über die Generallinie der Internationalen Kommunistischen Bewegung*, Peking 1965, S. 532
- 93 In seiner Schrift *Über die richtige Lösung der Widersprüche im Volk* (1957) betont Mao Tse-tung, daß man „zwar die Äußerung falscher Ideen verhindern könne“, „die falschen Ideen aber doch weiter bestehen“ blieben und daß „der Marxismus sich nur im Kampf entwickeln“ könne (vgl. Mao Tse-tung, *Vier philosophische Monographien*, Peking 1968, S. 128 ff). Er betont auch in dieser Schrift, daß „es für eine Partei ebenso wie für eine Einzelperson sehr notwendig ist, Meinungen Andersdenkender zu hören“, daß „die gegenseitige Kontrolle unter politischen Parteien notwendig“ sei und daß man von daher „die Kontrolle (der demokratischen Parteien) über die kommunistische Partei zulassen“ müsse (a.o., S. 134).
- 94 Solche Hindernisse stehen in der Tat im Gegensatz zu dem, was Marx die „freie und wissenschaftliche Forschung“ nennt, deren Gegner, wie Marx betont, äußerst zahlreich sind (Vorwort zur ersten Ausgabe des *Kapital*).
- 95 Die „hundert Blumen“, von denen die Rede ist, sind natürlich nur Fassade. Sie sollen vor allem die intellektuellen täuschen, denen einige geringfügige „Zugeständnisse“ gemacht werden. Zum Teil entsprechen diese „Zugeständnisse“ den Anforderungen der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung, auf die sich die revisionistische Linie verläßt, doch sie können nur begrenzt sein. Tatsächlich stehen Zugeständnisse in Widerspruch zu dem Respekt vor der Autorität und der Hierarchie, auf den die Anhänger der revisionistischen Linie ständig hinweisen. Doch diese „liberalen Zugeständnisse“ können sich vor allem deshalb nicht entfalten, weil sie nicht mit der Repression vereinbar sind, die die revisionistische Linie gegenüber jenen Arbeitern und Kadern ausübt, die ihre Vergangenheit nicht verleugnen wollen. So ruft die *Renmin ribao* am 13. Februar 1978

dazu auf, all die Kader anzugreifen, die keine „entschlossene Stellungnahme im Kampf gegen die Viererbande beziehen“, damit sie „ihre Selbstkritik anpacken und ihre Fehler offen bekennen“. Die Zeitung steht damit übrigens ihre Befürchtung ein, die Kader würden „unvermeidlich“ zu Anstiftern (politischer) Unruhen werden, falls sich der geeignete Zeitpunkt einstellen sollte (zit. n. *Le Monde* vom 17.2.1978).

96 So wurde am 27. Dezember 1977 zum ersten Mal seit Jahren eine erweiterte Sitzung des nationalen Komitees der IV. politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes einberufen, an der die „demokratischen Parteien“ teilnehmen. (vgl. *PR* 1, 1978, S. 3.)

97 Es geht hier um das Konzept der „Dreiweltentheorie“. Eine Diskussion über diese Frage zu eröffnen, würde sehr viel Platz erfordern. Es muß hier jedoch betont werden, daß diese Theorie keine wissenschaftliche Basis hat. Sie stimmt mit keiner Realität überein. Sie geht irrtümlich von der Annahme aus, daß zwischen der „zweiten“ und der „dritten“ Welt die Einheit stärker sei als der Widerspruch, was durch die Erfahrungen der vergangenen und der gegenwärtigen Geschichte widerlegt wird. Diese zeigt viel mehr, wie tief die Konflikte zwischen zahlreichen Ländern der „zweiten“ und der „dritten“ Welt sind (und welche scharfen Konflikte es zwischen bestimmten Ländern der „dritten“ Welt geben kann). Geschichte und Gegenwart zeigen auch, wie groß die Abhängigkeit der meisten Regierungen dieser „Welten“ von der einen oder der anderen der beiden Supermächte ist. Wie ich schon sagte, kann die „apodiktische Behauptung“, diese Theorie ginge auf Mao Tse-tung zurück, dieser Theorie keinen wissenschaftlichen Wert verleihen; einer Theorie, die die Klassenwidersprüche totschweigt und die nur von Widersprüchen zwischen Ländern spricht. Im übrigen ist dieses Argument in sich unbegründet. Es gibt keinen Text von Mao Tse-tung zu diesem Thema. Diese „Theorie“ wird zum ersten Mal offiziell von Deng Xiaoping in seiner Rede vor der UNO vertreten.

98 Am 21. Oktober 1977 erklärte der Botschafter der Volksrepublik China in Chile, sein Eindruck von Chile und „von seinem Staatschef“ seien „ausgezeichnet“ (*El Mercurio* und *La Tercera* vom 21.10.1977).

99 Auf diese Weise verliert China allmählich seinen Stellenwert als Beispiel für ein Land, das sich aus eigener Kraft entwickeln kann.

Brief von Charles Bettelheim an die Französisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft, in dem er seinen Rücktritt vom Vorsitz mitteilt

An
Hélène und Joseph Marchisio
16, rue Gabriel-Péri
92120 Montrouge

Paris, den 11. Mai 1977

Liebe Freunde,

wie Ihr wißt, haben mich die Ereignisse nach dem Tod des Vorsitzenden Mao zutiefst beunruhigt. Ebenso wie viele andere Freunde Chinas mache ich mir aufgrund der Verhaftung der vier Parteiführer, die während der Kulturrevolution eine zentrale Rolle gespielt und – wohl mit Ausnahme Jiang Qings – das Vertrauen Mao Tsetungs genossen haben, große Sorgen um die Zukunft des Sozialismus in China.

Die Anklage des versuchten Staatsstrechs, die den „Vier“ zur Last gelegt wird, ist nicht überzeugend. In der Regel behaupten diejenigen, die den Staatsstreich tatsächlich durchführen, von ihren Gegnern, die sie beseitigt haben, diese hätten gewaltsam die Macht ergreifen wollen.

Was die politischen Konsequenzen dieser Ereignisse betrifft, so sind meine Bedenken um so größer, als zwei der Verhafteten, Yao Wen-yuan und Zhang Chunqiao einen wichtigen, wenn auch unzureichenden Beitrag zur Analyse der Klassenbasis, die den Tendenzen der kapitalistischen Restauration in China zugrundeliegt, geleistet haben.

Vor der Äußerung einer eigenen Stellungnahme schien es mir jedoch unerlässlich – was auch immer meine Sorgen und Bedenken waren –, die Argumente der neuen Parteileitung und die tatsächlich von ihr verfolgte politische Linie abzuwarten.

Das, was in den sechs Monaten seit den Ereignissen im Oktober 1976 geschah, hat meine Befürchtungen leider verstärkt.

Die Art und Weise, wie die „Kritik“ gegen die „Vier“ geführt worden ist und geführt wird, hat nichts mit den Lehren des Vorsitzenden Mao gemein. Alles, was bisher veröffentlicht worden ist, läßt keinerlei marxistische Analysen erkennen, es handelt sich dabei vielmehr um Verleumdungen und üble Nachrede, deren niedriges Niveau die Unfähigkeit der gegenwärtigen Führung der KPCh zum Ausdruck bringt, eine ernsthafte Kritik dessen zu leisten, was die politische Linie der Vier möglicherweise war.

In der gegen die „Vier“ geführten Kampagne finden sich Anklagen, die sich direkt gegen die Praktiken der gegenwärtigen Leitung selbst richten. So kann man lesen, daß die „Vier“ Pressephotos verfälscht hätten, was beweise, daß sie „gleichzeitig üble Verschwörer und Arrivisten seien, die alle unter einer Decke steckten, um die Partei und Staatsmacht an sich zu reißen“ (Xinhua Nachrichten vom 27. März 1977). Natürlich ist es richtig, die „Verfälschung“ von Fotos und jede Art von Verzerrung der historischen Wahrheit zu verurteilen, doch leider sind diese Praktiken auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch üblich, was die Fotos in der Doppelnummer vom November/Dezember 1976 von *La Chine en construction* deutlich machen, die ganz offensichtlich retuschiert sind.

Es gibt Anklagen, die sogar eine Negierung marxistischer Forderungen beinhalten, so zum Beispiel der Zhang Chunqiao gemachte Vorwurf, er hätte eine Klassenanalyse der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft vornehmen oder gar den Marxismus weiterentwickeln wollen; das aber sei eine Verleumdung des wissenschaftlichen Sozialismus, sei konterrevolutionärer Revisionismus.

Andere Anklagen sind unwahrscheinlich oder würden, wenn man sie bejahen müßte, sehr ernste Fragen zum Lebensstil der höchsten Parteikader der chinesischen kommunistischen Partei aufwerfen. Dazu gehört die gegen die „Vier“ erhobene Anklage, sie hätten in Restaurants Mahlzeiten zu sich genommen, ohne sie zu bezahlen, oder die Anklage gegen Jian Qing, sie hätte ein „kaiserliches Gewand“ für sich anfertigen lassen.

Wieder andere Anklagen sind entweder Übertreibungen, die ganz of-

fensichtlich die Tatsachen entstellen oder krasse Unwahrheiten. So konnte man in den letzten Monaten in den Zeitungen lesen, daß die „Vier“ ein dekadentes und korruptes Leben geführt hätten. Man behauptet, daß Wang Hongwen ein typischer Vertreter der Neuen Bourgeoisie sei, daß die „Vier“ hartnäckig die Positionen der Grundbesitzer und der Bourgeoisie vertreten würden, daß sie hundertprozentige Machthaber auf dem kapitalistischen Weg seien. Man stellt sie als Erzfeinde der KPCh, der Arbeiterklasse, des ganzen Volkes und der chinesischen Nation dar, beschuldigt sie geheimer Verbindungen mit dem Ausland und erklärt, sie hätten sich dem Ausland gegenüber unterwürfig verhalten. Sie sollten Geräte für ihre Geheimagenten und Luxusartikel importiert haben. Sie hätten absichtlich Staatsfonds vergeudet, um der sozialistischen Akkumulation zu schaden und materielle Anreize gepriesen. Und außerdem seien sie Agenten der Guomindang gewesen.

Wenn solche Anklagen den Tatsachen entsprechen würden, müßte das schwerste Bedenken gegen die Zusammensetzung der KPCh-Führung und die Wachsamkeit selbst eines Mao Tse-tung hervorrufen. Unter solchen Umständen wäre es denkbar, daß sich die Gesamtheit oder Teile der gegenwärtigen Führung eines Tages ebenfalls als Agenten der Guomindang herausstellen, ebenfalls imstande sind zum „geheimen Einverständnis mit dem Feind“.

Wenn aber, wie ich meine, diese Anklagen nicht den Tatsachen entsprechen, wie soll man dann Führern Vertrauen entgegenbringen, die das Volk täuschen, indem sie diejenigen beseitigen, mit denen sie nicht übereinstimmen und dabei nicht nur nicht angeben, warum sie nicht mit ihnen übereinstimmen, sondern sie verleumdern.

Unter diesen Umständen gelangt man zwangsläufig zu der Annahme, daß das vielbeschworene Festhalten an der von Mao Tse-tung formulierten politischen Linie nur ein Rauchvorhang ist, hinter dem man eine ganz andere Linie verbergen will. Die sorgfältige Lektüre der in den letzten Monaten in China veröffentlichten Texte und das, was über die tatsächliche Entwicklung bekannt wurde, legen mir nahe anzunehmen, daß gegenwärtig eine revisionistische Linie dominiert. Die Kritik an Deng wurde aufgegeben, die Forderung, der Produktion vor der Revolution den Vorrang zu geben, bestimmend. Diszi-

plin und Ordnung werden gepriesen, und es ist nicht mehr die Rede von dem Recht auf eigene Meinung, ganz zu schweigen von dem Recht und der Pflicht, gegen eine bürgerliche Politik zu rebellieren. Probleme, die sich aus der Situation der Frau in der sozialistischen Übergangsperiode ergeben, werden als solche geleugnet. Der Kampf gegen das bürgerliche Recht wird praktisch nicht mehr erwähnt. Das Problem der Existenz der Bourgeoisie innerhalb der Partei wird unter den Tisch gekehrt, der Aufruf zum Klassenkampf durch den Aufruf „Kampf gegen die Vier“ ersetzt.

Im großen und ganzen liegt der sicher notwendigen Kritik an den „Vier“ ein revisionistischer und kein revolutionärer Standpunkt zugrunde. Es wird kein Unterschied gemacht zwischen dem, was sie Falsches gesagt und getan haben mögen, und dem, was möglicherweise richtig war. Genauer gesagt, ihre Irrtümer werden genutzt, um auch ihre richtigen Analysen zu verwerfen; das steht im Widerspruch zu den Forderungen des dialektischen Materialismus und stärkt die bürgerlichen Anschauungen.

Das, was man über die momentane Entwicklung in China hört, bestätigt die revisionistische Orientierung der gegenwärtigen Politik. Die Reglementierungen in den Fabriken werden immer drückender. Die Schule bei offener Tür ist praktisch aufgegeben. Das alles bedeutet, daß man die Errungenschaften der Kulturrevolution, der man verbal zwar weiterhin huldigt, langsam liquidiert. Was die internationale Politik betrifft, wird der Kampf gegen die beiden Supermächte allmählich durch den Kampf gegen den Sozialimperialismus allein ersetzt. Folglich wird der amerikanische Imperialismus immer weniger bloßgestellt. Seine Einmischung in das Leben anderer Völker und die Einmischung seiner Verbündeten werden oft sogar als „positiv“ angesehen, so zum Beispiel in Zaïre. Wenn sich zwei imperialistische Banditen gegenseitig den Rang streitig machen, besteht kein Anlaß, für einen der beiden Partei zu ergreifen. Das gegenwärtige Verhalten der KPCh im internationalen Rahmen schadet dem Ansehen Chinas in den Augen der Völker, vor allem der Völker der Dritten Welt. Dieses Verhalten spielt dem Sozialimperialismus in die Hände.

So sieht meine Beurteilung der gegenwärtigen Ereignisse in China

aus. Wir verfügen über zu wenig Kenntnisse, um den Umfang der Kräfte einschätzen zu können, die sich der gegenwärtigen politischen Strömung widersetzen. Diese Kräfte sind sicherlich vorhanden, das wird deutlich aus dem Umfang der Unterdrückungsmaßnahmen in den letzten Monaten. Unter welchen Bedingungen und in welchem Zeitraum China wieder auf den revolutionären Weg zurückkehren wird, läßt sich nicht voraussehen.

Wie sehr die gegenwärtige Leitung der chinesischen kommunistischen Partei sich der Zustimmung aus dem Ausland bedient, um stärkeres Ansehen bei den chinesischen Massen zu gewinnen, haben die Erfahrungen der letzten Zeit gelehrt. Wenn man die momentan dominierende politische Linie in China billigt oder eine Haltung einnimmt, die als Billigung ausgelegt werden kann, so leistet man weder dem chinesischen Volk einen Dienst noch all jenen, die für den Sozialismus in China kämpfen.

In der Französisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft herrscht eine Strömung vor, die die gegenwärtige KPCh-Führung unterstützt – und das trotz der Bedenken einer großen Zahl von Chinafreunden innerhalb der Gesellschaft. Ich meine deshalb, daß es richtig ist, von meinem Amt als Präsident der Freundschaftsgesellschaft zurückzutreten, was ich hiermit tue. Ich bitte, diesen Schritt dem Nationalen Büro und den Mitgliedern der Gesellschaft mitzuteilen und diesen Text in *Aujourd'hui la Chine* abzdrukken.

Mit dem Ausdruck meiner Freundschaft und Solidarität für das chinesische Volk

Charles Bettelheim

Brief von Neil Burton an Charles Bettelheim

Die Krankheit heilen, um den Patienten zu retten

1. Oktober 1977

M. Charles Bettelheim
Ecole Pratique des Hautes Etudes
La Sorbonne
Paris

Sehr verehrter Herr Bettelheim,
die Nachricht, daß Sie vom Vorsitz der Französisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft zurückgetreten sind, hat mich sehr irritiert. Ich habe etliches von Ihnen gelesen und viel daraus gelernt (*Über den Übergang zum Sozialismus*, was Sie zusammen mit Paul Sweezy geschrieben haben; *Kulturrevolution und Industrieorganisation in China*; *Klassenkämpfe in der UdSSR*, erster Band); und deshalb war mir sehr daran gelegen, zu erfahren, welche Faktoren und welche Analyse Sie zu dem Schluß gebracht haben, daß hier in China eine „revisionistische Linie“ die Oberhand gewonnen habe. Letzte Woche hatte ich endlich Gelegenheit, den gesamten Text Ihres Rücktrittsschreibens zu lesen.

Beim Lesen Ihres Briefes war ich zunächst einmal überrascht, wie viele Dinge, die Sie ansprechen, gerade auch mir im letzten Jahr Sorgen gemacht haben und wieviele Ihrer Fragen auch von anderen besorgten Freunden Chinas erhoben werden. Und doch konnte ich mich nach der Lektüre nicht des Gefühls erwehren, daß Ihre Analyse keineswegs hinreicht, daß Ihr Schluß, es herrsche eine revisionistische Linie vor, keineswegs auf festem Grund steht. Wie konnte es dazu kommen? Wie konnte ein herausragender marxistischer Intellektueller, der ja gerade in die Probleme des Revisionismus und der Restauration des Kapitalismus so tief eingedrungen ist, die tatsächlichen Verhältnisse so sehr verkennen?

Ich habe Ihren Brief mehrmals gelesen und mir den Inhalt immer

wieder durch den Kopf gehen lassen und möchte Ihnen einige Punkte zu bedenken geben. Ich werde nicht versuchen, auf alle Ihre Zweifel im Detail einzugehen, und zwar zum Teil deshalb, weil die nötigen Belege zu umfangreich wären, und zum anderen Teil deshalb, weil ich mit einigen Ihrer Einschätzungen durchaus einig bin; und schließlich deshalb, weil ich glaube, daß Ihre Zweifel in einigen wenigen fragwürdigen theoretischen und praktischen Annahmen wurzeln. Da ich vermute, daß dies Annahmen außerhalb Chinas weit verbreitet sind, möchte ich mich mit ihnen einigermaßen ausführlich auseinandersetzen. Ich möchte diesen Brief als *Offenen Brief* behandeln wissen, damit andere an der Klärung der Fragen teilnehmen können, die ich zur Diskussion stelle.

Erstens glaube ich, daß Sie vorschnell gehandelt haben. Alle, die mehr als nur ein flüchtiges Interesse an China haben, waren so unsicher wie die große Mehrheit des chinesischen Volkes, was nach dem Tod Mao Tse-tungs kommen würde. Diejenigen unter uns, die Freunde Chinas oder Anhänger des Sozialismus sind, fürchteten eine mögliche Wende zum Revisionismus. Ich glaube aber, daß die Mehrheit der ausländischen Freunde Chinas – und besonders diejenigen, die China mit den Mitteln marxistischer Analyse zu verstehen versuchen – im Gegensatz zu vielen Chinesen ziemlich schlecht auf die Ereignisse eingestellt waren, als sie dann schließlich eintraten. Natürlich waren wir uns mit den meisten Chinesen einig, daß eine Wende, ein Rückschlag nur von rechts kommen könne. Die meisten von uns waren aber unfähig zu erkennen – oder doch wenigstens praktisch zu begreifen –, daß die Rechte in China heute derart diskreditiert ist, daß sie kaum anders als unter linker Maske auftreten kann. Und selbst, wenn wir dies erkannt hätten, ließen uns unsere beschränkten Informationsmöglichkeiten weit schlechter auf das Kommende vorbereitet sein als viele Chinesen. Diejenigen unter uns, deren Stärke in der Theorie liegt, waren sich nur zu sicher, daß wir doch wenigstens wüßten, wer die wirklichen „Revolutionäre“ seien, und deshalb konzentrierte sich unsere Aufmerksamkeit auf die anderen; auf diejenigen Führer, die von manchen „Pragmatiker“, von anderen „Bürokraten“ genannt wurden – auf jeden Fall die, deren Ansichten nicht täglich in der Zeitung standen. Die gefährlichsten Rechtsabweichler hatten

in der Kampagne gegen Deng Xiaoping und den „Wind von rechts“ bereits ihr Fett bekommen: die uns zugänglichen – schriftlichen – Quellen jedenfalls vermittelten diesen Eindruck. Deshalb hatten sich unsere Befürchtungen schon etwas gelegt, als uns die zwar voraussehbare, aber doch betäubende Nachricht vom Tode Mao Tse-tungs erreichte. Der entscheidende Punkt dabei: Selbst wenn uns die spektakuläre „Wende“ vom letzten Oktober völlig unvermutet traf, hatten wir uns doch schon die logischen Kategorien zurechtgelegt, an denen wir dieses Ereignis maßen.

Ihr Brief läßt vermuten, daß Ihre unmittelbare Reaktion auf die Nachricht vom Sturz der Vier negativ war. Ihre große Erfahrung ließ Sie jedoch zögern, ein überstürztes Urteil abzugeben; Sie nahmen zunächst eine abwartende Haltung ein. Ich bitte Sie, meine Position zu betrachten: Ich hatte wie Sie den Wunsch, daß der Sozialismus in China aufgebaut und gefestigt wird. Wie Sie versuche ich, den Marxismus als Werkzeug zum Verständnis – und hoffentlich zur Veränderung – der Welt zu benutzen. Im Unterschied zu Ihnen befand ich mich in China und arbeitete dort als „ausländischer Experte“. So wenig wie Sie hatte ich überdurchschnittlich gute Informationsquellen, nichts, was mich im voraus auf die Oktoberereignisse hätte vorbereiten können. Meine logischen Kategorien waren (selbst nach bereits dreijährigem Aufenthalt in China) wohl nicht viel anders als die Ihren, weil meine Interessen, wenn nicht gar meine Erfahrungen, in großem Maß mit den Ihren übereinstimmen. Daher war meine unmittelbare Reaktion wahrscheinlich der Ihren ziemlich ähnlich. Ein Faktor machte die Sache jedoch komplizierter. Im Gegensatz zu Ihnen war ich im chinesischen Staatsdienst. Wie lange arbeitet man weiter für eine Sache, von der man glaubt, daß sie eine falsche Richtung eingeschlagen hat?

Was hat es mir erlaubt, weiterzumachen und hierzubleiben? Schlichter Opportunismus? Das glaube ich nicht. Vielmehr war es die beinahe unmittelbare Erkenntnis, daß mit meinen logischen Kategorien etwas nicht in Ordnung sein konnte, und die darauf folgende Einsicht, daß ich von der – schriftlichen – Propaganda in die Irre geführt worden war, aus der ich den größten Teil meines Wissens über die politischen Ereignisse bezogen hatte, die um mich herum vor sich

gingen. Wie konnte ich feststellen, wo meine logischen Kategorien falsch waren und den Prozeß ihrer Berichtigung beginnen? Um ehrlich zu sein: Ohne erhebliche Verwirrung, viele Schmerzen und etliches an Selbstprüfung ist es nicht abgegangen.

Als die erste offizielle Nachricht über die Festnahme der Vier – zusammen mit den gewaltigen Straßendemonstrationen zur Feier ihres Sturzes – veröffentlicht wurde, befand ich mich in Schanghai. Das war zwei Wochen nach der Festnahme, ungefähr zehn Tage, nachdem ich die Nachricht über *Voice of America* gehört und eine Woche, nachdem ich die ersten Plakate gegen die Vier auf dem Bahnhof von Bengbu in Ostchina gesehen hatte. Die erste Frage, mit der ich mich auseinanderzusetzen hatte, war, warum derart gewaltige Menschenmassen mit dem anscheinend größten Enthusiasmus sich am Jubel über einen – wie ich es sah – „Rückschlag“ beteiligten konnten: und das auch noch in Schanghai, der ehemaligen Hochburg der Vier. Natürlich waren die Demonstrationen organisiert (dem Außenstehenden erscheint praktisch alles in China organisiert). Aber echte Freude läßt sich kaum simulieren, wie die vorangehenden Demonstrationen zur Entfernung Dengs denen gezeigt hatten, die Augen hatten. War auch dies wieder nur Teil eines bedeutungslosen Rituals, das dazu inszeniert wird, um die Machtkämpfe an der Spitze zu legitimieren, wie manche westlichen *China-watchers* uns gern glauben machen möchten? Oder gab es im Land wirklich so viele Feinde des Sozialismus, die nur auf den Sturz derer gewartet hatten, die ich für seine besten Vertreter gehalten hatte? Lebten alle Marxisten in einer Traumwelt, wogegen der größte Teil der Bevölkerung schließlich in Wirklichkeit doch für den Kapitalismus war? Hatte Vorsitzender Mao Unrecht, als er sagte, wir mußten auf die Massen vertrauen? Damals konnte ich keine dieser Fragen zufriedenstellend beantworten, aber ich mußte immerhin zugeben, daß das logische System, auf das ich vertraut hatte, unzureichend war.

Wenige Tage darauf war ich zurück bei Familie, Freunden und Kollegen in Peking, Menschen, die mich kannten und die ich kannte. Obwohl meine chinesischen Kollegen unterschiedliche Grade von Begeisterung an den Tag legten, schien doch wenigstens der größte Teil mit der Entwicklung der Dinge recht zufrieden zu sein. Ich bemerkte

jedoch, daß sie keine spontanen Gespräche über dieses Thema mit mir begannen. Und als ich meine Zweifel an bestimmten Anschuldigungen gegen die Vier anmeldete (besonders die gegen Zhang Chunqiao, Yao Wenyuan und Wang Hongwen – an den Beschuldigungen gegen Xiang Qing hatte ich nicht eben viele Zweifel!), bekam ich meist unbefriedigende Antworten – allerdings nicht etwa, weil meine Gesprächspartner sich nicht bemüht hätten. Selbst nachdem (oder sollte ich eher sagen: besonders nachdem?) ich große Teile des offiziellen Berichts des Zentralkomitees vorgelesen bekommen hatte, das die Vorwürfe gegen die Vier „erläuterte“ (das Dokument, das dem chinesischen Volk vor den Straßendemonstrationen an ihrem Arbeitsplatz vorgelesen worden war), hielt ich die Anschuldigungen immer noch für ziemlich schwach. Ich reagierte damit, daß ich eine Liste von ungefähr zwanzig detaillierten Fragen aufstellte, die ich der Führung meiner Abteilung schriftlich einreichte. Nach einer gewissen Zeit kam einer meiner Vorgesetzten und tat sein Bestes, die Fragen zu beantworten, die ich eingereicht hatte. Wieder war ich nicht zufrieden. Warum konnte ich auf nach meiner Meinung klare Fragen keine klaren Antworten bekommen? Eine Möglichkeit war, daß diejenigen, die ich gefragt hatte, nicht genug über die Sache wußten. Eine weitere Möglichkeit bestand darin, daß wir nicht dieselbe „Sprache“ sprachen, nicht dasselbe analytische Maß anlegten.

Wenn ich mit meiner Frau oder nichtchinesischen Freunden über dieses Rätsel sprach, kam ich besser weg. Zumindest schienen sie wenigstens zu verstehen, worauf ich mit meinen Fragen hinauswollte, selbst wenn auch sie nicht immer überzeugende Antworten parat hatten. Wir diskutierten und stritten oft bis in die tiefe Nacht. Manche meiner nichtchinesischen Freunde, die eine noch längere Chinaerfahrung auf dem Buckel hatten als ich, konnten Dinge klarlegen, die für mich noch kaum mehr als Mysterien waren. Einige hatten im Lauf der Jahre enge Freundschaften mit chinesischen Kollegen geschlossen und waren daher in einer weitaus besseren Lage als ich, wenn es sich darum handelte, die allgemeine Stimmung einzuschätzen. Vielleicht die größte Hilfe, die mir meine ausländischen Freunde in dieser ersten Zeit gaben, war die Versicherung, daß die

allgemeine. öffentliche Erleichterung nicht gespielt, sondern real war.

Und ich las; alles was mir in die Hände fiel. Die parteiamtliche Pekinger Volkszeitung *Renmin ribao* beschrieb jedoch die Vier und ihre „Verbrechen“ mit derselben Sprache, mit der sie auch Deng Xiaoping wenige Monate zuvor verurteilt hatte. Der Gedanke, daß es sich bei diesen Artikeln um schlichte Doubletten handelte, in denen nur die Namen ausgetauscht wurden, um den veränderten Umständen gerecht zu werden, war durchaus verzeihlich. Das *Xinhua News Bulletin* brachte am laufenden Band Artikel, die mit den scheinbar wildesten Behauptungen vollgestopft waren und sich meist mit dem angeblich bizarren Lebensstil der Vier und ihren Aktivitäten beschäftigten. Auch diese Artikel waren in demselben schwerfälligen Stil geschrieben, der dort schon seit Jahren gang und gäbe war. Die *Peking Rundschau* und das *Neue China* wiederum druckten getreulich nach, was von *Xinhua* geliefert wurde, und versahen die Artikel nur mit einem Minimum an Erläuterungen, die für das nur aus Ausländern bestehende Publikum nützlich gewesen wären. Diese Leserei half mir kaum aus meiner Verwirrung, was ja auch nicht weiter Wunder nimmt.

Eines Tages dann kam jemand von *Xinhua* zu mir, um meine Meinung zur Verbesserung der für das Ausland bestimmten Propaganda zu hören. Er war – wie es schien, ernsthaft – über die Unfähigkeit seiner Nachrichtenagentur besorgt, die gewaltigen Veränderungen, die in China vorsichgingen, den ausländischen Lesern in überzeugender Form zu übermitteln. Außerdem äußerte er seine Sorgen über den Mißbrauch, den die Vier mit seiner Agentur getrieben haben (Yao Wenyan war ja, wie Sie wissen, im Politbüro für die Überwachung der verschiedenen Propagandamedien zuständig). Ich habe dem *Xinhua*-Mann meine Meinung über die Probleme der chinesischen Propaganda deutlich gesagt; er schrieb sich alles auf. Als ich fertig war, dankte er mir und hörte sich bei den anderen hier arbeitenden ausländischen Freunden um. Ungefähr zur selben Zeit begannen in der *Renmin ribao* Leserbriefe zu erscheinen, die die Unlesbarkeit – und sogar die Unzuverlässigkeit – der Volkszeitung kritisierten. Das gab Stoff zum Nachdenken.

Sowohl die Organisation der *Renmin ribao* wie die von *Xinhua* sind riesig. *Xinhua* (die die meisten Nachrichten für die *Renmin ribao* liefert) ist für die Nachrichtenbeschaffung im Inland wie im Ausland verantwortlich; dazu kommt das Schreiben, Übersetzen und die Reproduktion enormer Mengen von bedrucktem Papier. Ihre mehrere hundert Köpfe starke journalistische Belegschaft hat sich einen Stil angewöhnt, der sich nicht von einem Tag auf den anderen ändern läßt: nicht genug konkrete Fakten; nicht dialektisch ausgewogen; hauptsächlich „sichere“, zitiertenüberladene Rhetorik. Einer der Gründe für diesen traurigen Zustand liegt darin, daß diese Journalisten jahrelang unter der Kontrolle durch wenige gutgetarnte, nach außen „radikal“ erscheinende Opportunisten zu leiden hatten, die nur darauf warteten, wegen jedem politischen „Irrtum“, ob real oder eingebildet, über sie herzufallen. Ein wesentlich bedeutenderer Faktor jedoch ist die weitverbreitete Tendenz, jede Kritik an Material zu vermeiden, von dem unter Umständen hätte behauptet werden können, es enthalte die gegenwärtigen Anliegen Mao Tse-tungs, wie unwesentlich seine Beziehung zu diesen Anliegen sein mochte oder wie sehr es der Kritik und Verbesserung bedurft hätte. Angesichts dessen ist es auch kein großes Wunder, daß die *Xinhua*-Propaganda im Inland so sehr wie im Ausland als dürftig empfunden wurde. Kein Wunder auch, daß die nötigen Änderungen nicht über Nacht zu bewerkstelligen waren. Aber der leitende Mann von *Xinhua*, der mich nach meiner Meinung gefragt hatte, meinte es dennoch ehrlich; dasselbe gilt für die Herausgeber der *Renmin ribao*, die sich dazu entschlossen, die kritischen Briefe ihrer Leser abzu drucken, was in den Jahren davor nicht eben üblich war. Es ändert sich einiges. Leute zum Beispiel, die die *Renmin ribao*/Volkszeitung schon seit Jahren nicht mehr lesen, lesen sie heute wieder regelmäßig. Vielleicht haben Sie sogar in der Peking Rundschau eine gewisse Verbesserung bemerkt.

Nur die Zeit wird zeigen, wie schnell die Verbesserung der Propaganda vor sich und wie weit sie gehen wird. Aber der grundsätzliche Punkt, um den es hier geht, ist der, daß Propaganda nicht die „Wirklichkeit“, sondern nur ein kleiner Teil von ihr ist. Und obwohl es ihre Aufgabe sein sollte, die gesamte Realität didaktisch und wahr-

heitsgetreu darzustellen, geschieht es sehr leicht, daß die Propaganda in eine falsche Darstellung der Wirklichkeit abrutscht, was sogar kritisches Lesen von *Le Monde* bestätigen würde. Ich glaube, daß diese falsche Darstellung im Fall Chinas, wie sie heute vorkommt, im allgemeinen unbeabsichtigt ist. Aber die Propaganda, die mir und Ihnen geholfen hat, die logischen Kategorien für die Ereignisse im letzten Herbst bereitzustellen, war in ziemlich starkem Maß eine absichtlich falsche Darstellung der politischen Szene in China. Und wer trägt die Schuld daran? Es scheint auf den ersten Blick zu simpel zu sein, die ganze Verantwortung Yao Wenyuan oder den Vier in die Schuhe schieben zu wollen und zu meinen, alles wäre erklärt. Hat die übrige Führung denn nie die Volkszeitung gelesen? Warum haben die Medienleute bei dieser Fälschung mitgezogen? Und warum hat sich das Publikum das gefallen lassen?

Über die Reaktionen der Führer kann kaum etwas Sicheres gesagt werden. Wir wissen, daß zumindest Vorsitzender Mao die Volkszeitung gelesen hat und daß er sowohl ihrem Inhalt wie ihrem Stil kritisch gegenüberstand. Vielleicht hat er schließlich, als die Vier die Zeitung in die offene Fälschung getrieben hatten, wie andere auch aufgegeben, sie zu lesen, aber das bezweifle ich. Von den Lesegegewohnheiten der übrigen Führer weiß ich nichts. Aber bei dem Versuch, die Frage zu beantworten, warum die direkt Verantwortlichen für den täglichen Inhalt und Stil des Blatts da mitspielten (die Journalisten und Herausgeber), befinden wir uns auf wesentlich solidem Grund; wir haben einiges an konkreten Beweisen. Ich möchte einmal annehmen, daß die Grenze zwischen offener Manipulation für bestimmte Zwecke, die die Medienleute zu dieser Zeit schon betrieblen, und unbeabsichtigter Entstellung ziemlich fließend ist und nur allzuleicht unbemerkt überschritten werden kann. Wenn Sie sich die gedruckte Propaganda der letzten Jahre in Erinnerung rufen, werden Sie kaum auf plötzliche oder überraschende Brüche und Schwenks stoßen. Ebensowenig gibt es einen Grund für die Annahme, daß die an ihrem Zustandekomme Beteiligten etwa solchen Veränderungen unterlegen wären. Was manche Journalisten und Herausgeber vielleicht bemerkt haben, waren häufigere Direktiven von oben zur „richtigen Linie“, war eine leichte Zunahme der Kon-

trolle über die Auswahl der Artikel (etwas mehr von „Liang Xiao“ und „Luo Siding“, etwas mehr von der „Massenkritikgruppe“ der Peking- und Qinghua-Universität); ein bißchen mehr Hilfe beim Entwerfen der wichtigen Leitartikel (dezentale Hinweise auf diejenigen Mao-Zitate, die angeblich die neuesten „Anliegen“ des Vorsitzenden wiedergaben). Wer hätte sich darüber beklagen sollen, wer konnte darüber klagen? Die gesteigerte Aufmerksamkeit der Medienverantwortlichen im Zentralkomitee war ja nur eine Bestätigung für die besondere Bedeutung der Propagandaaarbeit. Oder etwa nicht?

Die Frage nach den „Endverbraucher“, der Öffentlichkeit im allgemeinen, haben wir damit schon teilweise beantwortet. Es gibt keinen Grund für die Annahme, daß der Mann auf der Straße auffällige Änderungen in dem Angebot der Tageszeitung entdeckt hätte. Wir wissen aber, daß diese Kost auf Dauer wachsende Ungewißheit und Verwirrung zur Folge hatte. Die Masse der Bevölkerung ist ja schließlich in der gesellschaftlichen Realität verankert. Als sich die Kluft zwischen dem, was man (von offiziellen Quellen) hörte oder las und dem, was man direkt erfuh, vertiefte – und zwar fast unmerklich – geschahen zwei Dinge. Erstens gab es, wie ich schon sagte, immer weniger Menschen, die noch lasen oder zuhörten; und zweitens hatten diejenigen, die noch bei der Stange blieben, ihre Fähigkeit zur Rationalisierung immer mehr zu strapazieren.

Wenn Ihnen das Bild, das ich hier entwerfe, betrüblich vorkommt, dann verhält es sich doch wenigstens so, daß die Probleme nicht nur der jetzigen Führung angelastet werden können! Wenn Sie es über sich bringen können, die chinesische Propaganda weiter zu verfolgen, dann werden Sie allerdings finden, daß zwei der wichtigen Themen nach der Entmachtung der Vier Widerstand gegen stereotypes Schreiben und die Suche nach der Wahrheit in den Tatsachen waren. Wenn Sie es andererseits vorziehen, Ihre Forschungen mehr aufs Feld der Geschichte zu lenken, wird Sie das zu mehr als zur bloßen Enttarnung der Vier führen. Wenn Sie zum Beispiel die gesamte Presse seit der Befreiung studieren, werden Sie finden, daß es eine klare Wasserscheide, eine unverwechselbare Diskontinuität im journalistischen Stil und im Inhalt der Zeitungen gab. Sie wurde im späten Frühjahr 1966 sichtbar, es handelte sich dabei um ein Resultat der Großen

Proletarischen Kulturrevolution. Die Kulturrevolution hat mit anderen Worten zu gewissen negativen Erscheinungen geführt oder anders gesagt, sie verschärfte negative Tendenzen, die bereits latent vorhanden waren. Vorsitzender Mao vermutete, daß die negativen Folgen der Kulturrevolution ungefähr 30 % ausmachten, die positiven ungefähr 70 %. Als Dialektiker und Verfasser der *Klassenkämpfe in der UdSSR* sollten Sie darüber eigentlich nicht überrascht sein.

Ein weiteres Beispiel: In Ihren Bemerkungen zur Außenpolitik der VRCh – die im Ausland ausgesprochen umstritten ist – sprechen Sie die Vermutung aus, daß der Kampf gegen die beiden Supermächte allmählich vom Kampf nur gegen den Sozialimperialismus ersetzt worden sei. Nachdem Sie sich ausführlich zu dieser ziemlich fragwürdigen Thematik ausgelassen haben, teilen Sie uns mit, daß „das gegenwärtige Verhalten der KPCh im internationalen Rahmen (...) dem Ansehen Chinas in den Augen der Völker, vor allem der Völker der Dritten Welt, (schadet).“ Es wäre zwar schwer, zu leugnen, daß die Praktiken Chinas in der Außenpolitik denen, die nur ein unzulängliches Verständnis des dialektischen Materialismus („Realismus“?) haben, seit längerer Zeit ziemlich verwirrend vorkommen müssen, aber es muß doch auch gesagt werden, daß sie so neu nicht sind. Wenn Sie sich ihre *Peking-Rundschau* noch einmal vornehmen, werden Sie finden, daß der Umbruch der Praktiken, auf die Sie sich beziehen, mehr oder minder mit dem Beginn dieses Jahrzehnts zusammenfällt. Sie werden auch darauf kommen, daß Mao Tse-tung – im Gegensatz zu Zhou Enlai, der die Hauptlast der täglichen praktischen Politik trug (bevor Deng mit dieser Aufgabe betraut wurde) – alles andere als ein unwilliger Betrachter der Außenpolitik gewesen sein muß. Allein mit den Photos könnte man Massen von Beweisen zusammentragen für die Mittäterschaft Mao Tse-tungs. Ich möchte Ihnen versichern – und die chinesische Propaganda hat sich viel Mühe gegeben, dies klarzumachen –, daß Mao Tse-tung nicht nur Anteil an dem hatte, was Sie als dem Ansehen schadende Praktiken bezeichnen; er war sogar der Hauptarchitekt der revolutionären Strategie, die ihnen zugrundeliegt. Es ist völlig legitim, sich zu fragen, ob die chinesische Führung bei der Umsetzung dieser großen Vision nicht den einen oder anderen Fehler begangen habe.

Wenn dem so ist, dann zwingt uns gerade die chinesische Propaganda, die Verantwortung dafür gleichmäßig zu verteilen. Was den Prestigeverlust Chinas bei den Völkern der Dritten Welt angeht, so gewinnt man aus der hier erhältlichen Propaganda kaum den Eindruck, daß (selbst die progressiven) Führer der Dritten Welt zu denen gehören, die angeblich den Respekt für China verlieren.

Ich könnte so weitermachen, aber ich befürchte, daß ich Sie damit langweile. Ich möchte nur noch erwähnen, daß das, was mir und Ihnen als verbaler „Overkill“ im Umgang mit den Vier erscheinen mag, ebenfalls keine neue Erfindung ist. Auch dafür bietet die *Peking Rundschau* genügend Beweise. Rufen Sie sich die Anklagen und Urteile gegen Liu Shaoqi und Lin Biao ins Gedächtnis. Ließen diese Anklagen auch auf eine „revisionistische Linie“ schließen?

Sie sehen also, daß ich nicht sage, es hätte nie viel Sinn gehabt, die verschiedenen in China publizierten Propagandablätter zu lesen. Im Gegenteil: gerade aus den fremdsprachigen Publikationen kann man enorm viel erfahren. Leider werden jedoch die aufschlußreichsten Artikel nicht immer zur Übersetzung ausgewählt, und die, die übersetzt werden, sind manchmal von den Herausgebern von *Xinhua* so lange überarbeitet worden, bis ein großer Teil ihrer ursprünglichen Bedeutung verlorengegangen war. Die Fähigkeit, Chinesisch zu lesen, bringt uns einem Verständnis wesentlich näher. Lassen Sie mich nur ein Beispiel anführen. In Ihrem Brief behaupten Sie, daß „der Kampf gegen das bürgerliche Recht . . . praktisch nicht mehr erwähnt (wird)“. Ein regelmäßiger Leser chinesischsprachiger Publikationen könnte diese Behauptung auf keinen Fall aufstellen (und er würde auch Vorbehalte gegen Ihren Gebrauch der Worte „Kampf gegen“ anmelden, weil er meint, daß es um die „Zurückdrängung“ des bürgerlichen Rechts geht, nicht um den „Kampf“ gegen es). Allein ich könnte Ihnen eine ganze Liste theoretischer Artikel über eben diese Frage zur Verfügung stellen, die im vergangenen Jahr erschienen sind. Der jüngste Artikel dieser Art, der mir zu Augen gekommen ist, stammt von Li Honglin und erschien erst vor vier Tagen in der Peking Volkszeitung (27. September 1977, S. 3). Unter anderem zieht dieser Artikel einen klaren Trennungsschrich zwischen bürgerlichem Recht, Bezahlung nach Leistung und regelrecht ungesetz-

lichen Praktiken. Vor zwei Jahren hätten wir das nicht so klar trennen können; aber seitdem hat die Theorie Fortschritte gemacht.

Weiter. Wenn die chinesische Propaganda auch nicht immer eindeutig verlässlicher war als die Propaganda der herrschenden Kreise des Westens (jedenfalls in der jüngsten Vergangenheit), dann war sie jedenfalls keineswegs die einzige Informationsquelle für diejenigen, die sich wirklich um Verständnis bemühen. Immer hat es auch die Berichte der „unabhängigen“ Beobachter gegeben, die unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu Führern wie zum einfachen Volk hatten. Es hat zudem immer die offiziell (oder inoffiziell) veröffentlichten wörtlichen Texte zahlreicher wichtiger Reden und politischer Dokumente gegeben. Alle diese Quellen stehen Ihnen in Paris zur Verfügung und Sie sind sich ja auch, wie Ihre Veröffentlichungen vermuten lassen, deren inneren Widersprüche und Schwächen bewußt. Unabhängige Beobachter sind nicht unbedingt „objektive“ Beobachter, als Marxist jedoch sollten sie ihre Vorurteile in Rechnung zu stellen wissen. Auch die Reden, Partei- und Regierungsdokumente haben ihre spezifischen Tücken, aber Ihre gründliche Vertrautheit mit sowjetischen Quellen hat Ihnen bestimmt ein Gespür für den Unterschied zwischen der begrenzten Einsicht und den ehrlichen Fehlern eines Führers oder einer Führung und bewußter Täuschung andererseits vermittelt.

Lassen Sie mich nur ein Beispiel geben, was Sie aus solchen Quellen lernen könnten. Kehren wir noch einmal zur Frage des bürgerlichen Rechts zurück. Die vom stellvertretenden Premierminister Yu Jiuli vor der Nationalen Daqing-Konferenz im letzten Frühjahr gehaltene Rede (vgl. *Peking Rundschau* 22, 1977) enthielt etliche Aussagen zum bürgerlichen Recht, die unmittelbar praktischer Natur waren, wenn sie auch zur theoretischen Auseinandersetzung um diesen Punkt nicht viel beitrugen. Im fünften Abschnitt dieser Rede werden Sie finden, daß der stellvertretende Premier einen Aufruf zur Ausweitung der öffentlichen Dienste erließ, die dazu beitragen, die Disparitäten und Härten abzubauen, die aus dem Weiterbestehen des bürgerlichen Rechts resultieren. Wenn Sie natürlich zu denen zählen, die meinen, daß das Problem des bürgerlichen Rechts damit zu „lö-

sen“ wäre, daß den relativ Gutgestellten oder denen, die geringere Bedürfnisse haben, etwas weggenommen und denen gegeben wird, deren Bedürfnisse größer sind, dann werden Sie mit meinem Beispiel nicht zufrieden sein. Aber dann würden Sie auch die extremen Spannungen nicht zur Kenntnis nehmen, ja selbst die großen Kämpfe, die eine solche Politik mit sich bringen würde. (Welche Riesenbehörde – übrigens – müßte mit dem Fällen der dann von vielen sicher als willkürlich betrachteten Entscheidungen über die „Bedürfnisse“ betraut werden?) Was Sie auch immer meinen: Das bürgerliche Recht wird zurückgedrängt, wird auch weiter zurückgedrängt werden, und zwar so, wie Yu Jiuli vorgeschlagen hat, und die Ergebnisse werden mit dem weiteren Wachstum der Produktivkräfte sicher noch schneller sichtbar. Im Gegensatz dazu ist das mangelnde Interesse von Seiten Yao Wenyuans und Zhang Chunqiaos, unseren Lieblings-theoretikern – oder bevorzugen Sie den Ausdruck „Unfähigkeit“? – praktische Schritte zur Lösung dieses Problems anzubieten, den Massen nicht entgangen.

Das bringt uns zu meinem nächsten Punkt. Wenn Sie Radio Peking nicht empfangen können, erreichen Sie Propaganda, unabhängige Berichterstattung, Reden und Dokumente in Form von Gedrucktem. Das heißt, daß Sie, selbst wenn sie gewöhnt sind, „zwischen den Zeilen“ zu lesen, keinen realen Dialog und damit keine Gelegenheit haben, die vielsagenden Signale aufzuschneiden, die uns helfen, eine Einstellung – vielleicht Zuneigung – zu einem lebenden Informanten herzustellen. Der Historiker muß sich im allgemeinen mit gedruckten Quellen und sonstigen zufälligen Zeugnissen/Überlieferungen/Artefakten bescheiden, die ein Licht auf seinen Gegenstand werfen. Er steht vor der Aufgabe, ihnen wieder Leben einzuhauhen. Als Historiker/Kenner der ersten Jahre der russischen Revolution kennen Sie das Problem sicherlich. Wir haben zwar durchaus das Gefühl, daß wir Lenin „kennen“, wenn wir etliches aus den rund vierzig Bänden seiner Gesamten Werke geschmökert haben, bei den anderen sowjetischen Führern aus der Revolutionszeit jedoch kann sich dieses Gefühl der Vertrautheit kaum einstellen. Aber selbst wenn wir nicht mit den wichtigen Führern persönlich sprechen können, können wir dann nicht immer noch eine ganze Menge von

nenen lernen, die diese Möglichkeit gehabt haben? Oder von denen, die in gewisser Hinsicht über längere Zeit das Objekt der politischen Entscheidungen und der Anleitung durch diese Führer gewesen sind? Ich wage zu behaupten, daß Ihre Arbeiten über die Sowjetunion für Ihre Leser weit weniger nützlich wären, wenn Sie dieses Land niemals besucht, dort gearbeitet und eine unmittelbare Vertrautheit mit den Menschen, Leistungen und Problemen dieses Landes gewonnen hätten. Vielleicht ist es Ihnen selbst heute noch möglich, mit bestimmten Facetten des Lebens in der Sowjetunion direkten Kontakt zu halten. Wenn dem so ist, dann muß dieser Kontakt Ihnen beim Schreiben des zweiten und dritten Bandes ihres Werkes helfen.

Aus diesen Gründen überrascht es dann allerdings, daß Ihr Rücktrittsbrief keinen Hinweis darauf enthält, daß es auch jetzt noch Sinn hätte, einen Zugang zu Aspekten der chinesischen Wirklichkeit zu bekommen, die nicht zu den schriftlichen Quellen zählen, mit denen ich mich schon auseinandergesetzt habe. Weil wir es hier nicht mit einer bereits der Vergangenheit angehörenden Geschichte zu tun haben, sondern mit Ereignissen der Zeitgeschichte, ist mir diese Auslassung völlig unverständlich. Ich weiß sehr wohl, daß Sie China schon mehrmals besucht haben. Ich bin mir zwar nicht ganz sicher, aber ich nehme an, daß Sie kein Chinesisch sprechen oder lesen können. Aber haben Sie denn tatsächlich den Eindruck, daß aus einem weiteren Besuch nichts mehr zu lernen wäre? Haben Sie das Gefühl, daß die Sprachbarriere in Gesprächen mit den Chinesen, die Ihre Zweifel vielleicht beantworten könnten, nicht zu überwinden sei? Oder sind Sie dem Eindruck erlegen, der derzeit in französischen Sinologenkreisen weit verbreitet ist, daß die Verhaltensmaßregeln für den Kontakt mit Ausländern und die fantastischen organisatorischen und disziplinarischen Fähigkeiten der chinesischen Behörden Sie daran hindern würden, an mehr heranzukommen als an die immer gleichen Variationen/Wiederholungen der „offiziellen Linie“? Sollte es sich um einen oder eine Kombination aus diesen Gründen handeln, dann kann ich nur sagen, daß Sie dem metaphysischen Denken zum Opfer gefallen sind. In allen diesen Erwägungen steckt ein Teil Wahrheit. Genau besehen sind sie aber falsch – und zwar alle.

Ich möchte Ihnen nun ein paar Beispiele dafür anführen, wie einige der Punkte, die Sie in Ihrem Brief hervorheben, bereits nach einem kurzen Besuch in China in einem neuen Licht erscheinen würden. Erstens: Wenn Sie auch nur eine „Standardreise“ durch einige Fabriken Ihrer Wahl unternehmen würden (zum Beispiel etwa die Druckerei des Verlags für fremdsprachige Literatur), könnten Sie während des üblichen Gesprächs mit den Belegschaftsangehörigen den scheinbaren Widerspruch der Fälschung von Photos zur Sprache bringen. Die Antworten Ihrer Gäste würden wahrscheinlich unterschiedlich detailliert sein, aber ich glaube, daß sie darauf hinauslaufen würden, daß das Hinreintuschieren oder Herausretuschieren von Führern in Photos grundsätzlich eine Frage der allgemeinen Zustimmung oder Ablehnung dieser Führer und ihrer politischen Linie sei. Sie könnten erwidern, daß das Unsinn sei; jedes Photo sei ja schließlich nur eine Widerspiegelung eines tatsächlichen Vorkommnisses. Ich glaube mit gutem Grund, daß Sie auf Widerspruch stoßen würden und Ihnen vielleicht zusätzlich gesagt würde: Jeder, der versucht hätte, die Drucker dazu zu zwingen, unveränderte Photos vom Aufmarsch der Führer beim Begräbnis Mao Tse-tungs in Ausgaben der *Peking Rundschau*, des *Neuen China* oder *China im Bild* hineinzudrucken, mit dem vehementen Widerstand eben dieser Drucker konfrontiert gewesen wäre. Wenn Sie sich über diese Art der Argumentation geärgert und unverblümt gefragt hätten, warum *Xinhua* sich dann das Recht herausgenommen habe, genau dieselbe Technik, auf Geheiß der Vier angewendet, hinterhältig zu nennen, dann würden Sie ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, aus was für besonderen Bildern die Vier getilgt worden sind. Oder würden Sie zu einem Monolog über Mystifizierung und falsches Bewußtsein ansetzen, würde sicherlich ein gewitzter Gastgeber den Spieß umdrehen und Sie auf die Publikationsgewohnheiten in Frankreich festnageln. Wenn Sie schließlich verzweifelt die Hände in die Luft werfen und Ihrer Verwunderung Ausdruck geben, was Geschichte dann überhaupt noch bedeuten soll, könnten Ihre Zuhörer wahrscheinlich gar nicht verstehen, worin Ihr Problem denn überhaupt besteht. Und wenn sie es verstünden, würden sie erwidern, daß die Geschichte Sache der Archivare und Historiker sei, daß die fragliche Sache aber

nicht die „Geschichte“, sondern den gegenwärtigen Klassenkampf betreffe und daß sowieso kein anständiger Historiker den Wunsch haben könne, ein Buch mit den Photos solch verächtlicher Menschen wie den Vier zu illustrieren. (Nebenbei gesagt: die kürzliche Veröffentlichung einiger Photos, die die Vier verfälscht haben sollen, bestätigt doch, was hierin bezug auf die Arbeit von Archivaren, wenn nicht Historikern, gesagt wurde; die Negative waren nie vernichtet worden.)

Jetzt könnten Sie zunächst einmal das Gespräch mit dem Gefühl beenden, daß Sie es mit Gastgeber zu tun gehabt hätten mit einem besonders niedrigen theoretischen Niveau; nachdem Sie aber denselben „Widerspruch“ nacheinander anderen vorgelegt und immer nur Variationen derselben Argumentation als Antwort erhalten haben, hätten Sie nun zwischen zwei möglichen Erklärungen zu wählen (wenn man die dritte Möglichkeit einmal beiseite läßt, daß Sie unrecht und Ihre Gastgeber recht gehabt hätten). Die eine Möglichkeit wäre die, daß Ihre Informanten vor dem Gespräch rechtzeitig und regelrecht mit allem gefirmt worden seien, was über Sie und Ihre Zweifel bekannt war – und was sie auf jede möglicherweise von Ihnen gestellte Frage antworten sollten. Diese Möglichkeit ist m.E. lachhaft. Die andere mögliche Erklärung wäre die, daß Sie ganz einfach mit einer schlichten Tatsache konfrontiert gewesen seien; der Tatsache nämlich, daß in China in bezug auf die Photos von wichtigen Führern eine weitverbreitete Vorstellung herrscht, die der in anderen Ländern vorherrschenden und ebenfalls weitverbreiteten Vorstellung, mit der Sie besser vertraut sind, nicht entspricht. Als Marxist müßten Sie diese Tatsache hinnehmen, sie mit weiteren, dazugehörigen Fakten in Beziehung setzen und alles zusammen einer Analyse unterziehen, wobei Sie Methoden zu Hilfe nehmen, die Sie kennen. Egal für welche der beiden Möglichkeiten Sie sich entscheiden: Ich weiß aber beileibe nicht, wie Sie daraus schließen könnten, daß in China zur Zeit die revisionistische Linie die Oberhand hat – im Gegensatz zur Zeit vor zwei oder zehn Jahren beispielsweise. Wenn Sie Beweise für meine Behauptung wollen: Schauen Sie sich die Jahrgänge 1967 und 1968 des *Neuen China* an. Es würde Ihnen

ganz sicher schwerfallen, die Praxis der Fälschungen irgendeiner Gruppe von Führern anzulasten.

Ein weiterer Zweifel, mit dem Sie sich gezwungenermaßen noch einmal auseinandersetzen müßten, wenn Sie China heute besuchen würden, betrifft das, was Sie in Ihrem Brief „Skandal und Mißbrauch“, „unglaubliche Anschuldigungen“ und „grobe Fälschungen“ nennen. Wieder würde Sie jeder Versuch, der Sache nachzugehen, mit den Urhebern der Geschichten zusammenbringen, denen Sie solche starken Vokabeln angehängt haben. Sie würden herausfinden, daß die Verantwortlichen weder die Führer sind, die am Sturz der Vier im letzten Herbst beteiligt gewesen sind, noch Märchenerzähler, die im Dienst einer teuflischen Presse(verschwörung) stehen. Sie würden aller Wahrscheinlichkeit nach einräumen müssen, daß die Mehrheit dieser Leute schlichte arbeitende Menschen oder niedere Kader aus dem einen oder anderen Bereich sind. Die Möglichkeit einmal ausgeschlossen, daß es sich bei ihnen allen um durch und durch opportunistische Individuen handelt, große Lügner und begnadete Schauspieler, müßten Sie doch zumindest einige Ihrer Erzählungen ernstnehmen. Diese Menschen behaupten entweder, sie seien Zeugen von Verbrechen der Vier gewesen, die weit von dem entfernt waren, was sie, die Zeugen, noch mit ihrer Vorstellung von sozialistischer Moral unter einen Hut bringen konnten, oder sie behaupten, daß sie selbst Opfer der Unterdrückung durch die Vier gewesen seien. Manche der Geschichtenerzähler würden sich in einer Sprache ausdrücken, die Sie davon überzeugen würde, daß sie mit dem Marxismus nicht nur flüchtige Bekanntschaft geschlossen haben.

Wenn Sie diese Leute danach fragen würden, warum sie ihrem Herzen nicht sofort Luft gemacht hätten – damals, als ihnen diese Dinge widerfuhr oder wo sie Zeugen dieser Vorgänge wurden – würden Sie mehrere Antworten bekommen. Manche würden Ihnen antworten, sie hätten den Mund sehr wohl aufgemacht und dafür leiden müssen. Andere wieder – wahrscheinlich eine kleine Minderheit – würden Ihnen erzählen, auch sie hätten gemurrt, seien aber von ihren Genossen oder Organisationen vor der Rache der Vier geschützt worden. Aber die Mehrheit würde Ihnen wohl sagen, daß sie aus Angst vor Repressionen geschwiegen hätten. Würden Sie in

ihren Nachforschungen hartnäckig fortfahren und die Erzählungen nachprüfen, würden Sie in jedem Fall darauf stoßen, daß zumindest einige dieser Erzählungen vielen Menschen wohlbekannt waren und auch geglaubt worden sind – und zwar schon lange vor dem Oktober letzten Jahres, und natürlich sind diese Geschichten nicht etwa durch die offiziellen Medien bekanntgeworden, sondern durch das, was hier „Straßennachrichten“ heißt: durch Weitererzählen eben.

Auch jetzt würden Sie wieder vor einer Entscheidung stehen. Entweder würden Sie weiter darauf bestehen, daß die Anklagen gegen die Vier schlankweg „Verleumdungen und ein Skandal“ seien, das heißt mit ihrer „Linie“, ihrem Sozialismus und ihrer Praxis nichts zu tun hätten; oder sie müßten akzeptieren, daß sie Teil zur Beurteilung des relevanten Materials der Angeklagten seien. Wenn Sie sich für ersteres entschlossen, scheint mir, daß Sie von der Vorstellung ausgehen, daß die sozialistische Praxis einem normalen Arbeitstag von acht Stunden verwandt sei: daß das, was einer in seiner „Freizeit“ macht, nur ihn etwas angeht, solange er nur halbwegs anständig „seine Arbeit tut“. Wenn Sie letzterem den Vorzug gäben (daß also diese Geschichten tatsächlich etwas beweisen), befänden Sie sich im Einklang mit der Mehrheit der Chinesen. In beiden Fällen müßten Sie noch eine weitere Tatsache anerkennen: Daß in diesem Land nämlich weithin geglaubt wird, daß diese Geschichten stimmen, daß das Verhalten, das sich in ihnen niedergeschlagen hat, nichts mit Sozialismus zu tun hat und daß die Vier im Sinn der Anklage schuldig sind. Auch diese Tatsache müßten Sie wieder im Zusammenhang mit anderen Fakten analysieren. Auch hier ist mir nicht ersichtlich, wie Sie Ihre Analyse zu dem Schluß bringen könnte, daß derzeit eine revisionistische Linie das Sagen hat – wie etwa vor dreieinhalb Jahren. Und wenn Sie auch für diese Behauptung meinerseits einen Beweis wollen: dann sehen Sie sich doch Propagandaschriften über Lin Biao aus dem Jahr 1974 an, oder – besser noch – erinnern Sie sich an manche der Geschichten über Lin Biao und Konsorten, die man Ihnen bei Ihrer letzten Chinareise erzählt hat.

Der bisherige Argumentationsstrang führt uns zu einem weiteren fundamentalen Problem. Was für eine Rolle spielt das Bewußtsein, spielen die Ideen der Massen in der Periode des Übergangs zum Sozialis-

mus? Ihr Brief könnte einen meinen lassen, daß sie irrelevant sind, obwohl ich mir ziemlich sicher bin, daß Sie in jeder theoretischen Diskussion sofort der Ansicht beipflichten würden, daß die Hebung des Bewußtseins der Massen im Zentrum der Auffassungen Mao Tse-tungs über die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft steht. Sehen wir uns die Sache einmal genauer an.

Das Massenbewußtsein – oder, wenn Sie so wollen, das Klassenbewußtsein – ist zu jedem Zeitpunkt eine objektive historische Tatsache. Natürlich ist das Bewußtsein immer auch eine dynamische, sich verändernde Größe. Zum Zweck der Analyse und der Planung müssen wir es jedoch quasi „anhalten“, einfangen, beschreiben. Und wenn wir das tun, dann bleibt uns eigentlich nur, es so zu beschreiben, wie es ist, nichts mehr und nichts weniger; das Gerede darüber, wie es „sein sollte“ oder wie es „wünschenswert“ wäre, ist idealistischer Nonsense, sobald es um seine Einschätzung geht. Als Dialektiker dürfen wir nicht vergessen, daß es zwar möglich ist, darüber zu reden, wie es sich entwickeln wird oder sogar wie es sich entwickeln „sollte“, aber wir müssen dann auch zugeben, daß wir nicht wissen können, wie ein „vollentwickeltes“ proletarisches Bewußtsein aussehen wird. (In Wirklichkeit wird es so etwas übriges nie geben, nur Metaphysiker können daran glauben). Nichtsdestotrotz wissen wir heute eine ganze Menge über seinen Entwicklungsprozeß. Jetzt könnten wir natürlich mir nichts dir nichts zu dem ewigen Streit übergehen, wie eng dieses Bewußtsein mit dem Wachstum und der Entwicklung der Produktivkräfte verknüpft ist, welches nun der führende Faktor sei usw., aber ich für meinen Teil habe zu dieser theoretischen Auseinandersetzung im Moment nichts Neues beizutragen. Ich stelle die Frage aus einem anderen Grund.

Ich behaupte, daß das Ziel einer korrekten Einschätzung des Inhalts und des Stands des Bewußtseins der Massen in einem bestimmten Zeitpunkt darin besteht, eines der notwendigen Daten für die Erstellung und Verbesserung einer Strategie der revolutionären Veränderung zu liefern. Diese Strategie kann nur so gut sein wie die zugrundeliegenden Daten. Der Materialist kann es sich nicht leisten, anders zu denken. Es mag zwar sein, daß Sie davon überzeugt sind, in Fragen wie dem intriganten Umgang mit Zeitungsphotos (und das tun

sie m.E. wohl) und der „Verleumdung und dem Skandal“ (was Sie m.E. wohl nicht tun) im Besitz der Wahrheit zu sein, aber Sie stehen nichtsdestoweniger vor der Tatsache, daß Sie hier in China mit ihren Ansichten auf weitverbreitete Ablehnung stoßen. Ganz ähnlich mögen die Vier eventuell überzeugt gewesen sein, daß sie den Schlüssel zur revolutionären Veränderung der chinesischen Gesellschaft in Händen hielten; es scheint aber, daß sie zumindest in den letzten Jahren die Massen nicht davon überzeugen – oder überzeugt halten – konnten.

Die Überzeugung der Minderheit steht hier gegen die „Uneinsichtigkeit“ der Massen. Ein scheinbar „fortgeschrittener Marxismus“ steht gegen die allgemeine Trägheit. Wer weicht wem? Die bürgerliche Antwort hierauf ist zweideutig: Entweder „sollte“ die Minderheit den Wünschen der Mehrheit nachgeben, oder die Irrenden „sollen“ denen „nachgeben“, die Recht haben. Die marxistische Antwort lautet: weder noch. Weder gibt der eine noch der andere nach. Die überzeugte Minderheit versucht, eine Praxis zu schaffen – oder sie doch zumindest zu skizzieren –, die die Massen überzeugt (eine Schilderung vielleicht, die bei ausländischen Betrachtern genau den Eindruck hinterläßt wie die fraglichen Bilder?). Die Marxisten der Avantgarde versuchen (wenn sie wirklich Marxisten sind) ein überzeugendes, bescheiden dimensioniertes Beispiel zu schaffen oder auf andere Art die Bedingungen zu erzeugen, unter denen die Massen die Richtigkeit der neuen Wahrheiten einsehen, ihre Vorteile erkennen und sie sich zu eigen machen können. Darf ich mir wenigstens ein Zitat von Mao Tse-tung gestatten?

„Das Zentralkomitee hat immer wieder betont, daß sich die Massen selbst erziehen und sich selbst befreien müssen. Denn die Weltanschauung kann ihnen nicht aufgezungen werden. Um die Ideologie (lies: Bewußtsein, N.G.B.) zu verändern, ist es notwendig, daß die äußeren Ursachen durch die inneren Ursachen wirken, obwohl letztere letztendlich den Ausschlag geben.“ (31. August 1967)

Jetzt kommen wir zum letzten größeren Problem, mit dem ich mich auseinandersetzen möchte, nämlich dem Verhältnis von Führern zu Geführten, also den Massen. Ihr Brief unterstellt (wenn er es auch nicht direkt sagt), daß die jetzigen Führer der KPCh für die revisio-

nistische Linie verantwortlich seien, die angeblich in China triumphiert. Weiter drängt sich einem der Schluß auf, daß Sie glauben, diese revisionistische Linie hätte heute nichts zu melden, wenn die Vier „an der Macht“ wären (oder doch wenigstens an der „Macht“ teilhätten). Ich habe schon vorhin an mehreren Beispielen zu zeigen versucht, daß die gegenwärtige Führung weit davon entfernt ist, allein für bestimmte Dinge verantwortlich zu sein, die Sie verurteilen und die teilweise zu Ihrer Behauptung geführt haben, in China sei der Revisionismus an die Macht gekommen. Es war nicht meine Absicht, den Vorsitzenden Mao ins Zwielt zu rücken (und noch nicht einmal, Zweifel an dem zu nähren, was Sie seine „Wachsamkeit“ nennen), und ebensowenig wollte ich ein Verdikt über die gesamte chinesische Führung aussprechen. Vielmehr wollte ich einige der Verknüpfungen zwischen den Führern Chinas und den von ihnen Geführten – zwischen den Führern und den allgemeinen gesellschaftspolitischen Umständen – aufzeigen, die in Ihrem Brief bedauerlicherweise völlig fehlen. Mir bleibt nur die Vermutung, daß dieses Fehlen ein Reflex der grundsätzlichen Unzulänglichkeit Ihrer innersten Ansichten zur Frage der Führung ist.

Glauben Sie denn wirklich, die obersten Führer Chinas üben eine direkte Kontrolle über jeden Aspekt des Alltagslebens und der Arbeit des chinesischen Volkes aus? Glauben Sie, daß so etwas möglich ist? Glauben Sie denn im Ernst, die chinesischen Führer würden – oder könnten – ihre Ansichten, wie marxistisch-leninistisch, „fortgeschritten“, „wissenschaftlich“ und „Ärger sparend“ diese auch immer sein mögen, einfach dekreten? Oder, um es genauer zu sagen: daß die Mitglieder des Politbüros jeden *Xinhua*-Artikel vor seinem Erscheinen absegnen? Hätte Vorsitzender Mao jedermann die Verwirrung, die Leiden – und die Lehren – der letzten Jahre ersparen sollen, indem er die Vier höchstpersönlich aus dem Amt gejagt hätte? (Und wenn, warum hat er es dann 1962 mit Liu Shaoqi oder 1969 mit Lin Biao nicht so gehalten?) Hätte er allen die Verwirrung, die Leiden – und die Lehren – der Kulturrevolution ebenfalls ersparen sollen? Hätten die Vier schlicht und einfach in der Haft verstockt bei ihren Ansichten bleiben sollen, bis die nicht Eingesperrten ihrem „fortgeschrittenen Marxismus/Leninismus“ verfallen wären?

Ich bin mir sicher, daß Sie nicht an solche Sachen glauben, denn die riechen mehr nach Faschismus als nach dem Sozialismus, dem Sie ja verpflichtet sind. Aber mit ein bißchen Phantasie wäre es durchaus möglich, aus den Positionen, die Sie in Ihrem Brief beziehen, solche Schlüsse zu ziehen.

Mit Ihren Büchern ist das eine ganz andere Sache. Aus ihnen erhält man den Eindruck, daß Sie verstehen, daß die herausragenden sozialistischen Führer – wie Lenin und Mao – diejenigen gewesen sind, die jene leider nur zu seltene Fähigkeit entwickelt haben, einen komplexen Vorgang oder Prozeß genau unter die Lupe zu nehmen, das Wesentliche an ihm zu erfassen bzw. seine Haupttendenz zusammenzufassen und diese Erkenntnis dann wieder in der Gesamtrealität, zu der dieser Prozeß ja gehört, auf positive Weise zum Tragen zu bringen. Aber worin besteht diese „positive Umsetzung“ konkret? Darin, daß sie den wirklichen Machern der Geschichte, den Massen, hilft, voranzukommen; darin, daß sie den Massen hilft, sich selbst zu erziehen, sich zu befreien, ihre Ideologie umzuformen.

Wenn das, was ich hier sage, richtig ist, dann ist wirkliche Führung ihrem Wesen nach Erziehung: Die besten Führer sind nichts anderes als die besten Lehrer; und nicht etwa diejenigen, die so tun, als hätten sie das Wissen gepachtet; nicht diejenigen, die die Studenten mit Wissen oder Theorien vollzustopfen versuchen, die sie wegen mangelnder Erfahrung nicht wirklich begreifen können; nicht diejenigen, die meinen, daß ein bißchen Terror den Lernprozeß beschleunigt; noch nicht einmal die patriarchalischen Gestalten, die unbewußt den Tag fürchten, an dem „ihre“ Studenten unabhängig genug sein werden, um ohne ihre direkte Aufsicht weiterzukommen. Ich denke vielmehr an diejenigen Lehrer, die ihr Wissen als vom Volk anvertrauten Schatz begreifen, den Lernprozeß als wechselseitige Erfahrung betrachten, die Entstehung von Selbstbewußtsein und der Fähigkeit zu ganzem Einsatz durch ihr eigenes Vorbild fördern und deren größtes Glück darin besteht, wenn sie diejenigen, mit denen sie die Welt um sich herum erforscht und verändert haben, von ihnen gehen, um diesen Prozeß zusammen mit anderen weiterzuführen.

Mao Tse-tung wird bei den revolutionären Menschen in China und

der ganzen Welt immer als der „Große Führer und Lehrer“ bekannt bleiben. Wie man sie auch immer nennen mag: Nicht einer der Vier wird aller Wahrscheinlichkeit nach jemals als „Lehrer“ der Massen betrachtet werden. Was die Mitglieder der gegenwärtigen Führung angeht, so werden wir abwarten müssen. Aber wir müssen auch daran denken, daß viele von den Bedingungen, die einen Mao Tse-tung hervorgebracht haben, im heutigen China nicht mehr existieren. Heute existieren andere Bedingungen, geht es um andere Aufgaben. Wir sollten nicht überrascht sein, daß der Arbeitsstil bei jedem Führer anders ist. Und wir dürfen diejenigen, die dem Ideal, das ich entworfen habe, nicht so ganz gerecht werden, nicht allzusehr schnell als „Revisionisten“, „Anhänger des Kapitalismus“ oder sonst irgendetwas abstempeln. Auf der anderen Seite sollten wir eine gute Führung auch anerkennen, wenn wir es mit einer solchen zu tun haben.

Ich möchte Ihnen den Gedanken nahelegen, daß die gegenwärtige Führung in der Tat ziemlich schnell Schritte in Richtung der Herstellung – Wiederherstellung – der wesentlichen Bedingungen gemacht hat, unter denen die Massen sich weiter erziehen und befreien können. Bei der Beseitigung der Ungewißheit, Verwirrung und Angst vor willkürlicher Mißhandlung, die eine große Zahl von Chinesen in den letzten Jahren als „reale“ Phänomene erleben mußten, hat diese Führung schon einen weiten Weg zurückgelegt; und für diese Dinge, davon sind die Menschen überzeugt, waren in der Hauptsache die Vier verantwortlich. Die Führung hat dieser Tage eine neue Lohnskala erlassen, um die ökonomische Unsicherheit der Stadtbewohner der untersten Einkommenskategorien zu mildern. Sie hat den sozialistischen Wettbewerb vom Schleier der „Theorie der Produktivkräfte“ befreit. Alle diese Schritte und die, die noch folgen werden, sind positiv und können nur zu einem neuerlichen Aufschwung der Masseninitiative führen.

Was die Werkzeuge angeht, die die Massen für ihre Selbsterziehung und Selbstbefreiung brauchen, kann den gegenwärtigen Führern kein Vorwurf gemacht werden. Sehen Sie sich die Tatsachen an. Sie haben ein Schwerpunktprogramm zur Herausgabe der wichtigsten Werke Mao Tse-tungs ins Leben gerufen. Sie haben die Modelle Dazhai und Daqing bestätigt und weiter popularisiert, mit denen

der Name des Vorsitzenden so eng verbunden ist, und sie haben die Art der Führung sozialistischer Unternehmen – die Betriebsverfassung von Anshan – bestätigt, die Vorsitzender Mao als vorbildlich gelobt hat. Und was am wichtigsten ist: Sie haben einen Verhaltenskodex für Parteimitglieder in die neue Parteiordnung aufgenommen, bestimmte Einrichtungen geschaffen, die dafür sorgen sollen, daß diese Verhaltensmaßstäbe auch eingehalten werden, und sie haben ihr Bestes getan, daß diese Maßstäbe der gesamten Bevölkerung bekannt werden.

Ich persönlich glaube, daß die Schritte, die ich hier geschildert habe, nicht zu den Methoden der Revisionisten gehören. Vielleicht aber sind in meinem logischen System und in meinen Kategorien wie in der Vergangenheit gewichtige Lücken und vielleicht wird sich letzten Endes herausstellen, daß ich im Unrecht war. Denn ich kann so wenig wie Sie die Stärke der Kräfte kennen, die sich dem gegenwärtigen politischen Kurs entgegenstellen. Aber andererseits bin ich mir, ob ich Recht habe oder nicht, einer Sache gewiß: Die Geschichte und die Massen werden dieses Urteil sprechen.

Die Volksrepublik China besteht jetzt achtundzwanzig Jahre. In mancher Hinsicht ist die chinesische Gesellschaft heute ein komplexerer, dynamischerer sozialer Organismus als am 1. Oktober 1949. China ist in keiner Hinsicht eine vollkommene Gesellschaft. Während die Haupttendenz meiner Meinung nach „Volldampf voraus in den Fortschritt“ heißt, gibt es natürlich auch gewisse rückwärtsgerichtete Tendenzen. Aber das ist an und für sich ja nichts Neues. Der Klassenkampf geht weiter, im Moment meist im Zusammenhang mit den den Vier zugeschriebenen Sünden. In Ihrem Brief erheben Sie den Vorwurf, daß das ganze Spektrum der Errungenschaften der Kulturrevolution vom Tisch gefegt worden sei. Bestimmte Einrichtungen aus der Kulturrevolution sind tatsächlich fallengelassen worden, andere wurden modifiziert – manche aus richtigem Grund, manche nicht. Und weil uns die Klassen und der Klassenkampf noch einige Zeit erhalten bleiben werden, ist es sogar vorstellbar, daß eine revisionistische – eine wirklich revisionistische – Linie eines Tages für eine gewisse Zeit die Oberhand erlangen – durch einen Putsch, Intrigen, Machtkampf oder sonst etwas (die Bezeichnung ist nicht so

entscheidend) – und versucht wird, dem Sozialismus den Garaus zu machen. Aber könnten die wirklich wichtigen Errungenschaften der Kulturrevolution denn wirklich auf Dauer unterdrückt werden? Das ist überhaupt nicht möglich! Sie sind uns schon längst in Fleisch und Blut übergegangen. Sie haben Ihre Bücher inspiriert. Sie durchdringen die Reden des Vorsitzenden Hua Guofeng. Ohne sie hätte ich diesen Brief nicht schreiben können. Und in ihnen haben die chinesischen Massen die mächtige Waffe, die sie brauchen, wenn eine revisionistische Linie auftauchen sollte.

Ich wäre sehr glücklich, wenn Sie mich wegen jedes Fehlers berichtigen würden, den ich bei der Interpretation des Inhalts Ihres Briefes möglicherweise begangen habe, und es würde mich sehr freuen, eine kritische Antwort auf meine Ausführungen zu erhalten. Obwohl ich nie Gelegenheit hatte, Sie persönlich kennenzulernen, habe ich Sie in der Vergangenheit immer als einen meiner Lehrer angesehen. Aus diesem Grunde hoffe ich, daß Sie meine Kritik in dem Sinn aufnehmen werden, in dem sie angeboten wird. Ebenso sehr hoffe ich, daß Sie die Positionen, die Sie in Ihrem Brief vertreten haben, und die Annahmen, die Ihren Zweifeln zugrundeliegen, einer nochmaligen Überprüfung unterziehen; daß Sie China in nächster Zukunft wieder einen Besuch abstatten; und daß Sie es möglich finden, weiter ihren Beitrag als Unterstützer – eines kritischen Unterstützers – der gegenwärtigen Führung zu leisten. Was jene betrifft, mit denen Sie im Hinblick auf die Ereignisse des letzten Jahres Meinungsverschiedenheiten hatten, so ist es deren Pflicht, Sie bei diesem Unterfangen zu ermutigen und Sie, sollten Sie es sich anders überlegt haben, ohne Rückhalt wieder willkommen zu heißen.

Zur Abbildung auf der Rückseite

Kalligraphie von Wang Bei-yue mit einem Zitat von Xü Xing, einem Philosophen der „Landwirtschaftsschule“ (Zeitgenosse des Philosophen Menzius, 4. Jahrhundert v.u.Z.).

„Die weisen Fürsten sollten mit ihrem Volk zusammen das Land bestellen und davon leben. Sie sollten selbst morgens und abends ihre Mahlzeiten bereiten und zugleich die Regierung führen.“

(Übersetzung aus: Alfred Forke, Geschichte der alten chinesischen Philosophie, Hamburg 1927, S. 560. Vgl. auch: James Legge, The Chinese Classics, Vol. 1/2, S. 247, Oxford 1892 (Reprint der 2. Auflage Taipei 1972), und: Fung Yu-lan, A History of Chinese Philosophy, Princeton 1952, Vol. 1, S. 144.

Das Zitat von Xü Xing ist nicht etwa ein Teil aus seinen überlieferten Werken: diese gibt es nicht – die konfuzianischen Gelehrten haben solche 'unorthodoxen' Lehren nicht tradiert. Dieser Satz steht in den Werken von Menzius (Buch 3, Teil 1, Kapitel 4, Abschnitt 3), der ihn lediglich zum Ausgangspunkt nimmt, die Herrschaft der Kopfarbeiter als ewiges Gesetz zu formulieren. Nachdem Menzius die verschiedenen Formen der Arbeitsteilung (rein technische und solche die Herrschaft stiftet) verwischt, hält er Xü Xing seinen bekannten Satz entgegen: „Einige arbeiten mit dem Geist und einige mit ihrer Körperkraft. Jene, die mit dem Geist arbeiten regieren andere; jene, die mit der Körperkraft arbeiten, werden von den anderen regiert. Jene, die von anderen regiert werden, halten diese aus; jene, die andere regieren, werden von ihnen ausgehalten. Das ist ein allgemein anerkanntes Prinzip.“ (Legge, op. cit. S. 249).

In der Kampagne gegen Lin Biao und Konfuzius (1974/75) wurden diese Aussagen von Menzius immer wieder scharf verurteilt; doch tauchte in der Presse kein einziges Mal der wirkliche Gegenspieler Xü Xing auf. Seine Forderung, die klar die Arbeitsteilung zwischen Herrschenden und Beherrschten angreift, wurde nicht erwähnt. Dagegen wurden den Konfuzianern die Lehren der Legalisten entgegengestellt, die „objektiv-fortschrittlichere“ Teile der herrschenden Klassen repräsentierten und unter anderem für einen starken Staat eintraten. Nachdenklich stimmt auch, daß weder die Protagonisten dieser Kampagne (die „Vier“) noch deren Kritiker später (Hua Guo-feng) diese geschichtlichen Fakten zurechneten: Xü Xing vertrat die Beherrschten, indem der die politische Arbeitsteilung ablehnte und den Staat relativierte. Keine der Fraktionen in der KPCh hat sich auf Xü Xing berufen!

Der Satz „Xian zhe yu min bing geng er shi, ying sun er zhi“ steht sechsmal (senkrecht) in verschiedenen Stilen von rechts nach links auf diesem Rollbild. (Eine Kalligraphie nach klassischen Formen würde höchstens zwei Stilarten verwenden). Die Stilarten *Da Zhuan* (Großes Siegel, ganz rechts) und *Xiao Zhuan* (Kleines Siegel) waren bis zur Qin-Dynastie üblich. In Bronze, Knochen oder Schildkrötenschalen wurden mit scharfen Gegenständen die Zeichen eingeritzt. Mit der Reichseinigung unter der Qin-Dynastie (246–207 v.u.Z.)

wurde die lokal sehr unterschiedliche Schreibweise standardisiert zum *Li Shu* (Öffentlicher Stil). In dieser Zeit begannen die Schriftgelehrten mit Pinsel und Papier zu arbeiten. die drei weiteren Hauptstile, *Kai Shu* (Regulärer Stil), *Xing Shu* (Flüssiger Stil) und *Cao Shu* (Grasschrift) sind weder durch unterschiedliche Schreibtechniken noch durch zeitliche Abfolge zu unterscheiden. Kai-Shu ist das Modell, das vorwiegend für dokumentarische Aufzeichnungen verwendet wurde; Xing Shu wird schneller geschrieben, die Struktur der Zeichen wie in Kai-Shu bleibt aber erhalten. Cao-Shu ist die freie Handschrift, am schwersten zu lernen – und zu lesen.

Am linken Rand schreibt Wang Bei-yue, daß er diese Kalligraphie des Satzes von Xü Xing, der bei Menzius zitiert wird, im Auftrag von Herrn Mo Hua im August 1977 geschrieben hat und signiert mit zwei Siegeln.

Walter Aschmoneit

Foto: Jan-Werner Rathjen

Charles Bettelheim Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen



Zur Theorie der
Übergangsgesellschaft

DM 7.50

Bettelheim, Macciocchi u. a. China 1972

Ökonomie, Betrieb und Erziehung
seit der Kulturrevolution

Herausgegeben von Dietmar Albrecht DM 7.50

Verlag Klaus Wagenbach

賢者與民並耕而食饗飧而治
賢者與民並耕而食饗飧而治
賢者與民並耕而食饗飧而治
賢者與民並耕而食饗飧而治
賢者與民並耕而食饗飧而治
賢者與民並耕而食饗飧而治
賢者與民並耕而食饗飧而治

莫華先生揮墨子許行意
丁巳夏六月王於其時
台北

Die weisen Fürsten sollten mit ihrem Volk zusammen das Land bestellen und davon leben. Sie sollten selbst morgens und abends ihre Mahlzeiten bereiten und zugleich die Regierung führen.